

Diplomarbeit im Studiengang Sozialarbeit
an der Universität Gesamthochschule Essen

**„Arbeitsmarktmaßnahmen des Europäischen Sozialfonds zur
Verminderung von Jugendarbeitslosigkeit – Vergleich der
Durchführung in Deutschland und Frankreich“**

Vorgelegt von
Torsten Holtz
Trierer Str. 6, 45145 Essen

Erstleserin: Frau Prof. Dr. Roswitha Pioch
Zweitleser: Herr Prof. Dr. Horst Bossong

Essen, im
November 2005

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	S. 2
2. Jugendarbeitslosigkeit	S. 5
2.1 Jugendarbeitslosigkeit als soziales und individuelles Problem	S. 5
2.2 Jugendarbeitslosigkeit im Ländervergleich: Deutschland / Frankreich	S. 11
2.3 Ursachen der Jugendarbeitslosigkeit	S. 16
2.4 Lösungsansätze: Maßnahmen gegen Arbeitslosigkeit	S. 20
2.5 Die Evaluierung von Arbeitsmarktmaßnahmen	S. 23
3. Der Europäische Sozialfonds	S. 28
3.1 Aufgaben und Ziele des Europäischen Sozialfonds	S. 28
3.2 Die Förderung durch den Europäischen Sozialfonds	S. 32
3.3 Die Rahmenbedingungen für die Durchführung von ESF-geförderten Arbeitsmarktmaßnahmen	S. 35
4. ESF-geförderte Arbeitsmarktmaßnahmen: Beispiele aus Deutschland und Frankreich	S. 38
4.1 TRACE-Trajet d'Access à l'Emploi	S. 38
4.2 Jugend in Arbeit plus	S. 46
4.3 PLIE-Plans Locaux pluriannuels pour l'Insertion et pour l'Emploi	S. 53
4.4 Patenschaftsprojekte	S. 58
5. Ergebnis	S. 66
Quellen- und Literaturverzeichnis	S. 70
1. Quellen	S. 70
1.1 unveröffentlichte Quellen	S. 70
1.2 veröffentlichte Quellen	S. 70
2. Literatur	S. 71
Abkürzungsverzeichnis	S. 86

1. Einleitung

Arbeitslosigkeit unter Jugendlichen ist ein gesellschaftliches und politisches Problem, das in den letzten Jahren an Brisanz gewonnen hat. Immer wieder gibt es Versuche, gegen dieses Problem anzugehen, nicht nur auf nationaler, sondern auch auf europäischer Ebene: Zu den Antworten der Europäischen Union gehört der Europäische Sozialfonds. Er soll Maßnahmen gegen Jugendarbeitslosigkeit finanziell unterstützen und zwar in allen Mitgliedsstaaten. All dies ist Thema der vorliegenden Arbeit. Sie befasst sich mit den Maßnahmen, die sich gegen Arbeitslosigkeit bei Jugendlichen richten und die vom Europäischen Sozialfonds kofinanziert werden. Die Durchführung solcher Maßnahmen soll exemplarisch am Beispiel der Länder Deutschland und Frankreich beschrieben und schließlich verglichen werden. Frankreich und Deutschland wurden für diesen Vergleich ausgewählt, weil beide Mitgliedsstaaten der Europäischen Union sind und durch den Europäischen Sozialfonds gefördert werden. Ein weiterer Grund sind die Sprachkenntnisse des Verfassers.

Ziel dieser Arbeit ist es, die durch den Europäischen Sozialfonds mitfinanzierten Maßnahmen in diesen Ländern genau zu betrachten und ihre Wirksamkeit kritisch zu hinterfragen. Dabei soll untersucht werden, ob und welche Unterschiede und Gemeinsamkeiten es gibt. Vorteile und Nachteile der einzelnen Maßnahmen sollen herausgestellt werden, um erfolgversprechende Elemente, aber auch Verbesserungswürdiges zu identifizieren.

Um Lösungen für ein Problem zu finden, muss man es kennen. Deshalb befasst sich diese Arbeit im folgenden, zweiten Kapitel mit der Jugendarbeitslosigkeit. Es beschreibt die Folgen für die Betroffenen, diskutiert das Ausmaß, das die Arbeitslosigkeit in Deutschland und in Frankreich erreicht hat, zeigt Ursachen auf, die dahinter stecken und welche Lösungsansätze es gibt. Um den Erfolg von Maßnahmen bewerten zu können, müssen sie evaluiert werden. Welche Probleme und Schwierigkeiten sich bei einer Evaluierung ergeben, beschreibt das anschließende Kapitel. Der Europäische Sozialfonds, seine Aufgaben und Ziele, die Kriterien, die erfüllt sein müssen, damit Mittel fließen sowie die Rahmenbedingung zur Durchführung der geförderten Maßnahmen sind das Thema des dritten Kapitels. Daran anschließend werden vier Beispiele für geförderte Arbeitsmarktmaßnahmen aus Frankreich und Deutschland vorgestellt. Es geht

hier darum, ihre Durchführung, ihre Wirkungsmechanismen und Ergebnisse darzustellen. Im letzten Kapitel werden die Ergebnisse für die in der Zielsetzung formulierte Fragestellung präsentiert.

Am Ende dieser Einleitung folgen nun einige Bemerkungen zur verwendeten Literatur. Jugendarbeitslosigkeit ist ein Thema, das häufig in der Forschung aufgegriffen wird. Es gibt unendlich viele Titel zu Arbeitslosigkeit im allgemeinen, aber auch zu Jugendarbeitslosigkeit. Es gibt einige grundlegende Titel, vor allem Handbücher¹ und Aufsatzsammlungen², die für dieses Thema und auch für diese Arbeit relevant sind. Und auch bei der Frage nach den Ursachen von Jugendarbeitslosigkeit und nach Lösungsansätzen gibt es in der Forschung eine Vielzahl an Positionen.

Betrachtet man die Literatur zum Europäischen Sozialfonds fällt auf, dass es kaum Titel gibt, die sich umfassend und ausschließlich mit diesem Fonds befassen. Ein positives Beispiel ist das umfangreiche und grundlegende Werk von Hildegard Kaluza³, die sich mit der Geschichte, Entwicklung und Funktion des Fonds befasst hat. Aufgrund dieses Mangels wurden für die Bearbeitung des Themas Europäischer Sozialfonds eine Reihe von Internetseiten verwendet, vor allem die der Europäischen Union. Darunter fallen die Seiten, auf denen die offiziellen Verordnungen und Verträge zum Europäischen Sozialfonds veröffentlicht sind sowie die Literatur, die den Fonds und seine Zielsetzungen allgemein darstellt.

Auch für die Beschreibung der Beispiele von geförderten Arbeitsmarktmaßnahmen im vierten Teil dieser Arbeit wurden Internetseiten verwendet. Dies lag daran, dass nur auf diesem Weg aktuelle Informationen zur Verfügung standen. Das Gleiche gilt für die Zahlen von Eurostat, die für diese Arbeit herangezogen wurden. Es wurden nur Internetseiten von staatlichen Institutionen, von Institutionen, die die geförderten Maßnahmen im Auftrag evaluiert haben und von den Trägern der zu beschreibenden Maßnahmen verwendet.

¹ Zum Beispiel May, Hermann (Hg.)(2001): Handbuch zur ökonomischen Bildung. München - Wien (S. 319-336). 5. Auflage oder auch Asanger, Roland; Wenninger, Gerd (Hg.)(1988): Handwörterbuch der Psychologie. München - Weinheim (S. 42-51). 4. Auflage.

² Zum Beispiel Zempel, Jeanette; Bacher, Johann; Moser, Klaus (Hg.)(2001): Erwerbslosigkeit – Ursachen, Auswirkungen und Interventionen. Opladen.

³ Kaluza, Hildegard (1998): Der Europäische Sozialfonds – Seine Entwicklung und Funktion im europäischen Integrationsprozeß mit einem Exkurs zu seiner Bedeutung für die bundesdeutsche Arbeitsförderung. Baden-Baden. Im Folgenden Kaluza.

2. Jugendarbeitslosigkeit

2.1 Jugendarbeitslosigkeit als soziales und individuelles Problem

Im folgenden Kapitel, zu Beginn dieser Arbeit, wird der grundlegende Begriff „Arbeit“ definiert. Welche Bedeutung hat Arbeit in der Gesellschaft und welche für den Einzelnen? Daraus soll abgeleitet und deutlich gemacht werden, welche Folgen Arbeitslosigkeit, vor allem für Jugendliche, hat.

„L'emploi est une norme sociale“⁴ – Beschäftigung⁵ ist eine soziale Norm. Dieser Tatbestand ist wichtig, um die Bedeutung von Arbeitslosigkeit zu verstehen: In der „modernen Arbeitsgesellschaft“⁶ steht Arbeit im „Zentrum von Gesellschaft, Staat und Biographie.“⁷

So ist Arbeit auf gesellschaftlicher Ebene ein Produktionsfaktor und in dieser Funktion ein „notwendiger Einsatzfaktor“⁸ bei der Produktion von Gütern und Dienstleistungen. Durch die Entlohnung ist sie für den Einzelnen ein wesentliches Mittel zum Lebensunterhalt.⁹

Im Bereich der „kontinentaleuropäischen Sozialstaaten“¹⁰ basiert zudem die soziale Sicherheit auf der Erwerbsarbeit. Sie wird durch die Erhebung von lohngebundenen Sozialversicherungsbeiträgen finanziert. Der Sozialstaat und seine Leistungen werden also weitgehend von der Erwerbsarbeit getragen.¹¹

Neben der Rolle von Arbeit in der Produktion, als Voraussetzung für Entlohnung und soziale Sicherheit, hat Arbeit auch für die Einzelperson eine wichtige Bedeutung. Nach Marie Jahoda sind Erwerbsarbeit folgende Funktionen inhärent:

1. Arbeit gibt dem Leben eine zeitliche Struktur;
2. Arbeit ermöglicht soziale Kontakte außerhalb der Familie;

⁴ Ballet, Jérôme (1997): Les entreprises d'insertion. Paris, S. 18. Im Folgenden Ballet.

⁵ Gemeint ist Beschäftigung im Sinne von Arbeit.

⁶ Galuske, Michael (2002): Methoden der Sozialen Arbeit. Eine Einführung. Weinheim. 4. Auflage, S. 62. Im Folgenden Galuske.

⁷ Beck, Ulrich: Wohin führt der Weg, der mit dem Ende der Vollbeschäftigungsgesellschaft beginnt? In: Beck, Ulrich (Hg.)(2000): Die Zukunft von Arbeit und Demokratie. Frankfurt/M. (S. 7-66), S. 8. Im Folgenden Beck.

⁸ Rittershofer, Werner (2002): Wirtschaftslexikon. München, S. 759. Im Folgenden Rittershöfer.

⁹ Vgl. Méda, Dominique (2004): Le travail. Paris, S. 32. Im Folgenden Méda.

¹⁰ Scharpf, Fritz W. (1999): Regieren in Europa: effektiv und demokratisch?, S. 128. Im Folgenden Scharpf.

¹¹ Vgl. Kittner, Michael (2005): Arbeits- und Sozialordnung. Frankfurt/M. 30. Auflage, S. 1014f. Im Folgenden Kittner. Vgl. auch Kronauer, Martin: Ausgrenzung am Arbeitsmarkt – auf dem Weg zu einer neuen „Underclass“? In: Mirbach, Thomas (Hg.)(1999): Entwürfe für eine soziale Stadt. Amsterdam (S. 43-54), S. 48, im Folgenden Kronauer; Wagner, Alexandra: Argumente für eine aktive Arbeitsmarktpolitik. In: Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.)(1996): Kontrovers: Arbeitsmarktpolitik. Bonn (S. 83), S. 83. Im Folgenden Wagner. Vgl. auch Beck, S. 18.

3. Arbeit gibt äußere Ziele vor, die zu eigenen Zielen werden;
4. Arbeit definiert eine soziale Identität, beziehungsweise einen sozialen Status;
5. Arbeit ist eine erzwungene Aktivität.¹²

Durch Arbeit kann außerdem die individuelle Nützlichkeit für die Gesellschaft¹³ und die Individualität der eigenen Fähigkeiten demonstriert werden.¹⁴ Grundsätzlich kann man also festhalten, dass durch Arbeit zum einen direkt, zum anderen aber auch indirekt, nämlich über den Arbeitslohn, Grundbedürfnisse, wie zum Beispiel gesellschaftliche Wertschätzung oder Selbstverwirklichung, befriedigt werden können.¹⁵

Gerade für Jugendliche ist Arbeit von eminenter Wichtigkeit: Sie erlaubt ihnen die Übernahme gesellschaftlich akzeptierter Rollen und bietet somit Möglichkeiten zur sozialen Integration.¹⁶ Dabei spielt die Jugendphase in bezug auf das Arbeitsleben eine bedeutende Rolle. Sie wird häufig als Übergangsphase zwischen Erstausbildung und voller Erwerbstätigkeit verstanden.¹⁷ Mit der Aufnahme der Erwerbstätigkeit ist diese Phase abgeschlossen und das „Erwachsenen-Leben“ – „vie adulte“¹⁸ beginnt. In der Jugendphase sollen daher „die für den künftigen Erfolg im Beschäftigungssystem so wichtigen allgemeinen und beruflichen Fähigkeiten herausgebildet“¹⁹ werden. Arbeitsmotivation soll aufgebaut und stabilisiert werden.

¹² Vgl. Jahoda, Marie (1983): *Wieviel Arbeit braucht der Mensch? Arbeit und Arbeitslosigkeit im 20. Jahrhundert*. Weinheim. Nach Kieselbach, Thomas: *Arbeitslosigkeit*. In: Asanger, Roland; Wenninger, Gerd (Hg.)(1988): *Handwörterbuch der Psychologie*. München - Weinheim. (S. 42-51) 4. Auflage, S. 43. Im folgenden Kieselbach. Vgl. auch Méda, S. 31 und Waller, Heiko (2002): *Sozialmedizin – Grundlagen und Praxis*. Stuttgart. 5. Auflage, S. 58. Im Folgenden Waller.

¹³ Vgl. Friedrich, Horst: *Arbeitslosigkeit*. In: May, Hermann (Hg.)(2001): *Handbuch zur ökonomischen Bildung*. München - Wien. (S. 319-336) 5. Auflage, S. 323. Im Folgenden Friedrich. Vgl. auch Méda, S. 33.

¹⁴ Vgl. Méda, S. 39.

¹⁵ Vgl. May, Hermann: *Die menschlichen Bedürfnisse*. In: May, Hermann (Hg.)(2001): *Handbuch zur ökonomischen Bildung*. München - Wien. (S. 3-14) 5. Auflage, S. 6; Semmer, Norbert; Volpert, Walter: *Arbeitspsychologie*. In: Asanger, Roland; Wenninger, Gerd (Hg.)(1988): *Handwörterbuch der Psychologie*. München - Weinheim. (S. 52-60) 4. Auflage, S. 55.

¹⁶ Vgl. Höft-Dzemski, Reiner: *Arbeitslosigkeit*. In: Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge (Hg.)(2002): *Fachlexikon der sozialen Arbeit*. Frankfurt/M. (S. 60f.) 5. Auflage, S. 61. Im Folgenden Höft-Dzemski.

¹⁷ Vgl. Bosch, Gerhard: *Die Zukunft der Arbeitsmarktpolitik für Jugendlichen in Deutschland*. In: Groth, Claus; Maenning, Wolfgang (Hg.)(2001): *Strategien gegen Jugendarbeitslosigkeit im internationalen Vergleich. Auf der Suche nach den besten Lösungen*. Frankfurt/M. (S. 21-46), S. 26. Im Folgenden Bosch.

¹⁸ Nicole-Drancourt, Chantal; Roulleau-Berger, Laurence (2002): *L'insertion des jeunes en France*. Paris. 3. Auflage, S. 24. Im Folgenden Nicole-Drancourt; Roulleau-Berger.

¹⁹ Bosch, S. 26.

Ein solches Modell einer Arbeitsgesellschaft, beziehungsweise einer idealen beruflichen Laufbahn und Entwicklung von Jugendlichen, entspricht heutzutage nicht mehr der gesellschaftlichen Realität. Seit Ende der 1960er Jahre ist eine steigende Arbeitslosigkeit, auch und besonders unter Jugendlichen, zu verzeichnen.²⁰ Das ‚Erwachsenwerden‘ wird heute nicht mehr als ein linearer Prozess verstanden, der mit dem Eintritt in das Erwerbsleben abgeschlossen ist. Vielmehr ist es häufig die Regel, dass das ‚Erwachsenwerden‘ von Unsicherheiten, Komplexität oder auch Umkehrbarkeit der individuellen Situation geprägt ist.²¹ Nichtsdestotrotz versteht sich die Gesellschaft weiterhin als „Arbeitsgesellschaft“²², Arbeit steht weiterhin im Zentrum.

Aufgrund der Tatsache, dass Arbeit zum einen viele Funktionen für die Gesellschaft und für den Einzelnen hat und zum anderen die Jugendarbeitslosigkeit ansteigt, ergeben sich wirtschaftliche und soziale Probleme: „Die Jugendarbeitslosigkeit ist eines der Hauptprobleme in der Europäischen Union. Sie ist nicht nur kurzfristig mit hohen wirtschaftlichen und sozialen Kosten verbunden, sondern birgt die Gefahr in sich, ... zu einer dauerhaften Ausgrenzung eines hohen Anteils der ... Generation der unter 25-jährigen zu führen.“²³

Zu den wirtschaftlichen Folgen von Arbeitslosigkeit zählt die „volkswirtschaftliche Verschwendung von Humankapital“²⁴, da potentielle Arbeitskräfte, ihre Fähigkeiten und Qualifikationen nicht genutzt werden.²⁵ Zusätzlich gibt es „gesamgesellschaftliche Wohlstandsverluste“²⁶ beziehungsweise Kosten, die durch die Beratung und Betreuung der Arbeitslosen und durch deren Unterstützung durch die Arbeitslosenversicherung entstehen. Hinzu kommt, dass die Einnahmen der Sozialversicherungssysteme sinken, da Arbeitslose nicht beziehungsweise weniger zur Sozialversicherung oder auch zu Steuereinnahmen beitragen.²⁷ Dadurch, dass also die Einnahmen der Sozialversicherungen sinken und zugleich

²⁰ Vergleiche die folgenden Kapitel.

²¹ Vgl. Nicole-Drancourt; Roulleau-Berger, S. 27ff.

²² Vgl. Kronauer, S. 48 und Beck S. 8.

²³ Europäische Kommission (Hg.)(1999): Die Umsetzung der Europäischen Beschäftigungsstrategie – Herausforderungen, die die Integration von Jugendlichen in den Arbeitsmarkt, Langzeitarbeitslosigkeit und Chancengleichheit stellen. Brüssel, S. 15. Im Folgenden Europäische Kommission, Die Umsetzung der EBS.

²⁴ Schmid, Günther (2002): Wege in eine neue Vollbeschäftigung. Frankfurt - New York, S. 56. Im Folgenden Schmid, G.

²⁵ Vgl. Kieselbach, S. 44.

²⁶ Schmidt, Manfred G.: Arbeitslosigkeit und Vollbeschäftigung. In: Schmidt, Manfred G. (Hg.)(1992): Lexikon der Politik. Band 3: Die westlichen Länder. München. (S. 27-34), S. 28. Im Folgenden Schmidt, M.

²⁷ Vgl. Friedrich, S. 323f.

die Ausgaben für die Unterstützung der Arbeitslosen steigen,²⁸ sind die „Sozialversicherungssysteme ... einer permanenten Zerreißprobe ausgesetzt.“²⁹

Aber auch die Folgen für den einzelnen Arbeitslosen sind gravierend. So ist Arbeitslosigkeit in der Regel mit finanziellen Einbußen verbunden.³⁰ Dieser finanzielle Mangel kann wiederum „Prozesse [des] sozialen Abstiegs bis hin zur Randständigkeit auslösen“³¹ und so zu sozialer Ausgrenzung führen.³² Die durch Arbeitslosigkeit reduzierten Einkommen können auch dazu beitragen, dass Arbeitslose alternative Einkommensquellen nutzen: „Kriminalität ist ein Weg dazu.“³³ Auch wenn nach Günther Schmid diese Behauptung nicht belegbar ist, so hält er es trotzdem gerade bei jugendlichen Männern für „sehr wahrscheinlich und theoretisch plausibel“³⁴, dass sie in die Kriminalität abrutschen können.

Weiterhin kann durch die aus der Arbeitslosigkeit resultierende schwierige finanzielle Situation der Betroffenen auch Prozesse räumlicher Ausgrenzung verursachen, wenn sozial benachteiligte Gruppen gezwungen sind, in billigen Wohngebieten zu leben, die so zu Problemstadtteilen werden können.³⁵

Die Auswirkungen von Arbeitslosigkeit auf das Sozialleben sind nicht nur auf die materielle Situation der Betroffenen zurückzuführen. Häufig nehmen die sozialen Kontakte, die über die engeren sozialen Netze, wie zum Beispiel die Fa-

²⁸ Vgl. Scharpf, S. 128.

²⁹ Beck, S. 18.

³⁰ Vgl. Höft-Dzemski, S. 61.

³¹ Ebd.

³² Vgl. Beelmann, Gert; Kieselbach, Thomas; Traiser, Ute: Jugendarbeitslosigkeit und soziale Ausgrenzung: Ergebnisse einer qualitativen Analyse in Ost- und Westdeutschland. In: Zempel, Jeanette; Bacher, Johann; Moser, Klaus (Hg.)(2001): Erwerbslosigkeit – Ursachen, Auswirkungen und Interventionen. Opladen. (S. 133-148), S. 135. Im Folgenden: Beelmann; Kieselbach; Traiser. Vgl. auch Lamarque, Gilles (1998): *L'exclusion*. Paris. 2. Auflage, S. 35. Im Folgenden Lamarque. Wenn jugendliche Arbeitslose den durchschnittlichen Lebensstandard aufgrund ihrer finanziellen Situation nicht erreichen können, spricht man von „ökonomischer Ausgrenzung.“ In einer deutschen Studie wurde festgestellt, dass 44% der arbeitslosen Jugendlichen „Schwierigkeiten [hatten] für alltägliche Grundbedürfnisse aufzukommen.“ Vgl. Beelmann; Kieselbach; Traiser, S. 137ff. Da Arbeitslose unter 25 Jahren in Frankreich keine Ansprüche auf das dem Arbeitslosengeld II vergleichbare RMI (revenue minimum d'insertion) haben, ist davon auszugehen, dass es auch dort zu einer ökonomischen Ausgrenzung kommt. Vgl. Uterwedde, Henrik: Frankreichs Beschäftigungspolitik: alte und neue Antworten. In: Platzer, Hans-Wolfgang (Hg.)(1999/2000): Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik in der EU – Nationale und europäische Perspektiven. Baden-Baden. (S. 90-111), S. 97. Im Folgenden Uterwedde. Vgl. auch Mutual learning Programme of the European Employment Strategy (Hg.)(2001): Discussion Paper from France on TRACE: Access Routes to Employment for Young People in Danger of Exclusion – Independent experts' paper. (<http://pdf.mutual-learning-employment.net/pdf/ind-exp-paper-france-oct01-p.pdf>; am 18. August 2005), S. 3. Im Folgenden Independent experts' paper.

³³ Schmid, G., S. 62.

³⁴ Ebd.

³⁵ Vgl. Fitoussi, Jean-Paul: Une société en mal d'égalité. In: *Alternatives Économiques – Hors – Série*. Nr. 64, 2. Trimester 2005. (S. 80-82), S. 82. Im Folgenden Fitoussi. Vgl. auch Beelmann; Kieselbach; Traiser, S. 137ff. und Lamarque, S. 44ff.

milie, hinausgehen, bei Arbeitslosen ab.³⁶ Eine Rolle spielen hierbei zum einen die finanziell bedingte geringere Mobilität, zum anderen aber auch die psychischen und physischen Folgen der Arbeitslosigkeit.³⁷ So hat die Arbeitslosenforschung neben den Folgen der materiellen Einschränkungen auch psychische Beeinträchtigungen bei den Betroffenen festgestellt.³⁸ Dementsprechend ist Arbeitslosigkeit oft von Schuld- und Schamgefühlen begleitet, da sie als Kränkung erlebt wird. Arbeitslose werden zudem durch die Gesellschaft häufig als ‚faul‘ stigmatisiert.³⁹ Als Folge einer erfolglos verlaufenden Arbeitssuche zeigen sich bei einer Vielzahl der Arbeitslosen außerdem Frustrationen.⁴⁰ Viele Arbeitslose empfinden Hilflosigkeit und einen Kontrollverlust über ihre Lebensumstände. Zum einen ist ihre Zukunft völlig ungewiss, zum anderen müssen sie erkennen, dass sie selbst ihre Situation häufig nicht beeinflussen oder verbessern können, sind es doch die Arbeitgeber, die über Einstellungen entscheiden.⁴¹ Zusätzlich bewirkt die Inaktivität während der Arbeitslosigkeit meist ein Gefühl der Nutzlosigkeit, teilweise auch Langeweile.⁴² In der Folge „lassen sich [mit zunehmender Dauer der Arbeitslosigkeit] in der Regel Gewöhnungs- und Demoralisierungsprozesse“⁴³ beobachten. Sie führen bei den Arbeitslosen zur Aufgabe zukunftsorientierter Zielsetzungen, zu Perspektivlosigkeit⁴⁴ und Passivität.⁴⁵ Sie sind im Vergleich zu Erwerbstätigen „pessimistischer, verbitterter, depressiver“⁴⁶ und zeigen „weniger Lebenszufriedenheit, ein schlechteres Wohlbefinden und ein geringeres Selbstwertgefühl.“⁴⁷ Weiterhin wurde festgestellt, dass der Anteil der gesundheitlich beeinträchtigten Personen unter den

³⁶ Vgl. Friedrich, S. 323f.; Beelmann; Kieselbach; Traiser, S. 137ff.; Kieselbach, S. 44.

³⁷ Vgl. Ballet, S. 19.

³⁸ Vgl. ebd., S. 18ff. Vgl. auch Paul, Karsten; Moser, Klaus: Negatives psychisches Befinden als Wirkung und als Ursache von Arbeitslosigkeit: Ergebnisse einer Metaanalyse. In: Zempel, Jeanette; Bacher, Johann; Moser, Klaus (Hg.)(2001): Erwerbslosigkeit – Ursachen, Auswirkungen und Interventionen. Opladen (S. 81-111), S. 86. Im Folgenden Paul; Moser. Vgl. auch Büttner, Renate (2003): Praxis und Perspektiven einer zielgruppenorientierten Arbeitsmarktpolitik. Bottrop, S. 27. Im Folgenden Büttner. Vgl. auch Zempel, Jeanette; Moser, Klaus: Die Evaluation von Trainings für Arbeitslose. In: Zempel, Jeanette; Bacher, Johann; Moser, Klaus (Hg.)(2001): Erwerbslosigkeit – Ursachen, Auswirkungen und Interventionen. Opladen (S. 301-320), S. 307. Im Folgenden Zempel; Moser.

³⁹ Vgl. Beelmann; Kieselbach; Traiser, S. 143 und Ballet, S. 19.

⁴⁰ Vgl. Zempel; Moser, S. 307.

⁴¹ Vgl. ebd., Höft-Dzemski, S. 61 und Kieselbach, S. 43f.

⁴² Vgl. Ballet, S. 18f.

⁴³ Kröger, Martin; van Suntum, Ulrich (1999): Mit aktiver Arbeitsmarktpolitik aus der Beschäftigungsmisere? Gütersloh, S. 19. Im Folgenden Kröger; Suntum.

⁴⁴ Vgl. Höft-Dzemski, S. 61.

⁴⁵ Vgl. Zempel; Moser, S. 307.

⁴⁶ Ebd., S. 308.

⁴⁷ Paul; Moser, S. 91.

Erwerbslosen deutlich höher ist als bei den Erwerbstätigen.⁴⁸ Vor allem bei arbeitslosen jungen Männern wurden außerdem „vielfältige gesundheitsriskante Verhaltensweisen festgestellt, insbesondere ein erhöhter Alkoholkonsum.“⁴⁹ Da man davon ausgehen kann, dass die beschriebenen materiellen, psychischen und gesundheitlichen Folgen die Arbeitssuche zusätzlich erschweren, droht ein „Teufelskreis der Arbeitslosigkeit.“⁵⁰

Selbstverständlich wirkt sich Arbeitslosigkeit nicht auf jeden Arbeitslosen gleich aus, auch wenn der Begriff eine „Einheitlichkeit der Lebenssituationen“⁵¹ nahe legt. So kann schon die Unterstützung aus dem sozialen Umfeld viele der negativen Folgen der Arbeitslosigkeit abfedern.⁵² Ebenso ist eine Erwerbslosigkeit nicht die einzige und ausschließliche Bedingung für die beschriebenen Probleme, so können zum Beispiel auch schwierige Beschäftigungsverhältnisse Ausgrenzungsrisiken enthalten.⁵³

Umgekehrt kann Arbeitslosigkeit für einige Menschen sogar als befreiend empfunden werden: Dies sind dann die sogenannten „Glücklichen Arbeitslosen“⁵⁴, die sich „auf ‚menschliche Lebenstätigkeit‘, ‚bewusste Tätigkeit‘ und ‚freie Tätigkeit‘“⁵⁵ besinnen. Allerdings muss trotz dieses Phänomens immer bedacht werden, dass Arbeit das wichtigste Mittel für die soziale Integration ist, vor allem, weil „Arbeitslosigkeit der Vorbote von allen sozialen Ausgrenzungen und Diskriminierungen“⁵⁶ ist. Gerade für Jugendliche, die am Beginn ihres Erwerbslebens stehen, sind die beschriebenen „desintegrierenden Folgen [der Arbeitslosigkeit] kaum abzusehen.“⁵⁷

⁴⁸ Vgl. Paul; Moser, S. 105; Projekt Gute Arbeit – Vorstand der IG Metall (Hg.)(2005): Schwarzbuch Krank durch Arbeit. Arbeitsbedingungen – Gesundheitsrisiken – Gegenwehr. Frankfurt, S. 10; Kieselbach, S. 45; Waller, S. 58f.; Schmid, G., S. 57. Diese Tatsache wird in der Forschung unterschiedlich gedeutet. Der schlechtere gesundheitliche Zustand wird von einigen als Folge (Kausaltheorie), von anderen als Ursache (Selektionstheorie) der Arbeitslosigkeit verstanden. Vgl. Schmid, G., S. 57.

⁴⁹ Beelmann; Kieselbach; Traiser, S. 146.

⁵⁰ Vgl. Paul; Moser, S. 86.

⁵¹ Kieselbach, S. 43.

⁵² Vgl. Beelmann; Kieselbach; Traiser, S. 142.

⁵³ Vgl. Nicole-Drancourt; Roulleau-Berger, S. 61ff.

⁵⁴ Beck, S. 33.

⁵⁵ Ebd.

⁵⁶ Fitoussi, S. 82.

⁵⁷ Groth, Claus; Maenning, Wolfgang: Jugendarbeitslosigkeit: Wirtschafts- und Bildungspolitik sowie die Rolle des Dritten Sektors. In: Groth, Claus; Maenning, Wolfgang (Hg.)(2001): Strategien gegen Jugendarbeitslosigkeit im internationalen Vergleich – Auf der Suche nach den besten Lösungen. Frankfurt/M. (S. 9-20), S. 17. Im Folgenden Groth; Maenning.

2.2 Jugendarbeitslosigkeit im Ländervergleich: Deutschland / Frankreich

Welche Dimension hat Jugendarbeitslosigkeit in den zu vergleichenden Ländern? Wie wird dieses Ausmaß anschaulich gemacht? Im Folgenden soll ein Bild von der Entwicklung der Arbeitslosigkeit in den beiden Ländern erstellt werden. Es soll geklärt werden, wie das Ausmaß der Arbeitslosigkeit gemessen wird und welche Aussagekraft diese Ergebnisse besitzen.

Die Definition von Arbeitslosigkeit beinhaltet, dass folgende Faktoren erfüllt sein müssen: Der Arbeitslose darf nicht in einem Beschäftigungsverhältnis sein, er muss zur Aufnahme einer Beschäftigung zur Verfügung stehen, muss sich aktiv um die Beendigung der Beschäftigungslosigkeit bemühen und muss arbeitslos gemeldet sein.⁵⁸ Die Meldung der Arbeitslosen bei der öffentlichen Arbeitsverwaltung ist die Grundlage für die Ermittlung von Arbeitslosenquoten.⁵⁹ Durch diese Quoten soll der Anteil der registrierten Arbeitslosen an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen erfasst werden.⁶⁰

Bis zur Mitte der 1970er Jahre war Massenarbeitslosigkeit in den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft (EG) weitgehend unvorstellbar.⁶¹ In Deutschland (BRD) und Frankreich herrschte bis zu diesem Zeitpunkt nahezu Vollbeschäftigung. Ab Mitte der 1970er Jahre nahm die allgemeine Arbeitslosigkeit in der EG dann jedoch kontinuierlich zu. Besonders „alarmierend“⁶² war die seit der Mitte der 1970er Jahre expandierende Jugendarbeitslosigkeit: In Deutschland gehörten 1976 28,6%, in Frankreich 35% der Arbeitslosen zur Gruppe der unter 25-jährigen.⁶³ Dennoch war die allgemeine Arbeitslosigkeit noch vergleichsweise niedrig. In Deutschland betrug die Arbeitslosenquote bis

⁵⁸ Vgl. Kittner, S. 1061 (Sozialgesetzbuch III §119); Boutault, Jacques (1999): *L'assurance chômage en France* (Unedic-Assedic). Paris, S. 81f. und Méda, S. 52ff.

⁵⁹ Vgl. Schmidt, Manfred G.: Arbeitslosenquote; In: Nohlen, Dieter; Schultze, Rainer-Olaf (Hg.)(2004): *Lexikon der Politikwissenschaft*. Band 1. München. (S. 32f.) 2. Auflage, S. 32.

⁶⁰ Vgl. Friedrich, S. 328.

⁶¹ Vgl. ebd., S. 321 und Schmidt, M., S. 29.

⁶² Eurostat (Hg.)(2004): *Regional unemployment – LFS adjusted series – Eurostat Metadata in SDDS format: Summary Methodology*. Luxemburg (www.eurostat.eu.int.estatref/info/sdds/employ/lfs_sm.htm#top; am 10. August 2005). Im Folgenden Eurostat, *Regional unemployment*. Jugend im Sinne von Eurostat umfasst das Alter von 15 bis 24 Jahren. Vgl. ebd.

⁶³ Vgl. Kaluza, S. 32.

in die 1980er Jahre hinein nicht mehr als 5%⁶⁴, in Frankreich betrug sie 1977 knapp über 5%.⁶⁵

Mittlerweile sind die Arbeitslosenzahlen weiter gestiegen. In der Europäischen Union beträgt die Arbeitslosenquote im Jahr 2004⁶⁶ 9,2%. In Deutschland sind es 10,3% und in Frankreich 9,6%.⁶⁷ Die Quote der arbeitslosen Jugendlichen liegt auch hier über der allgemeinen Arbeitslosenquote: In der gesamten Europäischen Union beträgt sie 18,5%, in Deutschland 12,6% und in Frankreich 21,9%.⁶⁸

Allerdings kann aufgrund der Tatsache, dass die Jugendarbeitslosenquote in Deutschland niedriger ist als in Frankreich nicht davon ausgegangen werden, dass das Problem der Jugendarbeitslosigkeit in Deutschland weniger gravierend ist. Hier, wie in Frankreich, ist der Arbeitsmarkt von Segmentation geprägt. Das bedeutet, dass „zum Teil ganz erheblich unterschiedliche Arbeitslosenquoten nach bestimmten Merkmalen der Betroffenen“⁶⁹ auftreten. Jugendliche sind zwar stärker von Arbeitslosigkeit betroffen als andere Gruppen auf dem Arbeitsmarkt, sie stellen jedoch keine homogene Gruppe dar⁷⁰: Über das Merkmal ‚Jugendliche‘ hinaus gibt es in vielen Ländern „dieselben weiteren Differenzierungskriterien von Arbeitsmarktchancen Jugendlicher, zum Beispiel nach Geschlecht, Nationalität, Herkunft, soziale Desintegration, die ... ihrerseits teilweise mit Bildungsindikatoren korrelieren.“⁷¹ Dies erläutern folgende Zahlen: Die Arbeitslosigkeit Jugendlicher ist ungleich auf die Geschlechter verteilt. So sind in Deutschland junge Frauen weniger von Arbeitslosigkeit betroffen als junge

⁶⁴ Vgl. Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung (Hg.)(2003): Statistisches Taschenbuch 2003. Bonn, Tabelle 2.10.

⁶⁵ Vgl. Fahy, Jean-Michel (2001): *Le chômage en France*. Paris. 7. überarbeitete Auflage, S. 10. Im Folgenden Fahy.

⁶⁶ Aktuellere Eurostat-Zahlen lagen zum Zeitpunkt der Bearbeitung des Themas noch nicht vor.

⁶⁷ Vgl. Eurostat (Hg.)(2005): Arbeitslosenquoten nach Geschlecht und Alter auf NUTS-Ebene 3 – EU-25 (%) Luxemburg (http://epp.eurostat.cec.eu.int/extraction/retrieve/de/theme1/region/unemp/un3rt?OutputDir=EJOutput-Dir_3699&user=unknown&clientsessionid=812A0D388C548CFB23981FADA1F23919.extraction-worker-1&OutputFile=un3rt.htm&OutputMode=U&NumberOfCells=342&Language=de&OutputMime=text%2Fhtml&; am 5. November 2005). Im Folgenden Eurostat, Arbeitslosenquoten.

⁶⁸ Vgl. ebd.

⁶⁹ Kittner, S. 1015.

⁷⁰ Vgl. Richter, Ingo; Sardei-Biermann, Sabine: Jugendarbeitslosigkeit in Deutschland – Was lehren ausländische Beispiele? In: Richter, Ingo; Sardei-Biermann, Sabine (Hg.)(2000): Jugendarbeitslosigkeit. Ausbildungs- und Beschäftigungsprogramme in Europa. Opladen (S. 15-26), S. 19. Im Folgenden Richter; Sardei-Biermann. Vgl. auch Werquin, Patrick: Frankreich. In: Richter, Ingo; Sardei-Biermann, Sabine (Hg.)(2000): Jugendarbeitslosigkeit. Ausbildungs- und Beschäftigungsprogramme in Europa. Opladen (S. 27-56), S. 29. Im Folgenden Werquin.

⁷¹ Richter; Sardei-Biermann, S. 19.

Männer (10,7% zu 14,1%). In Frankreich liegt die Arbeitslosenquote junger Frauen über der junger Männer (23,3% zu 20,8%).⁷²

Unterschiede gibt es auch bei den Arbeitslosenquoten deutscher und ausländischer Jugendlicher. Die statistisch erfasste Arbeitslosigkeit ausländischer Jugendlicher ist in Deutschland niedriger, als die Jugendlicher mit deutscher Staatsangehörigkeit. So betrug laut dem von der Bundesregierung herausgegebenen *Bericht über die Lage der Ausländerinnen und Ausländer* von 2005 die Arbeitslosenquote ausländischer Jugendlicher in Deutschland im Jahr 2003 10,2%, die Deutscher hingegen 12,6%. Allerdings wird von den Verfassern des Berichts vermutet, dass die Dunkelziffer von nicht arbeitslos gemeldeten ausländischen Jugendlichen, also die verdeckte Arbeitslosigkeit, höher liegt.⁷³

Auch in Frankreich spielt die Nationalität eine Rolle. Jugendliche algerischer Herkunft und vor allem Mädchen aus „Schwarzafrika“ – „d’afrique noire“, der Türkei und Südostasien sind besonders stark von Arbeitslosigkeit betroffen. Und das Risiko, die Schule ohne Abschluss zu verlassen, ist für Jugendliche, deren beide Elternteile nicht in Frankreich geboren wurden, fast doppelt so hoch, wie das jener Jugendliche, deren Eltern in Frankreich geboren wurden.⁷⁴ Dies ist eine wichtige Feststellung, ist doch gerade der Bildungsstand ein weiterer Segmentierungsfaktor am Arbeitsmarkt.⁷⁵ In beiden Ländern steigt das Risiko arbeitslos zu werden, je niedriger das Bildungsniveau ist. Auch ist der Beschäftigungsanteil gering qualifizierter Menschen wesentlich niedriger als der höher qualifizierter.⁷⁶ So konzentriert sich das Problem der Jugendarbeitslosigkeit auf Jugendliche ohne oder mit einfachem Schulabschluss.⁷⁷

Weiterhin variiert die Jugendarbeitslosenquote in den verschiedenen Regionen eines Landes. In Deutschland reichen die regionalen Unterschiede von 8,1% in Bayern bis zu 23% in Brandenburg. In Frankreich sind es 16,1% im Pays de la

⁷² Vgl. Eurostat, Arbeitslosenquoten.

⁷³ Vgl. Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (Hg.)(2005): Bericht der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration über die Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland. Berlin, S. 84f. Der Bericht verwendet Zahlen aus dem Jahr 2003.

⁷⁴ Vgl. Nicole-Drancourt; Roulleau-Berger, S. 21ff.

⁷⁵ Vgl. Kittner, S. 1015 und Werquin, S. 29.

⁷⁶ Vgl. Allmendinger, Jutta: Ein ausbruchsicheres Gefängnis. Wer nicht lernt bleibt arm. Dagegen hilft nur eine bessere Bildungspolitik. In: Frankfurter Rundschau. 23. Juni 2005. Nr. 143 (S. 9), S. 9. Im Folgenden Allmendinger; Bosch, S. 23; Fahy, S. 18f.; Juès, Jean-Paul (1996): *L’emploi des jeunes en France*. Paris, S. 103ff.; Lamarque, S. 57; Nicole-Drancourt; Roulleau-Berger, S. 17ff.

⁷⁷ Vgl. Uterwedde, S. 92.

Loire und 28,1% in Nord – Pas-de-Calais. In den französischen Überseedepartements liegt die Jugendarbeitslosigkeit sogar bei 54,8%.⁷⁸

Auch wenn diese Zahlen die Arbeitslosigkeit gut veranschaulichen, muss darauf hingewiesen werden, dass eine Beurteilung der Arbeitslosigkeit anhand der Arbeitslosenquoten problematisch ist. Arbeitslosenquoten verfügen nur über eine begrenzte Aussagekraft, da sie nur die registrierte Arbeitslosigkeit darstellen. Die oben erwähnte verdeckte Arbeitslosigkeit jugendlicher Migranten wird darin nicht erfasst.⁷⁹ Ein weiteres Beispiel dafür, dass die Zahlen mit Vorsicht zu betrachten sind, zeigte sich im Rahmen der Arbeitsmarktreformen in Deutschland. In den ersten drei Monaten des Jahres 2005 wurden mehr als 100.000 Jugendliche als Arbeitslose registriert, die zuvor nicht erfasst waren.⁸⁰ Weiterhin werden an Arbeitsmarktmaßnahmen teilnehmende Erwerbslose nicht als arbeitslos registriert.⁸¹

Auch sind die Arten der Registrierung von Arbeitslosen von Land zu Land unterschiedlich, was die Vergleichbarkeit der Arbeitslosenquoten erschwert. So werden in Frankreich nur jene in der Arbeitslosenstatistik geführt, die eine Vollzeitarbeitsstelle suchen. In Deutschland werden auch Teilzeitarbeitssuchende registriert.⁸²

Außerdem können Arbeitslosenzahlen leicht politisch manipuliert werden. So wird in der Literatur immer wieder das Beispiel der britischen Konservativen genannt, die die Definition der Arbeitslosigkeit im Laufe ihrer Amtszeit mehr als dreißigmal verändert hatten, wobei jedes mal die Zahl der registrierten Arbeitslosen herabgesetzt worden war.⁸³ Ähnliches wird der Bundesagentur für Arbeit von den Gewerkschaften vorgeworfen: Dadurch dass sie, anders als in den Vorjahren, die Ausbildungsbilanz später, nämlich nach und nicht mehr vor Beginn eines Ausbildungsjahres veröffentlicht habe, sei ein besseres Bild der Ausbildungssituation kreierte worden.⁸⁴

⁷⁸ Vgl. Eurostat, Arbeitslosenquoten.

⁷⁹ Vgl. Kittner, S. 1015; Schmid, Alfons: Staatliche Beschäftigungspolitik. In: May, Hermann (Hg.)(2001): Handbuch zur ökonomischen Bildung. München (S. 175-196) 5. Auflage, S. 179. Im Folgenden Schmid, A., Staatliche Beschäftigungspolitik.

⁸⁰ Vgl. Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit (Hg.)(2005): Hartz 4 – Menschen in Arbeit bringen. Berlin, S. 79. Im Folgenden BMWA.

⁸¹ Vgl. Kittner, S. 1024 (Sozialgesetzbuch III §16 Abs. 2).

⁸² Vgl. Beck, S. 10.

⁸³ Vgl. Grauer, Christoph; Sciba, Jürgen (1998): Die Standortlüge – Abrechnung mit einem Mythos. Frankfurt/M., S. 16f. Vgl. auch Scharpf, S. 114 und Beck, S. 10.

⁸⁴ Vgl. Böhlefeld, Udo; Graef, Anne; Hegger, Stephan: Gewerkschaften. In: Einblick, 18/2005, S. 6.

Auch Patrick Werquin ist der Meinung, dass die Arbeitslosenquote zur Messung der Jugendarbeitslosigkeit in Frankreich „kein wirksames Instrument“⁸⁵ ist. Sie beziehe sich nur auf die Jugendlichen, die dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen. Jugendliche, die sich in einer Ausbildung befinden, würden bei der Berechnung jedoch nicht berücksichtigt. Somit würden nicht alle Jugendlichen mit einbezogen und folglich das Ergebnis verfälscht.⁸⁶

Auch das Heranziehen von Beschäftigungsquoten, die den Anteil der Erwerbstätigen an der erwerbsfähigen Bevölkerung angeben sollen, ist nicht alleine aussagekräftig. So gilt in Frankreich Ausbildung als ‚Bildung‘ und die Auszubildenden werden nicht zu den Erwerbstätigen gezählt. In Deutschland hingegen werden Auszubildende zu den ‚Erwerbstätigen‘ hinzu gerechnet.⁸⁷

Diese Ausführungen zeigen, dass man Arbeitslosenzahlen, Arbeitslosenquoten und Beschäftigungsquoten immer kritisch betrachten und hinterfragen sollte. Nichtsdestotrotz ist ein Vergleich möglich. So werden die vom Europäischen Statistikamt erstellten Arbeitsmarktstatistiken nach standardisierten Regeln errechnet, wodurch eine internationale Vergleichbarkeit gewährleistet ist.⁸⁸ Und auch wenn ein Vergleich der Arbeitslosenzahlen nicht immer unproblematisch ist, ermöglichen die Arbeitslosenquoten immerhin einen Überblick über und Einblick in die Verhältnisse.⁸⁹

Bei allen Gemeinsamkeiten und Unterschieden in bezug auf die Jugendarbeitslosigkeit dies und jenseits des Rheins, bleibt festzuhalten, dass das gegenwärtige Ausmaß der Jugendarbeitslosigkeit, „europaweit als unakzeptabel hoch angesehen“⁹⁰ wird.

⁸⁵ Werquin, S. 31.

⁸⁶ Vgl. ebd.

⁸⁷ Vgl. Europäische Kommission, Die Umsetzung der EBS, S. 17.

⁸⁸ Vgl. Schmidt, M., S. 30f.; Kasten, Gabriele; Soskice, David (2001): Europäische Beschäftigungspolitik – Möglichkeiten und Grenzen. Marburg, S. 13. Im Folgenden Kasten; Soskice. Vgl. auch Eurostat, Regional unemployment.

⁸⁹ Vgl. Werquin, S. 31.

⁹⁰ Beelmann; Kieselbach; Traiser, S. 135.

2.3 Ursachen der Jugendarbeitslosigkeit

Nachdem festgestellt wurde, dass Jugendarbeitslosigkeit sowohl in Frankreich als auch in Deutschland in nicht unerheblichem Ausmaß auftritt, werden nun ihre Ursachen betrachtet. Über diese gibt es in der Forschung eine große Anzahl von Theorien. Eine abschließende und umfassende Beschreibung aller möglichen Ursachen und Gründe für Arbeitslosigkeit und somit auch für Jugendarbeitslosigkeit, ist im Rahmen dieser Arbeit nicht möglich. An dieser Stelle sollen jedoch die wichtigsten Gründe für Jugendarbeitslosigkeit dargestellt werden.

In der Literatur werden im wesentlichen vier Arten von Arbeitslosigkeit⁹¹ beschrieben: Die strukturelle Arbeitslosigkeit, die konjunkturelle Arbeitslosigkeit, die friktionelle beziehungsweise Such- oder Fluktuationsarbeitslosigkeit und die saisonale Arbeitslosigkeit. Von diesen vier Arten der Erwerbslosigkeit spielen die saisonale und die friktionelle Arbeitslosigkeit für die im Verlauf vieler Jahre gestiegene Jugendarbeitslosigkeit keine große Rolle, da beide von begrenzter Dauer sind.⁹²

Bei der strukturellen Arbeitslosigkeit ist die Ursache ein Strukturwandel „in der Beschäftigung und auf den Arbeitsmärkten.“⁹³ Diesem Wandel sind alle westlichen Industriegesellschaften ausgesetzt.⁹⁴ Er betrifft „sektorale, regionale, ... qualifikatorische und tätigkeitsbezogene Aspekte auf dem Arbeitsmarkt.“⁹⁵ Von diesen Veränderungen sind Jugendliche betroffen. In Zeiten von Massenarbeitslosigkeit sind „Verdrängungsprozesse um das knapp gewordene Privileg, einen Arbeitsplatz zu besitzen“⁹⁶ zu einem wesentlichen Problem für junge Arbeitssuchende geworden. Sie müssen beim Übergang von der Ausbildung in die Arbeitswelt mit Personen konkurrieren, die bereits über einen beruflichen Status verfügen.⁹⁷ Sie selbst hingegen verfügen über keine oder

⁹¹ Vgl. Schmid, Alfons: Arbeitsmarkt. In: Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge (Hg.)(2002): Fachlexikon der sozialen Arbeit. Frankfurt/M. (S. 61f.) 5. Auflage, S. 62; Im Folgenden Schmid, A., Arbeitsmarkt. Schmid, Manfred G.: Arbeitslosigkeit; In: Nohlen, Dieter; Schultze, Rainer-Olaf (Hg.)(2004): Lexikon der Politikwissenschaft. Band 1. München. (S.33f.) 2. Auflage, S. 33. Vgl. auch Kock, Heinz; Leifert, Eduard; Schmid, Alfons; Stirnberg, Ludwig (1977): Konzepte der Konjunktursteuerung. Köln, S.126f.; Baßeler, Ulrich; Heinrich, Jürgen; Koch, Walter (1978): Grundlagen und Probleme der Volkswirtschaft. Köln, S. 273f.; Kittner, S. 999ff.; Friedrich, S. 326; BMWA, S. 8ff.; Rittershofer, S. 61 und Kasten; Soskice, S. 19f.

⁹² Vgl. Friedrich, S. 326ff.

⁹³ Kronauer, S. 44.

⁹⁴ Vgl. ebd.

⁹⁵ Schmid, A., Arbeitsmarkt, S. 62.

⁹⁶ Paul; Moser, S. 107.

Status verfügen.⁹⁷ Sie selbst hingegen verfügen über keine oder wenig Berufserfahrung, das heißt, sie konnten sich noch keine „arbeitsmarktrelevanten Eigenschaften“⁹⁸ aneignen, wie zum Beispiel bestimmte Arbeitstugenden, oder auch die „Fähigkeit, übliche Anforderungen des Berufsfeldes erfüllen zu können und sich in neue Aufgaben einfinden zu können.“⁹⁹ Jugendliche haben demnach zunächst schlechtere Chancen am Arbeitsmarkt.

In Deutschland hatte das duale Ausbildungssystem mit seiner Kombination von theoretischer Berufsbildung und dem Erlangen von Berufserfahrungen zu guten Eingliederungsergebnissen am Arbeitsmarkt geführt, da die genannten strukturellen Nachteile der Jugendlichen ausgeglichen wurden.¹⁰⁰ Dieses System hat jedoch eine Schwachstelle, nämlich die Ausbildungsbereitschaft der Unternehmen. Diese ist konjunkturabhängig, d.h. bei Konjunkturkrisen nimmt die Ausbildungsbereitschaft ab. Je schlechter die wirtschaftliche Lage in Deutschland geworden ist, um so mehr hat auch die Ausbildungsbereitschaft abgenommen. Folglich konnten immer weniger Unternehmen jungen Menschen eine berufliche Eingliederungsperspektive bieten.¹⁰¹ Jedoch können auch Veränderungen des unternehmerischen Handelns Auswirkungen auf die Ausbildungsbereitschaft haben. Dies wird wiederum als strukturelle Veränderung verstanden. Beispielsweise ist dies der Fall, wenn Unternehmer sich vermehrt am kurzfristigen wirtschaftlichen Erfolg orientieren, wie dies bei den Share-Holder-Value-Strategien geschieht. Diese zielen darauf ab, den Wert eines Unternehmens schnell zu steigern, um so dessen Aktienwert zu erhöhen. Da die duale Ausbildung eine längerfristige Investition ist, rechnet sich die Berufsausbildung bei einer kurzfristigen Sichtweise der Unternehmer nicht und fällt daher weg.¹⁰²

Das gesamte französische Ausbildungssystem ist weitgehend schulisch und wenig praktisch organisiert. Zwangsläufig fehlt vielen Jugendlichen auch hier die Berufserfahrung. Für die Absolventen einer Ausbildung entsteht so eine hohe Eintrittsbarriere in die Arbeitswelt. Diese Tatsache trägt in Frankreich dazu bei, dass viele Jugendliche direkt von der Ausbildung in die Eingliederungsar-

⁹⁷ Vgl. Eurostat (Hg.)(2003): Auswirkungen inadäquater Beschäftigung von Absolventen auf ihre Stellung auf dem Arbeitsmarkt. Jugendliche in Europa: Von der Schule ins Erwerbsleben. Teil 2. Luxemburg, S. 1.

⁹⁸ Büttner, S. 57.

⁹⁹ Ebd.

¹⁰⁰ Vgl. Kittner, S. 344 und Kronauer, S. 44f.

¹⁰¹ Vgl. Bosch, S. 32; Kittner, S. 348; Zander, Ingo (1999): Ausbildungs- und Beschäftigungsgarantien für Jugendliche. Bonn, S. 9. Im Folgenden Zander.

¹⁰² Vgl. Bosch, S. 33 und Ritterhöfer, S. 835.

beitslosigkeit rutschen. Somit folgen auf die Erstausbildung nahezu regelmäßig Eingliederungshilfen.¹⁰³

Weiterhin kommt es in Frankreich, wie in allen westlichen Industrieländern zu qualifikatorischen Veränderungen in der Arbeitswelt. Durch technologische Neuerungen und Entwicklungen und dem damit verbundenen Rückgang einfacher Tätigkeiten, kommt es auf den Arbeitsmärkten zu einer „Anhebung der Qualifikationsanforderungen“¹⁰⁴, die von niedrigqualifizierten Menschen nicht erfüllt werden können. Die Folge ist, dass, wie oben beschrieben, für Menschen ohne oder mit geringer Bildung der Zugang zu Arbeit oder zur Berufsausbildung zumindest erschwert ist.¹⁰⁵ Hinzu kommt, dass in Deutschland wie in Frankreich etwa 10% aller Jugendlichen die Schule ohne Abschluss verlassen.¹⁰⁶ Es besteht somit nicht nur ein Verdrängungsprozess zwischen Menschen mit oder ohne Berufserfahrung, sondern auch zwischen gebildeteren und weniger gebildeteren Jugendlichen.¹⁰⁷

2.4 Lösungsansätze: Maßnahmen gegen Arbeitslosigkeit

Die Jugendarbeitslosigkeit ist eines der Hauptprobleme in der Europäischen Union. Seit 30 Jahren steigt die Arbeitslosigkeit zudem weiter an. Um auf dieses Problem zu reagieren, stehen den Nationalstaaten sowie der Europäischen Union verschiedene Möglichkeiten zur Verfügung. Sie können verschiedene Instrumente der Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik nutzen, wobei jedoch die Meinungen auseinander gehen, welche Maßnahmen die richtigen beziehungsweise die wirksamsten gegen die Arbeitslosigkeit sind. Wie im vorangehenden Kapitel soll auch hier nur eine Auswahl der wichtigsten Lösungsansätze vorgestellt werden.

Bei der Beschäftigungspolitik handelt es sich um die „Gesamtheit der politischen Entscheidungsverfahren und Maßnahmen, die darauf ausgerichtet sind,

¹⁰³ Vgl. Uterwedde, S. 92; Werquin, S. 36 und Zander, S. 93.

¹⁰⁴ Vgl. Friedrich, S. 332; Kronauer, S. 44 und Solga, Helga: Ausbildungslosigkeit als soziales Stigma in Bildungsgesellschaften. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Jg. 54; Heft 3; 2002; (S. 476-505), S. 476f. Im Folgenden Solga.

¹⁰⁵ Vgl. Roitsch, Jutta: Wachsende Bildungsarmut. In: Mitbestimmung 10/2005 (S. 56-60), S. 60.

¹⁰⁶ Vgl. Allmendinger, S. 9 und Lamarque, S. 57f.

¹⁰⁷ Vgl. Castel, Robert (2000): Die Metamorphosen der sozialen Frage – Eine Chronik der Lohnarbeit. Konstanz, 352f. Im Folgenden Castel.

das Arbeitskräfteangebot und die Arbeitskräftenachfrage ... auf gesamtwirtschaftlicher Ebene zu regulieren.“¹⁰⁸ Sie wird in allen den Bereichen angewendet, die sich mit Beschäftigung und Arbeit befassen, wie zum Beispiel in der Finanz-, Sozial-, Bildungs-, und Industriepolitik.¹⁰⁹

Bei der Arbeitsmarktpolitik unterscheidet man zwei Formen: Die erste ist die passive Arbeitsmarktpolitik. Darunter werden alle Regelungen zur finanziellen Absicherung der Arbeitslosen subsummiert.¹¹⁰ Die zweite Form ist die aktive Arbeitsmarktpolitik.¹¹¹ Deren Ziel ist es, die allgemeine Beschäftigungssituation zu verbessern. Dazu gehören alle Maßnahmen, die die Beziehung zwischen Angebot und Nachfrage auf den Arbeitsmärkten beeinflussen. Sie soll die strukturellen Veränderungen in den wirtschaftlichen Sektoren, in den Regionen, bei den Qualifikationen und Tätigkeiten bearbeiten. So werden die Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik zum Beispiel bei bestimmten Zielgruppen, Regionen oder Industrien angewendet.¹¹²

Die Maßnahmen aktiver Arbeitsmarktpolitik kommen bei der beruflichen Eingliederung Jugendlicher in den Arbeitsmarkt zum Tragen. Hier unterscheidet man „nachfrageorientierte Maßnahmen“, „angebotsorientierte Maßnahmen“ und „Infrastrukturmaßnahmen“.¹¹³

¹⁰⁸ Thibaut, Bernhard: Beschäftigungspolitik. In: Nohlen, Dieter; Schultze, Rainer-Olaf (Hg.)(2004): Lexikon der Politikwissenschaft. Band 1. München (S. 75f.) 2. Auflage, S. 75. Im Folgenden Thibaut.

¹⁰⁹ Vgl. ebd.; Schmidt, Manfred G.: Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik. In: Schmidt, Manfred G. (Hg.)(1992): Lexikon der Politik. Band 3: Die westlichen Länder. München. (S. 34-38), S. 35. Im Folgenden Schmidt, M., Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik; Schmid, A., Staatliche Beschäftigungspolitik, S. 182, Schmid, Alfons: Arbeitsmarktpolitik; In: May, Hermann (Hg.)(2001): Handbuch zur ökonomischen Bildung. München (S. 211-228). 5. Auflage, S. 213. Im Folgenden Schmid, A., Arbeitsmarktpolitik; Benhayoun, Gilbert; Lazzeri, Yvette (1998): L'évaluation des politiques de l'emploi. Paris, S. 44. Im Folgenden Benhayoun; Lazzeri.

¹¹⁰ Vgl. Schmidt, M., Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik, S. 34f.; Kröger; Suntum, S. 10; Benhayoun; Lazzeri, S.46; Schmid, A., Arbeitsmarktpolitik, S. 225f.; Jansen, Peter: Beschäftigungspolitik auf kommunaler Ebene – Grundelemente eines deutsch-französischen Vergleichs. In: Kibler, Leo; Zettelmeier, Werner (Hg.)(2005): Kommunale Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik – Deutschland und Frankreich im Vergleich. Frankfurt/M. (S. 137-148), S. 140. Im Folgenden Jansen.

¹¹¹ Der Begriff aktive Arbeitsmarktpolitik wird synonym mit dem Begriff Arbeitsförderung und aktive Arbeitsmarktförderungspolitik gebraucht. Vgl. Kaluza, S. 62 und Schmidt, M., Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik, S. 35.

¹¹² Vgl. Jansen, S. 140; Kaluza, S. 62; Schmidt, M., Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik, S. 34; Schmidt, Manfred G.: Arbeitsmarktpolitik. In: Nohlen, Dieter; Schultze, Rainer-Olaf (Hg.)(2004): Lexikon der Politikwissenschaft. Band 1. München. 2. Auflage, S. 34.; Kröger; Suntum, S. 9f.; Bosch, S. 21; Benhayoun; Lazzeri, S. 44ff.; Schmid, A., Arbeitsmarktpolitik, S. 221. Seit Anfang der 1990er Jahre wird zusätzlich von aktivierender Arbeitsmarktpolitik gesprochen. Hierbei wird neben der Förderung der Arbeitslosen durch passive und aktive Arbeitsmarktpolitik gefordert, dass die Arbeitslosen eigne Leistungen zur Arbeitsmarktintegration erbringen. Vgl. BMA, S. 12ff.; Benhayoun; Lazzeri, S. 64ff. und Schmid, G., S. 166ff.

¹¹³ Schmid, Josef; Blancke, Susanne (2001): Arbeitsmarktpolitik der Bundesländer. Berlin, S. 99. Im Folgenden Schmid; Blancke.

Nachfrageorientierte Maßnahmen zielen darauf ab, bei den Unternehmen Anreize zur Einstellung von Arbeitslosen zu schaffen oder zum Erhalt von Arbeitsplätzen beizutragen. Das kann zum Beispiel durch Lohnkostenzuschüsse oder Existenzgründerhilfen geschehen.¹¹⁴ Durch Lohnkostenzuschüsse sollen vor allem so genannte ‚Problemgruppen‘, wie zum Beispiel Jugendliche mit niedrigem Ausbildungsstand oder behinderte Arbeitslose, der Zugang zum Arbeitsmarkt erleichtert und dadurch eine soziale Ausgrenzung verhindert werden.¹¹⁵ Die Existenzgründerhilfen sollen Arbeitslosen über eine selbständige Tätigkeit den Weg ins Berufsleben ermöglichen und so, im besten Fall, weitere Arbeitsverhältnisse folgen lassen.¹¹⁶

Die angebotsorientierten Maßnahmen setzen direkt bei den Arbeitslosen an. Durch sie soll die berufliche und regionale Mobilität der Betroffenen erhöht werden. Dazu zählen Qualifizierungsmaßnahmen (Aus-, Fort- und Weiterbildung) und Mobilitätsbeihilfen.¹¹⁷ Sie sollen „regionale und qualifikatorische Arbeitsmarktungleichgewichte“¹¹⁸, den sogenannten Mismatch, abbauen. Umgekehrt heißt dies, dass durch die Qualifizierungen oder Mobilitätsbeihilfen die Arbeitslosen für den Arbeitsmarkt „passend“ (matching) gemacht werden sollen.¹¹⁹

Unter Infrastrukturmaßnahmen versteht man die Beratung und Vermittlung von Arbeit. Sie sind flankierend zu den nachfrage- und angebotsorientierten Maßnahmen notwendig.¹²⁰ Hinzu gezählt werden auch die Einrichtungen, die auf die Gestaltung der Arbeitsmarktpolitik abzielen, so zum Beispiel regionale oder lokale Koordinierungsstellen, die unter anderem für die Kohärenz der verschiedenen Arbeitsmarktmaßnahmen sorgen sollen. Auch die Beratung oder Begutachtung der aktiven Arbeitsmarktpolitik durch externe Institute wird hierzu gezählt.¹²¹

¹¹⁴ Vgl. Schmid, A., Arbeitsmarktpolitik, S. 224; Schmid; Blancke, S. 99ff.; Benhayoun; Lazzeri, S. 44ff.; Kröger; Suntum, S. 12; Hujer, Reinhard; Bellmann, Lutz; Brinkmann, Christian: Evaluation aktiver Arbeitsmarktpolitik – Probleme und Perspektiven. In: Buttler, Friedrich u.a. (Hg)(2000): Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Erfolgskontrolle aktiver Arbeitsmarktpolitik. Stuttgart (S. 341-344), S. 341. Im Folgenden Hujer; Bellmann; Brinkmann.

¹¹⁵ Vgl. Kaluza, S. 62; Schmid, A., Arbeitsmarktpolitik, S. 221; Wagner, S. 83; Schmid; Blancke, S. 13 und S. 99f.

¹¹⁶ Vgl. Schmid; Blancke, S.100 und Kröger; Suntum, S. 52.

¹¹⁷ Vgl. Kaluza, S. 62; Schmid, A., Arbeitsmarktpolitik, S. 222; Schmid; Blancke, S. 101ff.; Benhayoun; Lazzeri, S. 44ff; Hujer; Bellmann; Brinkmann, S. 341.

¹¹⁸ Kaluza, S. 62.

¹¹⁹ Vgl. Schmid; Blancke, S. 59ff.; Kröger; Suntum, S. 17ff.; Schmid, G., S. 160ff.

¹²⁰ Vgl. Schmid, A., Arbeitsmarktpolitik, S. 222; Schmid; Blancke, S. 103ff.; Kröger; Suntum, S. 12.

¹²¹ Vgl. Schmid; Blancke, S. 103.

Die Wirkung der drei Maßnahmentypen ist begrenzt, sie können die Massenarbeitslosigkeit nicht beseitigen.¹²² Aber sie besitzen hinsichtlich einiger Strukturprobleme des Arbeitsmarktes „durchaus beträchtliches Problemlösungspotential.“¹²³ So ist die Überwindung des Arbeitskräftemismatches durch Vermittlung von Arbeit oder berufliche Bildung möglich. Weiterhin sind Arbeitsmarktmaßnahmen geeignet, die Arbeitsmarktintegration der sogenannten ‚Problemgruppen‘ zu fördern, indem ihnen Schlüsselqualifikationen vermittelt oder sie anderweitig fachlich ausgebildet werden.¹²⁴ Außerdem können in Arbeitsförderungsmaßnahmen die aus der Arbeitslosigkeit resultierenden psychischen Probleme angesprochen werden, zum Beispiel in Persönlichkeitsentwicklungstrainings. Durch sie kann die Perspektivlosigkeit der Betroffenen durchbrochen und neue (Bewerbungs-) Aktivität angestoßen werden.¹²⁵ Zusätzlich haben die Maßnahmen aktiver Arbeitsmarktpolitik Auswirkungen auf die Arbeitslosenstatistiken. Die Teilnehmer solcher Maßnahmen gelten nämlich nicht als arbeitslos, werden also nicht in der Statistik geführt.¹²⁶ Dennoch sind die Instrumente aktiver Arbeitsmarktpolitik nicht bei jedem auftretendem Problem der Schlüssel zur Lösung. So kann die Massenarbeitslosigkeit als gesellschaftliches und wirtschaftliches Problem natürlich nicht durch die Bearbeitung psychischer Probleme beseitigt werden. Für den Einzelnen können sie jedoch gerade eine große Hilfe sein.¹²⁷ Durch Arbeitsmarktmaßnahmen können auch unerwünschte Nebeneffekte auftreten, die am Beispiel der Lohnkostenzuschüsse illustriert werden sollen. Zu diesen Nebeneffekten kann es aber auch bei Qualifizierungen oder anderen Maßnahmen kommen. Ziel der Lohnkostenbeihilfe ist es in erster Linie, die Beschäftigungschancen von Problemgruppen zu erhöhen, nicht jedoch den allgemeinen Beschäftigungsstand zu steigern. Somit ist die Lohnsubvention also in erster Linie ein Beitrag zur Förderung der Chancengleichheit.¹²⁸ Lohnkostenzuschüsse können jedoch auch „indirekte Effekte“¹²⁹ verursachen: Wenn nämlich durch die Lohn-

¹²² Vgl. ebd., S. 12 und BMWA, S. 11.

¹²³ Schmid; Blancke, S. 12.

¹²⁴ Vgl. ebd., S. 12f.; Zempel; Moser, S. 307f.; Schmid, A., Arbeitsmarktpolitik, S. 224.

¹²⁵ Vgl. Zempel; Moser, S. 308.

¹²⁶ Vgl. Kittner, S. 1024 (Sozialgesetzbuch III §16 Abs. 2).

¹²⁷ Vgl. Paul; Moser, S. 107.

¹²⁸ Vgl. Wagner, S. 83; Kröger; Suntum, S. 51 und Schmid, A., Arbeitsmarktpolitik, S. 224.

¹²⁹ Hujer; Bellmann; Brinkmann, S. 343.

kostenbeihilfe die berufliche Integration bestimmter Gruppen besonders gefördert wird, kann es zugleich zu einem Rückgang der Nachfrage nach nicht geförderten Arbeitnehmern kommen. Wären die unterstützten Arbeitslosen grundsätzlich auch ohne Förderung eingestellt worden, spricht man von den sogenannten Mitnahmeeffekten. Wenn die geförderten Personen anstelle nichtgeförderter Arbeitsloser eingestellt werden, spricht man von Substitutionseffekten. Diese Effekte sind bei Arbeitsmarktmaßnahmen kaum zu vermeiden.¹³⁰

Das Eingreifen in den Arbeitsmarkt durch eine aktive Arbeitsmarktpolitik hat neben den genannten noch weitere Auswirkungen. Dazu zählt „die Gefahr einer ... Verlangsamung von Anpassungsvorgängen, [da] ... Strukturen¹³¹ erhalten werden“¹³², die eigentlich durchbrochen werden müssten. Es wird kritisiert, dass eben dieser Effekt „von den gesetzgebenden Entscheidungsträgern als Substitut für unpopuläre Reformen“¹³³ genutzt wird. Außerdem können nach Jürgen Gallenstein Lohnkostenbeihilfen dazu führen, dass Löhne sinken. Grund hierfür ist die Annahme, dass die Zuschüsse bestätigen, dass die Kosten für Arbeit zu hoch seien.¹³⁴

Eine weitere unerwünschte Auswirkung aktiver Arbeitsmarktpolitik ist der sogenannte Steuereffekt. Hier wird angemerkt, dass die „Finanzierung der aktiven Arbeitsmarktpolitik über Steuern [und Sozialversicherungsbeiträge] auf Nichtteilnehmer wirkt.“¹³⁵ Laut Martin Kröger und Ulrich van Suntum kann dies „negative Rückwirkungen auf das allgemeine Beschäftigungsniveau“¹³⁶ haben, da die Kosten für die Arbeitsmarktmaßnahmen die Steuer- und Sozialabgaben und damit die Lohnnebenkosten erhöhen. Patrick Werquin hingegen empfindet die Kosten nicht als Problem, vielmehr hätten gerade Lohnkostenbeihilfen „Vorteile für die Gesamtwirtschaft“¹³⁷: Die Unternehmen würden gleich zweimal gefördert: Erstens durch den Lohnzuschuss und zweitens durch die Kaufkraft der geförderten Arbeitnehmer.¹³⁸

¹³⁰ Vgl. Uterwedde, S.99; Kröger; Suntum, S. 22 und Castel, S. 354.

¹³¹ Gemeint sind hier die strukturellen Probleme des Arbeitsmarktes.

¹³² Friedrich, S. 334.

¹³³ Kröger; Suntum, S. 24f.

¹³⁴ Vgl. Gallenstein, Jürgen: Arbeitsmarktpolitische Strategien in Hamburg. In: Mirbach, Thomas (Hg.)(1999): Entwürfe für eine soziale Stadt. Amsterdam (S. 105-116), S. 114. Im Folgenden Gallenstein.

¹³⁵ Hujer; Bellmann; Brinkmann, S. 343.

¹³⁶ Kröger; Suntum, S. 24.

¹³⁷ Werquin, S. 40.

¹³⁸ Vgl. ebd.

Auch für die Teilnehmer von Arbeitsmarktmaßnahmen können durch eben diese Nachteile entstehen. Dies ist dann der Fall, wenn sie bei potentiellen Arbeitgebern eine schlechte Reputation genießen. Arbeitgeber können die Teilnahme an oder Förderung durch Arbeitsmarktmaßnahmen als eine Schwäche oder Unfähigkeit ansehen. Dies nennt man dann den Stigmatisierungseffekt.¹³⁹ Eine weitere mögliche Folge kann sein, dass die bei den Teilnehmern hervorgerufene „Steigerung einer optimistischen Grundhaltung“¹⁴⁰ in Frustration umschlägt und weitere psychische Beeinträchtigungen nach sich zieht, wenn die durch die Maßnahme geweckten Hoffnungen auf eine Anstellung enttäuscht werden.

Trotz der möglichen negativen Auswirkungen der Arbeitsmarktmaßnahmen und obwohl diese die Ursachen der Massenarbeitslosigkeit nicht beseitigen können,¹⁴¹ sind die Instrumente der aktiven Arbeitsmarktpolitik nicht grundsätzlich unwirksam. Vielmehr können die Erfolge erst dann zum Tragen kommen, wenn sie in ein Verhältnis zu den unerwünschten Nebeneffekten gebracht werden. Hierzu müssen die positiven und negativen Auswirkungen der aktiven Arbeitsmarktpolitik genau betrachtet werden, damit sie dann so gezielt und effizient wie möglich eingesetzt werden können.

2.5 Die Evaluierung von Arbeitsmarktmaßnahmen

Im folgenden Kapitel werden Beurteilungskriterien und Erfolgsindikatoren für Arbeitsmarktmaßnahmen diskutiert. Dies ist nicht einfach, wurde doch schon im letzten Kapitel deutlich, dass eine eindeutige Beurteilung der aktiven Arbeitsmarktmaßnahmen schwierig ist, da sie nicht nur zu positiven Ergebnissen führen. Dies spiegelt auch die Forschung wieder: So kommt Alfons Schmid zu einer insgesamt „eher negativen Beurteilung der [aktiven] Arbeitsmarktpolitik“¹⁴². Er argumentiert vor allem auf mit den unerwünschten Nebeneffekten und damit,

¹³⁹ Vgl. Hujer; Bellmann; Brinkmann, S. 342; Kröger; Suntum, S. 19 und S. 42; Werquin, S. 46; Mutual learning Programme of the European Employment Strategy (Hg.)(2001): TRACE: Access Routes to Employment for Young People in Danger of Exclusion – Executive Summary (<http://pdf.mutual-learning-employment.net/pdf/exec-summ-france-oct01.pdf>, am 18. August 2005). S. 7. Im Folgenden Executive Summary.

¹⁴⁰ Zempel; Moser, S. 311.

¹⁴¹ Vgl. Kröger; Suntum, S. 43 und Schmid; Blancke, S. 12.

¹⁴² Schmid, A., Arbeitsmarkt, S. 62.

dass trotz Arbeitsmarktmaßnahmen die Arbeitslosenzahlen weiter steigen. Manfred G. Schmidt hingegen sieht vor allem die Erfolge, die durch Maßnahmen erzielt werden und beurteilt deshalb die aktive Arbeitsmarktpolitik insgesamt positiv.¹⁴³ Henrik Uterwedde¹⁴⁴ sowie Martin Kröger und Ulrich van Suntum¹⁴⁵ sehen beides, Erfolge und Risiken der Maßnahmen, und vertreten daher eine differenzierte Meinung.

Trotzdem soll im Folgenden aufgezeigt werden, welche verschiedenen Möglichkeiten es gibt, Arbeitsmarktmaßnahmen und ihren Erfolg zu bewerten.

Die grundsätzliche Voraussetzung, um Maßnahmen aktiver Arbeitsmarktpolitik beurteilen zu können, ist, dass sie klare Ziele vorweisen.¹⁴⁶ Sie sind das Kriterium, an dem der Erfolg einer Maßnahme gemessen wird. Solche Zielsetzungen beziehungsweise Erfolgskriterien können je nach Maßnahme und je nach Perspektive der an einer Maßnahme beteiligten Personen und Institutionen völlig unterschiedlich ausfallen.

Das oberste Ziel aller Arbeitsmarktmaßnahmen ist die erfolgreiche berufliche Eingliederung der Teilnehmer. Um das Erreichen dieses Zieles zu Überprüfen, werden Erfolgsindikatoren benötigt. Dies können beispielsweise Eingliederungsquoten beziehungsweise Beschäftigungsquoten der Teilnehmer sein.¹⁴⁷ Angenommen wird hier, dass die Anzahl der wieder in das Berufsleben eingegliederten Teilnehmer den Erfolg oder Misserfolg einer Maßnahme anzeigt. Eine ausschließliche Evaluation über die Eingliederungsquoten muss jedoch kritisch betrachtet werden.¹⁴⁸ Bewertet man Träger und ihre Maßnahmen nur nach diesem einzigen Kriterium, so besteht die Gefahr eines sogenannten „creamings.“¹⁴⁹ Das bedeutet, dass nur die Kandidaten in Maßnahmen aufgenommen werden, die sowieso, auch ohne die Teilnahme, verhältnismäßig gute Eingliederungschancen haben. Die Eingliederungsquoten sagen somit über den Erfolg der Maßnahme wenig aus.¹⁵⁰ Wichtig ist auch, dass die Eingliederungsquoten kausal mit der Maßnahme zusammenhängen müssen, damit sie aussa-

¹⁴³ Vgl. Schmidt, M., Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik, S. 36.

¹⁴⁴ Vgl. Uterwedde, S. 99.

¹⁴⁵ Vgl. Kröger; Suntum, S. 8, 26 und 42.

¹⁴⁶ Vgl. Werquin, S. 44.

¹⁴⁷ Vgl. Benhayoun; Lazzeri, S. 70; Hujer; Bellmann; Brinkmann, S. 341; Kröger; Suntum, S. 28.

¹⁴⁸ Vgl. Gallenstein, S. 112; Werquin, S. 42; Mohr, Gisela: Langzeiterwerbslosigkeit. In: Zempel, Jeanette; Bacher, Johann; Moser, Klaus (Hg.)(2001): Erwerbslosigkeit. Ursachen, Auswirkungen und Interventionen. Opladen, S. 125. Im Folgenden Mohr.

¹⁴⁹ Mohr, S. 125. Im Deutschen bedeutet dies so viel wie, „die Sahne [das Beste] abschöpfen“.

¹⁵⁰ Vgl. Mohr, S. 125.

gekräftigt sind. Bei der Evaluation muss berücksichtigt werden, dass die Verbesserung der Beschäftigungssituation der Teilnehmer auch von anderen Faktoren beeinflusst werden und völlig unabhängig von der Arbeitsmarktmaßnahme erfolgen kann. Solche Faktoren sind beispielsweise die persönlichen Voraussetzungen der Teilnehmer, wie Bildung, psychische Stabilität oder auch eine mögliche Verbesserung der Arbeitsmarktlage.¹⁵¹

Berücksichtigt man diese Faktoren, machen Eingliederungsquoten Aussagen über den quantitativen Erfolg einer Maßnahme. Sie benennen also den Anteil der Teilnehmer, die den Weg in das Berufsleben aufgrund der Maßnahmen gefunden haben. Hierbei muss jedoch auch berücksichtigt werden, dass erst in Verbindung mit Informationen über den beruflichen Werdegang dieser Teilnehmer eine Aussage über die Qualität der Eingliederung gemacht werden kann. Indikatoren sind hier zum Beispiel die Stabilität beziehungsweise Dauer der Beschäftigung oder auch die Einkommensentwicklung.¹⁵²

Neben der Eingliederungsquote erlauben auch andere quantitative Erhebungen einen Rückschluss auf den Erfolg einer Maßnahme. So kann beispielsweise ein Anstieg der Einladungen zu Vorstellungsgesprächen nach der Durchführung eines Bewerbungstrainings ein Erfolgsindikator sein.¹⁵³ Aus der Perspektive der Maßnahmenträger können hohe Teilnehmerzahlen ein Erfolgskriterium sein. Dies ist vor allem dann wichtig, wenn die Finanzierung einer Maßnahme von dieser Zahl abhängt.¹⁵⁴ In diesem Fall spielt die erfolgreiche berufliche Eingliederung der Teilnehmer keine Rolle. Hohe Teilnehmerzahlen sind auch für die aktive Arbeitsmarktpolitik relevant. Ihr Erfolg misst sich an der Arbeitslosenstatistik. Teilnehmer von Arbeitsmarktmaßnahmen werden darin nicht aufgeführt, so dass die statistische Arbeitslosigkeit sinkt, je mehr Arbeitslose an den Maßnahmen teilnehmen. Wichtig ist jedoch, was Henrik Uterwedde in diesem Zusammenhang anmerkt: „Längerfristig lässt diese Wirkung nach.“¹⁵⁵ Arbeitslosigkeit würde so eben nicht nachhaltig beseitigt.

Für die Teilnehmer selbst kann neben der beruflichen Eingliederung das Ziel und somit das Erfolgskriterium einer Maßnahme die Verbesserung ihrer persön-

¹⁵¹ Vgl. Benhayoun; Lazzeri, S. 72; Büttner, S. 48 und Zempel; Moser, S. 303ff.

¹⁵² Vgl. Benhayoun; Lazzeri, S. 70; Hujer; Bellmann; Brinkmann, S. 341 und Kröger; Suntum, S. 28. Vgl. auch Europäischer Gewerkschaftsbund (Hg.) (2001): Unsere Prioritäten. Resolution des EGB. Brüssel, S. 68.

¹⁵³ Vgl. Zempel; Moser, S. 313.

¹⁵⁴ Vgl. Bosch, S. 34 und Benhayoun; Lazzeri, S. 69.

¹⁵⁵ Uterwedde, S. 99.

lichen Lage sein. Dies kann gerade für Jugendliche das Eröffnen einer „perspektivenreichen Zukunft“¹⁵⁶ sein: durch Arbeitsmarktmaßnahmen können sie sich qualifizieren und ihre Chancen auf einen Arbeitsplatz steigern.¹⁵⁷

Wie jedoch wird der Erfolg einer Maßnahme in der Praxis gemessen? Häufig passiert dies nur über eine „évaluation intuitive“¹⁵⁸, einer intuitiven Evaluation. Das heißt, die durchführenden Mitarbeiter der Maßnahme selbst stellen ihre individuellen Erfolgskriterien auf. Sie beziehen sich dabei nur auf ihren Aufgabenbereich und ihre Erfahrungswerte. Zwangsläufig sind solche Erhebungen stark subjektiv gefärbt und spiegeln nicht die Realität wider.¹⁵⁹

Für eine sach- und fachgerechte Erfolgsbewertung von Maßnahmen sind Vergleichsmaßstäbe notwendig. So sind verlässliche Beurteilungen nur dann möglich, wenn von einer Maßnahme objektive Daten über ihre Ausgestaltung, die Inhalte und die Ziele sowie über die Teilnehmer und deren Verbleib nach der Maßnahme erfasst werden. Ein weiteres wichtiges Element ist die Bildung einer Vergleichsgruppe. Die Personen dieser Gruppe haben idealerweise hinsichtlich Alter, Bildung, Gesundheitszustand usw. die gleichen Merkmale wie die Personen der Teilnehmergruppe. Die Eingliederungsquote, Beschäftigungsdauer und das Einkommen der beiden Gruppen wird dann miteinander verglichen. So wird ersichtlich, ob eine Maßnahme bei der Teilnehmergruppe zu einem höheren Erfolg geführt hat als bei den Personen der Vergleichsgruppe.¹⁶⁰ Bei dieser Art der Evaluationen ist jedoch zu beachten, dass für eine aussagekräftige Beurteilung der Maßnahme die Auswahl der Personen für die Vergleichsgruppe eine große Rolle spielt. In diesem Zusammenhang ist die Unabhängigkeit der Evaluatoren von den Auftraggebern eine wichtige Voraussetzung.¹⁶¹

Eine weitere Evaluationsmethode versucht die möglichen Fehlerquellen bei der Auswahl der Vergleichsgruppe zu umgehen. Hier werden Ergebniskontrollen durch „soziale Experimente“¹⁶² durchgeführt. Dabei wird die Vergleichsgruppe nicht extern zusammengestellt, sondern vor dem Beginn der Maßnahme aus der Teilnehmergruppe selbst ausgelost. Die Personen der Vergleichsgruppe

¹⁵⁶ Groth; Maenning, S. 10.

¹⁵⁷ Vgl. Zempel; Moser, S. 306.

¹⁵⁸ Benhayoun; Lazzeri, S. 68.

¹⁵⁹ Vgl. ebd.

¹⁶⁰ Vgl. ebd., S. 71; Hujer; Bellmann; Brinkmann, S. 342 und Kröger; Suntum, S. 30.

¹⁶¹ Vgl. Smith, Jeffrey: Evaluationen aktiver Arbeitsmarktpolitik: Erfahrungen aus Nordamerika. In: Buttler, Friedrich u.a. (Hg)(2000): Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Erfolgskontrolle aktiver Arbeitsmarktpolitik. Stuttgart. (S. 345-356), S. 346ff.

¹⁶² Hujer; Bellmann; Brinkmann, S. 342.

nehmen an der Maßnahme nicht teil. Über diese zufällig ausgewählte Kontrollgruppe findet schließlich der Vergleich statt. Dieses Verfahren wird vor allem in den Vereinigten Staaten angewandt. In Deutschland werden „soziale Experimente ... aus gesetzlichen und ethischen Gründen nicht durchgeführt“¹⁶³, weil man hier Personen willkürlich ausschließt, die eigentlich einen Anspruch auf die Teilnahme an der Maßnahme hatten.

Eine Evaluation kann auch durch die Gegenüberstellung von Kosten und Nutzen (Wirkung) der verschiedenen Maßnahmen gemacht werden. Die Frage ist hier, „ob die erzielten Ergebnisse den erforderlichen Mitteleinsatz rechtfertigen.“¹⁶⁴ Erfolgsindikatoren sind hier die durchschnittlichen Kosten, die für die erfolgreiche berufliche Integration einer Person angefallen sind.¹⁶⁵

Neben Evaluationen, die ausschließlich auf die Ermittlung des Erfolges abzielen, bieten qualitative Untersuchungen hingegen einen Einblick in die Inhalte und die Durchführung von Maßnahmen. Dabei werden zum Beispiel die Erwartungen und Motive der teilnehmenden Arbeitslosen erfragt, aber auch, welche Anforderungen Arbeitgeber an die Maßnahme stellen. Diese soll dann entsprechend gestaltet werden.¹⁶⁶

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass es unterschiedliche Verfahren gibt, den Erfolg einer Arbeitsmarktmaßnahme zu messen. Bei der Anwendung dieser Verfahren müssen möglichst viele der erwähnten Erfolgsindikatoren, sei es die Eingliederungsquote, die Teilnehmerzahl einer Maßnahme oder die Kosten pro eingegliedert Person berücksichtigt und außerdem mögliche Fehlerquellen vermieden werden, um so zu einer angemessenen Beurteilung zu kommen.

¹⁶³ Ebd.

¹⁶⁴ Kröger; Suntum, S. 30

¹⁶⁵ Vgl. Rheinisch – Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung, Institut für Sozialökonomische Strukturanalysen und Gerd Ronning (2004): Evaluierung der arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen des Europäischen Sozialfonds in Deutschland in der Förderperiode 2000 - 2006. Zweiter Zwischenbericht. Essen, S. 53. Im Folgenden RWI.

¹⁶⁶ Vgl. Benhayoun; Lazzeri, S. 71 und Hujer; Bellmann; Brinkmann, S. 342.

3. Der Europäische Sozialfonds

3.1 Aufgaben und Ziele des Europäischen Sozialfonds

Arbeitsmarktmaßnahmen können auf verschiedenste Art und Weise finanziert werden. Ein Mittel dazu ist der Europäische Sozialfonds (ESF). Er kofinanziert Arbeitsmarktmaßnahmen in den Ländern der Europäischen Union. Seine Ziele und Aufgaben werden im Folgenden vorgestellt.

Der Europäische Sozialfonds ist einer von vier Strukturfonds, die die Europäische Union zur Zeit unterhält. Neben ihm bestehen zum einen der Europäische Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), das Finanzinstrument für die Ausrichtung der Fischerei (FIAF) und der Europäische Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft (EAGFL).¹⁶⁷ Diese Strukturfonds sollen dabei helfen, die bestehenden Unterschiede im Entwicklungsstand in den verschiedenen Regionen auszugleichen und Benachteiligungen zu verringern.¹⁶⁸ In diesem Sinne sollen die Strukturfonds ein Solidaritätsinstrument zwischen den Regionen sein. Ein Grossteil der Mittel für diese Fonds wird „von den reichsten Mitgliedsstaaten getragen ... [und] ... in die weniger wohlhabenden Staaten umverteilt.“¹⁶⁹

Der Europäische Sozialfonds war der erste Strukturfonds der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. 1957 wurde er im Vertrag über die Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft verankert.¹⁷⁰ Er sollte bei der Umsetzung der Politik der Europäischen Gemeinschaft Unterstützung bieten und diese durch Sozialpolitik flankieren.¹⁷¹ In diesem Vertrag sind die Ziele des Europäischen Sozialfonds formuliert: Es sollen die „Beschäftigungsmöglichkeiten der Arbeitskräfte“ verbessert werden, was „zur Hebung der Lebenshaltung“ beitragen soll. Um dieses zu ermöglichen, hat der Europäische Sozialfonds die Auf-

¹⁶⁷ Vgl. Europäische Kommission (Hg.)(2004): Im Dienst der Regionen. Luxemburg, S. 12. Im Folgenden Im Dienst der Regionen. Vgl. auch Europäische Kommission: ESF-Glossar.

(http://europa.eu.int/comm/employment_social/esf2000/glossary-de.htm). Im Folgenden ESF-Glossar.

¹⁶⁸ Vgl. Conrad, Sabine: Der Europäische Sozialfonds. In: Tiemann, Friedrich (Hg.)(1995): Soziales Europa – Von der Sozialhilfe in das Erwerbsleben. Bonn (S. 5-26), S. 7. Im Folgenden Conrad. Vgl. auch Meyer auf der Heyde, Achim: Der Europäische Sozialfonds als Finanzierungsinstrument kommunaler Beschäftigungspolitik. In: Freidinger, Guido; Schulze-Böing, Matthias (Hg.)(1995): Handbuch der kommunalen Arbeitsmarktpolitik. Marburg. (S. 345-369), S. 345. Im Folgenden Meyer. Vgl. auch Rittershofer, S. 922.

¹⁶⁹ Europäische Kommission (Hg.)(2001): Im Dienst der Regionen. Luxemburg, S. 6ff.

¹⁷⁰ Vgl. Meyer, S. 345; Conrad, S. 7; Europäische Kommission: Evolution of the ESF from 1957 to 1988. (http://europa.eu.int/comm/employment_social/esf/en/overview/chapter1.htm)

¹⁷¹ Vgl. Conrad, S. 6.

gabe, „die örtliche und berufliche Mobilität ... zu fördern sowie die Anpassung an industrielle Wandlungsprozesse und an Veränderungen der Produktionssysteme insbesondere durch berufliche Bildung und Umschulung zu erleichtern.“¹⁷² Seit seiner Gründung versucht der Europäische Sozialfonds entlang „dreier Hauptachsen“¹⁷³ diese Ziele zu erreichen. Zum einen durch die Förderung benachteiligter Regionen, zum zweiten durch die Förderung bestimmter Personengruppen und zum dritten durch die Förderung einzelner Branchen und Unternehmen, die von Strukturproblemen geprägt sind.¹⁷⁴ Um zielgerichtet mit den Fondsmitteln arbeiten zu können, wurden in der aktuellen Förderperiode, die die Jahre von 2000 bis 2006 einschließt, in einer Rahmenverordnung drei allgemeine Ziele definiert.¹⁷⁵ Die drei „Ziele“ für die Strukturfonds sind: „Ziel 1“ meint die „Förderung der Entwicklung und der strukturellen Anpassung der Regionen mit Entwicklungsrückstand“,¹⁷⁶ d.h. Regionen, deren Bruttoinlandsprodukt pro Person unter 75% des EU-Durchschnitts liegt, Regionen in geographischer Randlage oder Regionen mit sehr geringer Bevölkerungsdichte.¹⁷⁷ In Deutschland fallen die ‚neuen Bundesländer‘, in Frankreich die Überseedepartements sowie Korsika und die drei nördlichen Departements Valenciennes, Douai und Avesnes, unter die „Ziel 1“-Förderung.¹⁷⁸ „Ziel 2“ betrifft die Gebiete, die aufgrund von Strukturproblemen „Unterstützung [bei] der wirtschaftlichen und sozialen Umstellung benötigen.“¹⁷⁹ Dieses ‚Ziel‘ ist ebenso wie das „Ziel 1“ ein regionalisiertes Ziel.¹⁸⁰ Die betroffenen Regionen¹⁸¹ müssen drei Voraussetzungen erfüllen, um Förderung erhalten zu können: Zum einen unterliegen sie einem Wandel im industriellen Sektor mit gleichzeitigem Rückgang der industriellen Arbeitsplätze. Hier gibt es eine im EU-Vergleich

¹⁷² Konsolidierte Fassung des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft vom 24. Dezember 2002 (Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften C 325/97), Art. 146 (ex. Art. 123.).

¹⁷³ Kaluza, S. 18.

¹⁷⁴ Vgl. ebd.

¹⁷⁵ Vgl. ebd., S. 73; Europäische Kommission: ESF: Der Europäische Sozialfonds. (<http://europa.eu.int/scadplus/leg/de/lvb/160016.htm>; am 7. Februar 2005). Im Folgenden Der Europäische Sozialfonds.

¹⁷⁶ Verordnung (EG) Nr. 1260/1999 des Rates vom 21. Juni 1999 mit allgemeinen Bestimmungen über die Strukturfonds (Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften Nr. L 161/1), Art. 1 Abs.1 Nr.1. Im Folgenden VO(EG)1260/1999.

¹⁷⁷ Vgl. ebd., Art. 3; Im Dienst der Regionen, S. 8 und ESF-Glossar.

¹⁷⁸ Vgl. Europäische Kommission (Hg.): Ziel 1. (<http://europa.eu.int/scadplus/printversion/de/lvb/g24203.htm>; am 7. Februar 2005).

¹⁷⁹ VO(EG)1260/1999, Art. 1 Abs.1 Nr.2.

¹⁸⁰ Vgl. Europäische Kommission (Hg.): Ziel 2. (<http://europa.eu.int/scadplus/printversion/de/lvb/g24206.htm>; am 7. Februar 2005).

¹⁸¹ In Deutschland fallen unter anderem Teile des Ruhrgebiets und die ehemaligen ‚Zonenrandgebiete‘ unter Ziel 2. In Frankreich sind es vor allem ländliche Gebiete, beispielsweise die Auvergne oder die Pyrenäen.

hohe Arbeitslosenquote, da in dieser Region ein hoher Anteil an Beschäftigten im industriellen Sektor tätig ist. Zum anderen handelt sich um ländliche, von Landwirtschaft geprägte Gebiete, beziehungsweise von Fischerei geprägte Küstengebiete, die zudem eine vergleichsweise hohe Arbeitslosigkeit aufweisen. Zum dritten sind dies städtische Gebiete, in denen sich ungünstige Faktoren, wie viele Langzeitarbeitslose, schlechte Wohnverhältnisse, ein hohes Armutsniveau, eine hohe Kriminalitätsrate, usw., besonders konzentrieren.¹⁸² Das „Ziel 3“ ist ein sogenanntes horizontales „Ziel“. Es bezieht sich auf die gesamten Mitgliedstaaten der Europäischen Union, außer auf die Regionen, die durch „Ziel 1“ gefördert werden. Dieses Ziel fokussiert sich auf die Bekämpfung der Langzeit- und Jugendarbeitslosigkeit, die Integration von vom Arbeitsmarkt ausgegrenzten Menschen und die Förderung der Anpassung von Arbeitnehmern, die von industriellen Wandlungsprozessen bedroht sind.¹⁸³ Der Europäische Sozialfonds soll in „Ziel 3“ die „Anpassung und Modernisierung der Bildungs-, Ausbildungs- und Beschäftigungspolitiken und -systeme“¹⁸⁴ unterstützen, also Maßnahmen „zugunsten der Humanressourcen“¹⁸⁵ fördern. In der Durchführungsverordnung für den Europäischen Sozialfonds wird dies konkretisiert. So soll er „Maßnahmen zur Verhinderung und Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sowie zur Entwicklung der Humanressourcen und der sozialen Integration in den Arbeitsmarkt“¹⁸⁶ unterstützen, mit dem Ziel „ein hohes Beschäftigungsniveau, die Gleichstellung von Männern und Frauen, eine nachhaltige Entwicklung sowie den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt zu fördern.“¹⁸⁷ Dadurch soll der Europäische Sozialfonds zur „Verwirklichung der europäischen Beschäftigungsstrategie“¹⁸⁸ beitragen.¹⁸⁹ Zu diesem Zweck soll er

¹⁸² Vgl. VO(EG)1260/1999, Art. 4; Im Dienst der Regionen, S. 8 und ESF-Glossar.

¹⁸³ Vgl. Europäische Kommission (Hg.): Ziel 3. (<http://europa.eu.int/scadplus/printversion/de/lvb/g24207.htm>; am 7. Februar 2005); Im Dienst der Regionen, S. 14.

¹⁸⁴ VO(EG)1260/1999, Art. 1 Abs. 1 Nr. 3

¹⁸⁵ Ebd.

¹⁸⁶ VO(EG)1784/1999, Art. 1

¹⁸⁷ Ebd.

¹⁸⁸ Ebd.

¹⁸⁹ Im wesentlichen verfolgt die europäische Beschäftigungsstrategie folgende Ziele: 1. Vollbeschäftigung, 2. Verbesserung der Arbeitsplatzqualität und -produktivität und 3. Förderung des sozialen Zusammenhalts und eines integrativen Arbeitsmarkts. Zur Erreichung dieser Ziele wird die Politik mittels der „Offenen Methode der Koordinierung - OMK“ gestaltet. Das heißt, auf europäischer Ebene werden gemeinsam die Ziele festgelegt, sowie Indikatoren, die das Erreichen dieser Ziele anzeigen können. Die Mitgliedstaaten stellen dann Pläne auf, in denen dargestellt wird, wie sie diese gemeinsamen Ziele erreichen wollen. Zuletzt sollen die Mitgliedstaaten sich über die Ergebnisse und Erfahrungen austauschen und so voneinander lernen. Vgl. Europäische Kommission (Hg.)(2004): Der Europäische Sozialfonds: Investitionen in Menschen. In: Agenda Sozial, 4/2004. (S. 9f.); Fraktion der SPE im Europäischen Parla-

außerdem Interventionen der Mitgliedsstaaten in fünf „politischen Schlüsselbereichen“¹⁹⁰ unterstützen und ergänzen: Zunächst sollen Maßnahmen aktiver Arbeitsmarktpolitik zur Vermeidung von Arbeitslosigkeit, zur Erleichterung der Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt und zur Unterstützung der beruflichen Eingliederung Jugendlicher gefördert werden.¹⁹¹ Weiterhin soll die „Chancengleichheit beim Zugang zum Arbeitsmarkt“¹⁹² gefördert werden, dies bezieht sich vor allem auf so genannte benachteiligte Menschen, wie beispielsweise Menschen mit niedrigem Bildungsniveau, Migranten, behinderte Menschen.¹⁹³ Außerdem soll die allgemeine und die berufliche Bildung sowie die Bildungsberatung verbessert werden.¹⁹⁴ Viertens werden qualifizierte und anpassungsfähige Arbeitskräfte gefördert sowie die „Entwicklung des Unternehmergeistes“¹⁹⁵ unterstützt.¹⁹⁶

Überdies werden „Maßnahmen zur Verbesserung des Zugangs von Frauen zum ... Arbeitsmarkt“¹⁹⁷ gefördert.

Die Beihilfen des Europäischen Sozialfonds gehen als Zuschüsse an die Personen, deren Beschäftigungsfähigkeit und damit die Integration in den Arbeitsmarkt gefördert werden soll. Weiterhin können Strukturen und Systeme Beihilfen erhalten.¹⁹⁸ Diese sollen hierdurch die Möglichkeit erhalten, sich zu verbessern, wodurch wiederum die Wirksamkeit von Maßnahmen zugunsten der Einzelpersonen erhöht wird.¹⁹⁹

ment (Hg.)(2003): Europa von A-Z. Berlin. Im Folgenden Europa von A-Z, S. 35ff. und S. 227ff.; Europäische Kommission: Europäische Beschäftigungsstrategie - Einleitung (http://europa.eu.int/comm/employment_social/employment_strategy/index_de.htm); Busch, Klaus (2005): Konturen für Europas sozialen Kern? Die Offene Methode der Koordinierung. In: Mitbestimmung. Jg. 51. 6/2005 (S. 25-29), S. 26; Europäische Kommission (2005): Wachstum und Jobs. Gemeinsam die Zukunft Europas gestalten. Ein Neubeginn für die Strategie von Lissabon. Brüssel, S. 57ff.

¹⁹⁰ Der Europäische Sozialfonds.

¹⁹¹ Vgl. VO(EG)1784/1999, Art. 1 Abs. 1a.

¹⁹² Ebd., Art. 1 Abs. 1b.

¹⁹³ Vgl. ebd.

¹⁹⁴ Vgl. ebd., Art. 1 Abs. 1c.

¹⁹⁵ Ebd., Art. 1 Abs. 1d.

¹⁹⁶ Vgl. ebd.

¹⁹⁷ Ebd., Art. 1 Abs. 1e.

¹⁹⁸ Eine solche Struktur wäre zum Beispiel die Verbindung zwischen Ausbildungseinrichtungen und der Arbeitswelt.

¹⁹⁹ Vgl. VO(EG)1784/1999, Art. 3.

3.2 Die Förderung durch den Europäischen Sozialfonds

Die Förderung durch den Europäischen Sozialfonds ist seit ihrem Bestehen von Schwierigkeiten begleitet worden, die durch vielfache Reformen der Förderungskriterien beseitigt werden sollten. Anhand der Erläuterung der „Basisprinzipien“²⁰⁰ der ESF-Förderung können jedoch wesentliche Regeln für die Umsetzung der Förderung in den Mitgliedstaaten aufgezeigt werden. Diese Prinzipien sind „Konzentration“, „Programmplanung und -begleitung“, „Partnerschaft“ und „Zusätzlichkeit“.²⁰¹

Unter „Konzentration“ wird die Fokussierung auf die drei „Ziele“ verstanden²⁰², die oben beschrieben wurden. Hintergrund hierfür ist, dass in der Anfangszeit des Europäischen Sozialfonds die Förderung erst dann beantragt wurde, wenn eine Maßnahme bereits durchgeführt worden war. Länder, die es sich finanziell nicht leisten konnten, die Maßnahmen vorzufinanzieren, oder in denen es keine Maßnahmen-Infrastruktur gab, konnten von der Förderung nicht profitieren. Somit kamen nicht immer die bedürftigsten Regionen oder Personengruppen in den Genuss der ESF-Förderung.²⁰³ Dies wurde als Problem erkannt und es kam in der Folge dazu, dass statt dessen die Fördermittel breit gestreut wurden, damit die Gelder eben diese bedürftigen Regionen und Personen erreichten. Diese Verteilung der Mittel nach dem „Gießkannen-Prinzip“²⁰⁴ erwies sich jedoch auch nicht als zielgerichtet. Um die Förderung möglichst wirksam einzusetzen, besann man sich letztendlich auf die sogenannte „Konzentration“ der Interventionen auf die drei konkret benannten „Ziele“.

Der Hintergrund für das Prinzip „Programmplanung und -begleitung“ war, dass in den 1980er Jahren festgelegt worden war, dass die Förderung von Maßnahmen nicht mehr nach, sondern vor deren Durchführung bei der Kommission beantragt werden sollte. Diese war jedoch mit der Bearbeitung der Anträge völlig überfordert. Die Ressourcen in der Verwaltung fehlten, um die Anträge angemessen schnell bearbeiten zu können. Zusätzlich war der Bewilligungszeitraum für die ESF-Gelder meist so kurz bemessen, dass die Maßnahmenträger

²⁰⁰ Europäische Kommission: The 1988 reform of the Structural Funds. (http://europa.eu.int/comm/employment_social/esf/en/overview/chapter2.htm). Im Folgenden The 1988 reform.

²⁰¹ Vgl. ebd.

²⁰² Vgl. ebd. und Kaluza, S. 72.

²⁰³ Vgl. Kaluza, S. 23.

²⁰⁴ Conrad, S. 8.

keine Planungssicherheit hatten und eine Kontinuität in ihrer Arbeit kaum möglich war.²⁰⁵ All dies sollte durch die „Programmplanung und -begleitung“ überwunden werden. Eine effektivere Mittelvergabe sollte durch eine „bottom-up“ organisierte Planung der ESF Förderung erreicht werden. Anstelle einer Planung und Gestaltung der Förderung „von oben“, durch die Kommission, wurde eine dezentrale Struktur bevorzugt, also das Subsidiaritätsprinzip angewandt.²⁰⁶ So konnte berücksichtigt werden, dass die Mitgliedstaaten und die Regionen ihre „spezifischen Probleme ebenso wie entsprechende Lösungsansätze vor Ort am besten einzuschätzen vermögen.“²⁰⁷ „Programmplanung“ meint, dass die Mitgliedstaaten, wenn sie ESF-Gelder beantragen möchten, der Kommission Pläne vorlegen müssen, in denen sie ihre Situation und ihre Zielsetzungen darstellen und nationale oder regionale Strategien zur Erreichung dieser Ziele beschreiben.²⁰⁸ Die Kommission und jeder Mitgliedstaat beraten dann über den Inhalt der Pläne und über die einzusetzenden Mittel. Sobald die Pläne von der Kommission genehmigt sind, kann in den Mitgliedstaaten mit der Vergabe der Gelder und der Umsetzung der Maßnahmen begonnen werden. Der Programmplanungszeitraum umfasst sieben Jahre, der aktuelle dauert vom Jahr 2000 bis einschließlich 2006.

Die konkrete Umsetzung der Arbeitsmarktmaßnahmen liegt dann in den Händen der nationalen oder regionalen Behörden. Die Kommission wird jedoch über die Umsetzung in Kenntnis gesetzt. Kontrolliert werden die vom Europäischen Sozialfonds geförderten Maßnahmen durch die sogenannten „Begleitausschüsse“. Sie werden vom jeweiligen Land eingesetzt und sollen sicherstellen, dass die Mittel „hinsichtlich Effizienz und Qualität der Durchführung der Intervention“²⁰⁹ tatsächlich optimal eingesetzt werden. Die „Begleitausschüsse“ legen vor dem Beginn einer Maßnahme Indikatoren für ihre Beurteilung fest.²¹⁰ Im Verlauf der Maßnahme werden die erzielten Ergebnisse in „Halbzeitbewertungen“ überprüft. Dadurch können noch während der Durchführung einer

²⁰⁵ Vgl. Kaluza, S. 43ff.

²⁰⁶ Vgl. The 1988 reform und Conrad, S. 14f.

²⁰⁷ Conrad, S. 14.

²⁰⁸ Vgl. Kaluza, S. 76f.; The 1988 reform; Conrad, S. 14.

²⁰⁹ VO(EG)1260 Art. 35 Abs. 3. Vgl. auch Im Dienst der Regionen, S. 18f.; Kaluza, S. 76f.; ESF-Glossar; Europäische Kommission: ESF - Programmplanung. (http://europa.eu.int/comm/employment_social/esf/2000/flowchart-de.htm; am 7. Februar 2005).

²¹⁰ Vgl. VO(EG)1260 Art. 40 & Art. 41.

Maßnahme Veränderungen vorgenommen werden.²¹¹ Da der Europäische Sozialfonds Maßnahmen nur anteilig finanziert (kofinanziert), nämlich mit einem Zuschuss von 45-75%, müssen die Mitgliedstaaten die fehlenden Mittel aufbringen. Diese Tatsache soll dazu beitragen, dass die Kontrollen der Maßnahmen durch die „Begleitausschüsse“ zuverlässig durchgeführt werden.²¹² Nach dem Abschluss der Maßnahmen wird unter Berücksichtigung der erzielten Ergebnisse eine abschließende Bewertung durchgeführt.²¹³ Da die Durchführung der Maßnahmen kontinuierlich kontrolliert wird, ist sichergestellt, dass die Programmplanung befolgt wird. Dies erlaubt den Akteuren somit mehr Planungssicherheit und Kontinuität.²¹⁴ Der gesamte Programmplanungsprozess und auch die konkrete Umsetzung der Maßnahmen soll unter Beteiligung der nationalen und regionalen Verwaltungsbehörden und Sozialpartner in den „Begleitausschüssen“, in „Partnerschaft“ erfolgen.²¹⁵

Das vierte Basisprinzip, die „Zusätzlichkeit“, soll sicher stellen, dass die Verwendung der Europäischen Sozialfondsmittel die nationalen Mittel zur Maßnahmenförderung nicht ersetzt, sondern sie ergänzt.²¹⁶

Allerdings kritisieren Träger von Maßnahmen, dass trotz der vorgenommenen Verbesserungen in der Umsetzung der ESF-Förderung, weiterhin die Bewilligungsverfahren zu viel Zeit in Anspruch nehmen, die Mittelvergabe weiterhin zu kurzfristig erfolgt und so wiederum keine Planungssicherheit möglich ist.²¹⁷ Die Verantwortung für diese Mängel liegt nun allerdings nicht mehr bei der Europäischen Kommission, sondern bei den regionalen oder nationalen Behörden.

²¹¹ Vgl. ebd. Art. 42.

²¹² Vgl. Europa von A-Z, S. 95.

²¹³ Vgl. VO(EG)1260 Art. 43.

²¹⁴ Vgl. Kaluza, S. 76f.

²¹⁵ Vgl. Im Dienst der Regionen, S. 18f.; Conrad, S. 14.

²¹⁶ Vgl. Kaluza, S. 75; Conrad, S. 13; The 1988 reform.

²¹⁷ Vgl. Büttner, S. 42.

3.3 Die Rahmenbedingungen für die Durchführung von ESF-geförderten Arbeitsmarktmaßnahmen

Da die Durchführung von Maßnahmen die vom Europäischen Sozialfonds kofinanziert werden, nicht durch die Europäische Kommission bestimmt wird, sondern in der Verantwortung der Mitgliedstaaten und seiner Regionen liegt, sind einige Erläuterungen über den Vollzug politischer Entscheidungen für die aktive Arbeitsmarktpolitik in Deutschland und Frankreich erforderlich. Auch die institutionelle Umsetzung der aktiven Arbeitsmarktpolitik unterscheidet sich in beiden Ländern und wird daher skizziert.

In Deutschland unterstützt der Europäische Sozialfonds Maßnahmen des Bundes und der Länder mit rund 12 Milliarden Euro.²¹⁸ Der Anteil der gesamten staatlichen Ausgaben für Arbeitsmarktmaßnahmen am Bruttoinlandsprodukt betrug in Deutschland von 1998 bis 2003 konstant zwischen 0,9 und einem Prozent.²¹⁹

Der größte Teil der ESF-Mittel fließt in der aktuellen Periode in die aktiven Arbeitsmarktmaßnahmen der Bundesagentur für Arbeit.²²⁰ Auch die Ministerien, die von den Zielen des Europäischen Sozialfonds inhaltlich betroffen sind, wie beispielsweise das Bundesministerium für Bildung und Forschung oder das Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit, erhalten ESF-Gelder und verausgaben diese. Weiterhin erhalten auch die Regionen, also die Bundesländer, ESF-Fördermittel, und setzen diese durch ihre „Fondsverwaltungen“ oder „Umsetzungsagenturen“ ein.²²¹

Jugendliche Arbeitslose werden in Deutschland durch die Arbeitsagenturen oder durch die Arbeitsgemeinschaften, die gemeinsam von den Kommunen und den Arbeitsagenturen getragen werden,²²² sowie durch die Jugendämter bei der

²¹⁸ Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit (Hg.): Überblick – Der ESF in Deutschland (<http://www.bmwa.bund.de/Navigation/Aussenwirtschaft-und-Europa/Europapolitik/Europaeischer-Sozialfonds/esf-einfuehrung-k,did=80020.html>; am 11. September 2005).

²¹⁹ Vgl. Eurostat (Hg.)(2004): Öffentliche Ausgaben für Arbeitsmarktpolitik. Luxemburg. (http://epp.eurostat.cec.eu.int/portal/page?pageid=1996,39140985&_dad=portal&_schema=PORTAL&screen=detailref&language=de&product=Yearlies_new_population&root=Yearlies_new_population/C/C4/C46/ccd10000). Im Folgenden Eurostat, öffentliche Ausgaben für Arbeitsmarktpolitik.

²²⁰ Vgl. IAB Werkstattbericht, 5/2002: Das „ESF-BA Programm 2000-2006 und seine Umsetzung im ersten Jahr, S. 5.

²²¹ Vgl. RWI, S. 35f.

²²² Vgl. BMWA, S. 79ff.

beruflichen Eingliederung unterstützt.²²³ Die Implementierung von Arbeitsmarktmaßnahmen ist in Deutschland somit dezentral organisiert. Die Arbeitsverwaltungen können die Maßnahmen entsprechend der lokalen Bedürfnisse ausführen.²²⁴

Frankreich erhält vom Europäischen Sozialfonds in der aktuellen Förderperiode 6,7 Milliarden Euro.²²⁵ Hier betrug der Anteil der gesamten staatlichen Ausgaben für Arbeitsmarktmaßnahmen am Bruttoinlandsprodukt von 1998 bis 2001 in etwa gleichbleibend ein Prozent. Von 2002 bis 2003 sanken die Ausgaben auf 0,8 Prozent ab.²²⁶

Arbeitsmarkt- und Integrationspolitik ist in Frankreich eine zentralstaatliche Kompetenz. Auf dieser Ebene werden auch die meisten Arbeitsmarktmaßnahmen konzipiert.²²⁷ Die Umsetzung der landesweit einzusetzenden Programme findet auf kommunaler Ebene statt. Die zentrale Stelle für die berufliche Eingliederungspolitik von Jugendlichen ist in Frankreich ein landesweites Beratungs- und Begleitungsnetzwerk mit mehr als 630 Niederlassungen, den sogenannten „missions locales - ml“ und „permanences d'accueil, d'information et d'orientation - PAIO.“ Ihr Auftrag ist es, die berufliche und soziale Integration aller Jugendlichen sicherzustellen.²²⁸

Die Kompetenzverteilung in bezug auf die Arbeitsmarktpolitik ist in Frankreich schwer zu durchschauen: Im Rahmen des Dezentralisierungsprozesses sind in Frankreich unter anderem die staatlichen Entscheidungskompetenzen für die berufliche Bildung auf die Regionen übertragen worden. Allerdings liegen Maßnahmen zur gesellschaftlichen Integration weiterhin in der Hand der zentralstaatlichen Entscheidungsgewalt. Die konzeptionelle Gestaltung dieser Maß-

²²³ Vgl. Sozialgesetzbuch (SGB) Aches Buch – Kinder- und Jugendhilfe vom 26. Juni 1990 (Bundesgesetzblatt I 1163, 1166), zuletzt geändert durch Gesetz vom 8. September 2005 (Bundesgesetzblatt I 2729), § 11 Abs. 3 Nr. 3. Schwerpunkt ist u.a. die arbeitsweltbezogene Jugendarbeit. „Dabei werden häufig ... ausbildungs- und berufsbezogene Hilfen eingebunden.“ Vernooij, Monika: Jugendarbeit. In: P. Kaller (Hg.)(2001): Lexikon Sozialarbeit, Sozialpädagogik, Sozialrecht. Wiebelsheim, S. 197f.

²²⁴ Vgl. Mutual learning Programme of the European Employment Strategy (Hg.)(2001): JUMP: The German Immediate Action Programme for Training, Qualification and Employment of Young People („Jump“). (<http://pdf.mutual-learning-employment.net/pdf/exec-summ-germany-jun01.pdf>), S. 5. Im Folgenden JUMP.

²²⁵ Vgl. Ministère de l'emploi, du travail et de la cohésion sociale (Hg.)(2003): Le Fonds sociale européen en France et la stratégie européenne pour l'emploi: panorama et perspectives. Paris (http://www.travail.gouv.fr/fse/download/DP_1.pdf; am 29. August 2005), S. 7.

²²⁶ Vgl. Eurostat, öffentliche Ausgaben für Arbeitsmarktpolitik.

²²⁷ Vgl. Independent experts' paper, S. 11.

²²⁸ Vgl. Executive Summary, S. 3; Association Nationale des Directeurs de Missions Locales (Hg.)(2001): Mission locales et PAIO. Au coeur de l'insertion professionnelle et sociale des 16/25 ans. Nantes, S. 2.

nahmen ist wiederum durch die sogenannte „Dekonzentrierung“ auf die kommunale Ebene übertragen. Dort werden sie von Vertretern der Zentralregierung kontrolliert. Zwischen diesen Entscheidungsebenen gibt es oft Spannungen, die die Umsetzung der Maßnahmen erschweren.²²⁹ Darauf wird im Laufe der Arbeit eingegangen.

²²⁹ Vgl. Independent experts' paper, S. 11; Zander, S. 100f.

4. ESF-geförderte Arbeitsmarktmaßnahmen: Beispiele aus Deutschland und Frankreich

In Deutschland und Frankreich werden viele verschiedene Maßnahmen mit Unterstützung des Europäischen Sozialfonds durchgeführt. Sie lassen sich in die drei Kategorien angebotsorientierte, nachfrageorientierte und Infrastrukturmaßnahmen einteilen.²³⁰ Eine angebotsorientierte Maßnahme soll die berufliche Eingliederung durch ein Fallmanagement unterstützen. Eine nachfrageorientierte Intervention versucht dies durch Lohnkostenzuschüsse. Die Infrastrukturmaßnahme versucht, die verschiedenen Akteure, die zur beruflichen Eingliederung relevant sind, zu vernetzen. Eine weitere Maßnahme ist der Einsatz ehrenamtlicher Helfer, die durch Patenschaften zur beruflichen Eingliederung von Jugendlichen beitragen. Im folgenden Kapitel werden nun vier Maßnahmen, die sich diesen Kategorien zuordnen lassen, vorgestellt.

4.1 TRACE – Trajet d'Access à l'Emploi

„TRACE – Trajet d'Access à l'Emploi“ - der „Weg in den Arbeitseinstieg“ ist eine vom Europäischen Sozialfonds geförderte Arbeitsmarktmaßnahme in Frankreich.²³¹ Die Zielgruppe von TRACE sind Jugendliche der sogenannten Problemgruppen. Sie haben entweder Schulabschlüsse auf sehr niedrigem Niveau oder gar keinen Abschluss²³², sind durch eine schwierige familiäre Situation oder durch gesundheitliche Probleme gekennzeichnet. Sie haben besonders große Schwierigkeiten beim Eintritt in den Arbeitsmarkt.²³³ Es sind arbeitsmarkt-

²³⁰ Siehe Kapitel 2.4 Lösungsansätze: Maßnahmen gegen Arbeitslosigkeit.

²³¹ Vgl. Espace jeunes Auvergne (Hg.)(2004): Dynamiques Emploi. Clermont-Ferrand, S. 4; Im Folgenden Espace jeunes Auvergne. Conseil Général de l'Allier (Hg.)(2003): Guide jeunes. Moulins, S. 20. Im Folgenden Guide jeunes; Uterwedde, S. 107; Vgl. auch Mémoguide (Hg.): Trajet d'access à l'emploi (TRACE)(<http://memoguide.injep.fr/trace.php>; am 18. Juni 2005). Im Folgenden Mémoguide; Préfecture de la région Basse Normandie (Hg.)(2000): Complement de Programmation – Objectif 3 – 2000 - 2006 – Strategie Regionale. Caen (<http://www.prefecture-Basse-Normandie.fr/complobj3basseNormandie.pdf>; am 22. Juni 2005), S. 30. Im Folgenden Préfecture Basse Normandie.

²³² Vgl. Executive Summary, S. 1. Vgl auch Mas, Stéphanie: Bilan de 5 ans de Programme TRACE: 320.000 jeunes en difficulté accompagnés vers l'emploi. In: Ministère de l'emploi, du travail et de la cohésion sociale (Hg.)(2004): Premières Synthèses. Dezember 2004. No. 51/1 (S. 1-6) (<http://www.travail.gouv.fr/publications/picts/titres/titre2284/integral/2004.12-51.1.pdf>; am 18. August 2005), S. 3. Im Folgenden Mas; Mémoguide und Guide jeunes, S. 20.

²³³ Siehe das Kapitel 2.2 Jugendarbeitslosigkeit im Ländervergleich: Deutschland / Frankreich.

ferne Jugendliche,²³⁴ bei denen der konventionelle Weg der Arbeitssuche, also ein selbständig gestalteter Berufseinstieg, ausgeschlossen ist. Sie haben wiederholt nur Misserfolge bei der Arbeitssuche erlebt und sind entsprechend entmutigt.²³⁵ Diese Jugendlichen sind überproportional von Arbeitslosigkeit betroffen: Im Jahr 2000 waren 38% der jungen Männer und 47% der jungen Frauen mit niedrigem oder ohne Schulabschluss arbeitslos.²³⁶ Selbst bei insgesamt sinkenden Arbeitslosenzahlen, dies war in Frankreich 2001 kurzzeitig der Fall, profitiert diese Gruppe nicht. Die gemessene Arbeitslosigkeit blieb bei dieser Zielgruppe konstant.²³⁷

Zusätzlich korrespondiert der qualifikatorische Mangel häufig mit vielschichtigen sozialen Problemen, die die berufliche Eingliederung behindern können. Diese Probleme können persönliche oder familiäre Schwierigkeiten sein, gesundheitliche Probleme oder prekäre Wohnbedingungen, zum Beispiel die Herkunft aus Problemstadtteilen oder aus besonders ländlichen Gegenden in Verbindung mit fehlender Mobilität. Netzwerke, die bei der Arbeitssuche hilfreich sein könnten, wie zum Beispiel die Familie, fehlen ihnen.²³⁸

Ein weiteres Hindernis für diese arbeitslosen Jugendlichen ist, dass sie keinen Anspruch auf finanzielle Unterstützung haben. Unter 26-jährige können in Frankreich kein Sozialhilfeeinkommen, das „RMI - Revenue Minimum d'Insertion“²³⁹, beziehen. Dies soll ein ‚Anreiz‘ zur Arbeitsaufnahme sein, beziehungsweise den Druck auf die Jugendlichen erhöhen. Der Bezug von Sozialhilfeleistungen soll für sie keine Selbstverständlichkeit sein.²⁴⁰ Allerdings fördert diese Vorschrift die Armut bei Jugendlichen, was eine berufliche Eingliederung natürlich erschwert: Die Eingliederung „wird nicht erfolgreich sein, wenn Jugendliche unter Brücken schlafen.“²⁴¹

²³⁴ Vgl. Mutual learning Programme of the European Employment Strategy (Hg.)(2001): Access Routes to Employment for Young People in Danger of Exclusion (<http://www.mutual-learning-employment.net/peerreviews/2001/10/2-3>, am 18. August 2005). Im Folgenden Access Routes; Mutual learning Programme of the European Employment Strategy (Hg.)(2001): Discussion Paper from France on TRACE: Access Routes to Employment for Young People in Danger of Exclusion – official experts’ paper. (<http://pdf.mutual-learning-employment.net/pdf/official-paper-france-oct01.pdf>; 18. August 2005), S. 1. Im Folgenden Official experts’ paper. Vgl. auch Mémoguide.

²³⁵ Vgl. Mas, S. 2.

²³⁶ Vgl. Official experts’ paper, S. 19.

²³⁷ Vgl. Access Routes.

²³⁸ Vgl. Independent experts’ paper, S. 5; Mas, S. 3; Espace jeunes Auvergne, S. 14; Guide jeunes, S.20; Official experts’ paper, S. 1; Mémoguide.

²³⁹ Vgl. Mas, S. 2; Uterwedde, S. 93; Lamarque, S. 75.

²⁴⁰ Vgl. Executive Summary, S. 4.

²⁴¹ „...will not be effective if young people are sleeping under bridges.“ Executive Summary, S. 6.

Wie bereits erwähnt, fördert der Europäische Sozialfonds Maßnahmen, die Arbeitslosigkeit verhindern sollen sowie zur Entwicklung der Humanressourcen, und zur sozialen Integration beitragen.²⁴² Dies soll „unter besonderer Berücksichtigung der vom gesellschaftlichen Ausschluss Bedrohten“²⁴³ geschehen. Dazu gehören „Maßnahmen zu Förderung der Beschäftigungsfähigkeit auf dem Arbeitsmarkt ... [und] Beratung.“²⁴⁴ Diese Maßnahmen können durch „sozialpädagogische Begleitmaßnahmen zur Erleichterung des integrierten Ansatzes zur Eingliederung in den Arbeitsmarkt“²⁴⁵ flankiert werden. Diesen Aufgaben des Europäischen Sozialfonds ist TRACE zuordnen.

Dieses Programm dauert 18 Monate und kann bei Bedarf um sechs Monate verlängert werden.²⁴⁶ Während dieser Zeit wird der Jugendliche von einem persönlichen Berater begleitet. Dieser soll dem Jugendlichen helfen, sich sozial und beruflich zu integrieren. Die Lebenssituation des Jugendlichen soll von ihm ganzheitlich betrachtet werden und er soll ihm helfen, persönliche, soziale oder gesundheitliche Schwierigkeiten zu überwinden. Dies wird als Voraussetzung für die berufliche Integration gesehen.²⁴⁷ Die Funktion des TRACE-Beraters ist also die eines Fallmanagers. Er soll seine Beratungsdienstleistung mit verschiedenen, unabhängig vom TRACE-Fallmanagement bestehenden Eingliederungsmaßnahmen und sozialen Hilfsangeboten verknüpfen.²⁴⁸

Zu Beginn des Programms findet eine vierwöchige Assessmentphase statt. In diesem Zeitraum werden die individuellen Schwierigkeiten des Jugendlichen analysiert, um anschließend einen persönlichen Entwicklungsplan²⁴⁹ zu erstellen. Dieser Plan kann verschiedene Maßnahmen beinhalten, wie Trainings, Ausbildungen, Gesundheitsfürsorge, Unterkunftssuche oder psychologische Beratungen.²⁵⁰ In der Regel wird zu Beginn ein Training der Schlüsselqualifikationen, wie zum Beispiel Zuverlässigkeit oder Pünktlichkeit, durchgeführt. Während des 18-monatigen Durchlaufs soll weiterhin das berufliche Qualifikationsniveau der Teilnehmer verbessert werden. Hierzu werden Vorbereitungsmodule

²⁴² Vgl. VO(EG)1784/1999 Art. 1.

²⁴³ Ebd. Art. 2 b.

²⁴⁴ Ebd. Art. 3 Abs. 1a.

²⁴⁵ Ebd. Art. 3 Abs. 2b II.

²⁴⁶ Vgl. Mas, S. 2; Official experts' paper, S. 1.

²⁴⁷ Vgl. Access Routes; Mas, S. 1ff.; Executive Summary, S. 1; Independent experts' paper, S. 5.

²⁴⁸ Vgl. Official experts' paper, S. 10.

²⁴⁹ Dieser wird „contrat pédagogique“ genannt.

²⁵⁰ Vgl. Mas, S. 1f.; Executive Summary, S. 4; Independent experts' paper, S.5; Official experts' paper, S. 1.

für Ausbildungen oder Kurse, zum Beispiel zur Alphabetisierung, angeboten. Diese Module konzentrieren sich nicht nur inhaltlich auf die Fähigkeiten der Teilnehmer, auch die Rahmenbedingungen der Qualifizierungsangebote sind flexibel auf sie angepasst. So sind Teilzeittrainings, die mit Teilzeitpraktika korrespondieren, möglich. Weiterhin ist der Beginn oder das Ende des Programmdurchlaufs flexibel, um kontinuierlich Teilnehmer in das Programm aufnehmen zu können.²⁵¹

Neben den Qualifizierungsmaßnahmen sind geförderte Beschäftigungsverhältnisse ein weiterer Bestandteil von TRACE. Dafür werden die „Contrat Emploi - Solidarité - CES“, sogenannte Solidaritätsarbeitsverträge abgeschlossen. Dieses Angebot wird von 2/3 der TRACE-Teilnehmer wahrgenommen. Es handelt sich um subventionierte, befristete Teilzeitpraktika, die das Sammeln von Arbeitserfahrungen ermöglichen.²⁵² Diese „CES“ sind im öffentlichen Sektor angesiedelt, beispielsweise in Schulen oder Kindergärten, und sind dort als Teilzeitstellen angelegt.²⁵³ Hinzu kommen Kreativ-Workshops, Sport, Führerscheinkurse, die Organisation humanitärer Hilfsprojekte usw., die den Jugendlichen angeboten werden, und die die gesellschaftliche Integration fördern sollen.²⁵⁴ Zusätzlich kann TRACE mit Patenschaftsprogrammen kombiniert werden. Die Paten helfen den TRACE-Teilnehmern bei der Eingliederung in Arbeit, indem sie ihnen zum Beispiel bei der Arbeitssuche oder den Bewerbungen helfen.²⁵⁵

Dadurch, dass im Fallmanagement verschiedene Hilfen zur beruflichen Integration kombiniert werden, kann TRACE nicht als reine angebotsorientierte Arbeitsmarktmaßnahme betrachtet werden. Vielmehr entsteht eine Kombination aus angebotsorientierten Anteilen, wie Qualifizierung oder die soziale Betreuung, und nachfrageorientierten Anteilen, wie beispielsweise die geförderten Beschäftigungsverhältnisse im Rahmen der „CES“.

An der finanziellen Situation der arbeitslosen Jugendlichen ändert sich durch die Teilnahme an einem TRACE-Programm zunächst nichts. Die Teilnahme ist nämlich nicht mit der Zahlung von Unterstützungsleistungen verbunden. In den Ausbildungs- und Beschäftigungsphasen erhalten die Jugendlichen allerdings

²⁵¹ Vgl. Guide jeunes, S. 20; Independent experts' paper, S. 5; Official experts' paper, S. 8f.

²⁵² Vgl. Mas, S. 3; Independent experts' paper, S. 9 und Zander, S. 95.

²⁵³ Vgl. Richter; Sardei-Biermann, S. 23 und Werquin, S. 49.

²⁵⁴ Vgl. Official experts paper, S. 9.

²⁵⁵ Siehe unten, Kapitel 4.4. Patenschaftsprojekte.

ein kleines Einkommen von ca. 300 Euro. Da die Teilnehmer meist nicht durchgängig in vergüteten Maßnahmen untergebracht sind und zum Teil auch nicht von den Eltern unterstützt werden, wurde nach den ersten Erfahrungen mit TRACE der „Fonds d’Aide aux Jeunes-FAJ“ eingerichtet. Diese finanzielle Unterstützung soll für die Teilnehmer Stabilität, auch in Phasen ohne Beschäftigung, sicherstellen.²⁵⁶

Die Durchführung des TRACE-Programms ist auf lokaler Ebene bei den „missions locales-ml“ und den „Permanances d’Accueil, d’Information et d’Orientation-PAIO“ angesiedelt.²⁵⁷ Hier wird also auf staatliche Institutionen zurückgegriffen, die über Erfahrung mit Eingliederungsproblemen verfügen und die lokale Partnerschaften und Kontakte vorweisen können, die für das Fallmanagement im Rahmen von TRACE nötig sind.²⁵⁸

Die Steuerung des TRACE-Programms ist kompliziert und problematisch, weil sie auf mehreren Ebenen vorgenommen wird. Entwickelt wurde TRACE auf zentralstaatlicher Ebene, da die Eingliederungs- und Arbeitsmarktpolitik durch die Zentralregierung gestaltet wird. TRACE wird nach dem Prinzip der ‚Dekonzentrierung‘ umgesetzt, das heißt, dass das Programm zwar auf zentraler Ebene konzipiert wurde, aber auf kommunaler Ebene unter der Leitung von lokalen Vertretern der Zentralregierung implementiert wird. Diese Vertreter werden vom Präfekten der Region benannt. Überwacht und koordiniert wird die Durchführung von TRACE in der Region durch ein regionales Steuerungskomitee. In ihm arbeiten Vertreter der regionalen Behörden für Arbeit, Beschäftigung, berufliche Bildung, Soziales, Gesundheit, der öffentlichen Arbeitsverwaltung und die Vorsitzenden der kommunalen „missions locales“ und „PAIOs“ zusammen. Auf der lokalen Ebene gibt es das „technische Komitee“, in dem Akteure der sozialen und beruflichen Integration, die „missions locales“, Sozialverwaltungen und lokale Träger der Felder Beschäftigung, Ausbildung und Integration, beteiligt sind.²⁵⁹ Dort werden die Bedürfnisse und Fortschritte der Jugendlichen analysiert. Die TRACE-Berater in den „missions locales“ und die Akteure der Ausbil-

²⁵⁶ Vgl. Executive Summary, S. 5f.; Guide jeunes, S. 20 und Official experts’paper, S. 5f.

²⁵⁷ Siehe Kapitel 3.3 Die Rahmenbedingungen für die Durchführung von ESF-geförderten Arbeitsmarktmaßnahmen. Vgl. Mas, S. 1; Executive Summary, S. 3 und Official experts’paper, S. 2.

²⁵⁸ Vgl. Mas, S. 2; Executive Summary, S. 5 und Official experts’paper, S. 2f.

²⁵⁹ Vgl. Independent experts’paper, S. 5 und 11; Official experts’paper, S. 3.

dungs- oder Integrationsmaßnahmen stellen die „operationelle Ebene“,²⁶⁰ be-
fassen sich also direkt mit den teilnehmenden Jugendlichen.

Ob die Arbeit von TRACE erfolgreich ist, kann nur schwer beurteilt werden. Das definierte Ziel ist, dass mindestens 50% der Teilnehmer nach dem Abschluss der Maßnahme nachhaltig beruflich integriert werden. Unter Nachhaltigkeit wird bei TRACE ein mindestens sechsmonatiges Beschäftigungs- oder Ausbil-
dungsverhältnis verstanden. Auch geförderte Beschäftigungsverhältnisse, bei denen zum Beispiel der Arbeitgeberanteil der Sozialabgaben reduziert ist, zählen dazu.²⁶¹ Dieses Ziel wurde nur in den Anfangsjahren erreicht. So gelang im Jahr 2000 noch 50,5% der Teilnehmer der nachhaltige Einstieg in das Berufsleben. 2003 gelang dies nur noch 41,7%.²⁶² Das kann allerdings daran liegen, dass der Anteil geförderter - „aidé“ - Beschäftigungsverhältnisse im direkten Anschluss an TRACE im Jahr 2000 noch bei 37,6% lag, während er 2003 auf 30,2% gesunken war.²⁶³ Je mehr Zeit nach dem Abschluss einer Maßnahme vergeht, umso mehr nimmt die Anzahl der geförderten Arbeitsverhältnisse ab. Zwei Jahre nach dem Ende des ‚Parcours‘ sind bereits 81% der Arbeitsverhältnisse „non-aidé“, nicht gefördert,²⁶⁴ werden also vollständig vom Arbeitgeber finanziert.

Obwohl der Anteil Jugendlicher, die nach der Beendigung von TRACE eine berufliche Ausbildung begannen, im Zeitraum von 2000 bis 2003 von 4,5% auf 7,2% der Teilnehmer angestiegen ist, ist die Bilanz nicht positiv: Nach dem 18-monatigen ‚Parcours‘ waren 2000 noch 37% der Jugendlichen arbeitslos. Drei Jahre später waren es schon 43,6%, die trotz TRACE arbeitslos blieben.²⁶⁵

Abgesehen, dass das erklärte Ziel, 50% der Teilnehmer einzugliedern, nicht erreicht wird, besteht die Schwierigkeit bei der Beurteilung des Erfolgs anhand des Zahlenmaterials darin, dass keine Vergleichsmaßstäbe, zum Beispiel eine Eingliederungsquote von einer Vergleichsgruppe, die nicht an TRACE teilnimmt, aber ähnliche Charakteristika aufweist, vorliegen. Es bleibt daher ungewiss, ob die erzielten Ergebnisse ‚gut‘ oder ‚schlecht‘ sind.²⁶⁶

²⁶⁰ Vgl. Executive Summary, S. 5 und Official experts’ paper, S. 3.

²⁶¹ Vgl. Access Routes; Executive Summary, S. 1; Independent experts’ paper, S. 5 und Mémoguide.

²⁶² Vgl. Mas, S. 4.

²⁶³ Vgl. ebd., S. 3f.

²⁶⁴ Vgl. ebd., S. 4.

²⁶⁵ Vgl. ebd., S. 3.

²⁶⁶ Vgl. Independent experts’ paper, S. 10.

Es gibt jedoch Elemente, die grundsätzlich als sehr gut bewertet werden. Als besonders positives Charakteristikum wird das Fallmanagement hervorgehoben.²⁶⁷ Der individualisierte, ganzheitliche Zugang gilt als besonders erfolgsversprechend.²⁶⁸ Durch diese Hilfe wird auf mehreren Ebenen eine Verschärfung der Probleme der Jugendlichen verhindert und so die Eingliederungshindernisse abgebaut. Den Erfolg belegt auch die Tatsache, dass Fallmanagementansätze in vielen europäischen Ländern Standard geworden sind.²⁶⁹ In Deutschland sind solche Ansätze im Jugendsofortprogramm der Bundesregierung, das ebenfalls von Europäischen Sozialfonds gefördert wurde, erprobt worden.²⁷⁰ Seit Beginn der Arbeitsmarktreformen haben auch die Job-Center das Fallmanagement als Methode übernommen. Anders als bei TRACE wird hier jedoch ausschließlich auf die berufliche und nicht auf die soziale Integration abgezielt.²⁷¹ Die Bedeutung des TRACE-Beraters wird auch von den Teilnehmern als positiv bewertet. In einer Befragung wurde festgestellt, dass die Mehrheit der TRACE-Teilnehmer diesen zumindest für nützlich oder aber sogar für unverzichtbar hielten.²⁷² Die Beziehung wirkt sich positiv auf das Durchhaltevermögen und den Umgang mit Probleme aus. Sie stabilisiert die Jugendlichen, was wiederum ihrer Beschäftigungsfähigkeit zuträglich ist.²⁷³ Das Fallmanagement und die Berater der TRACE-Maßnahmen tragen dazu bei, dass die Jugendlichen direkte und effektive Hilfe erhalten. Der „Teufelskreis der Arbeitslosigkeit“ kann hier durchbrochen werden.²⁷⁴ Auch die zielgruppenorientierten Qualifizierungsmaßnahmen, die im Programm von TRACE enthalten sind, dürften sich günstig auf die Teilnehmer auswirken. Die homogene Teilnehmerstruktur in diesen Maßnahmen bieten die Möglichkeit, auf spezifische Unterstützungs- bzw. Qualifizierungsbedürfnisse einzugehen. Somit ist eine bestmögliche Förderung der Teilnehmer gewährleistet.²⁷⁵

Diese genannten Elemente tragen dazu bei, dass das TRACE-System eindeutig einen Nutzen hat. Es gibt jedoch auch eindeutige Nachteile in diesem Sys-

²⁶⁷ Vgl. ebd., S. 8.

²⁶⁸ Vgl. Richter; Sardei-Biermann, S. 26 und BMWA, S. 12f.

²⁶⁹ Vgl. BMWA, S. 12ff.

²⁷⁰ Vgl. JUMP, S. 4.

²⁷¹ Vgl. BMWA, S. 79ff.

²⁷² Vgl. Mas, S. 4.

²⁷³ Vgl. Executive Summary, S. 7 und Mohr, S. 126.

²⁷⁴ Siehe das Kapitel 2.1 Jugendarbeitslosigkeit als soziales und individuelles Problem.

²⁷⁵ Vgl. Büttner, S. 71.

tem. So birgt die Zielgruppenorientierung zugleich auch Risiken. Besonders Maßnahmen, die für benachteiligte Zielgruppen konzipiert sind, können zur Entstehung von Stigmatisierungseffekten beitragen, da sie von Arbeitgebern bei der Personalsuche als ‚negatives Signal‘ gewertet werden können.²⁷⁶ Gerade die im Rahmen von TRACE oft genutzten „Contrat Emploi - Solidarité - CES“ werden in diesem Zusammenhang kritisch gesehen, da sie als Eingliederungshilfe vor allem für die schwächsten Jugendlichen eingesetzt werden, aber kaum zur Eingliederung beitragen. Bei ihren Bewerbungen erwähnen die Jugendlichen die „CES“ teilweise nicht, um so der Stigmatisierung zu entgehen.²⁷⁷ Problematisch an den „CES“ ist weiterhin die Ansiedlung dieser Beschäftigungsverhältnisse im öffentlichen Dienst, da auch hier immer mehr Arbeitsplätze eingespart werden.²⁷⁸ Der erhoffte „Klebeeffekt“²⁷⁹, also das Verbleiben der Jugendlichen in einer regulären Anstellung im Anschluss an eine geförderte Beschäftigung, tritt immer seltener ein. In diesem Zusammenhang könnte eine Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern hilfreich sein, die bei TRACE jedoch nahezu nicht stattfindet: Auf der einen Seite sind private Arbeitgeber selten bereit, Jugendliche der TRACE-Zielgruppe zu beschäftigen.²⁸⁰ Auf der anderen Seite stehen auch die Gewerkschaften solchen Programmen skeptisch gegenüber. Sie geißeln die niedrig entlohnte Beschäftigung der Jugendlichen in den „CES“ als Ausbeutung, außerdem fürchten sie die subventionierte Konkurrenz für ihre Mitglieder in den Betrieben.²⁸¹

Ein weiterer Schwachpunkt von TRACE ist die Art der Rekrutierung der Teilnehmer. Diese findet durch die „missions locales“ und „PAIOs“ statt. Es wird bezweifelt, dass auf diese Weise alle für TRACE in Frage kommenden Jugendlichen erreicht werden. Schließlich ist es so, dass nur die Jugendlichen für die Förderung durch TRACE in Frage kommen, die sowieso mit den „missions locales“ und „PAIOs“ in Kontakt stehen. Ob so die Randständigsten erreicht werden, was als ein Ziel von TRACE formuliert wurde, wird bezweifelt.²⁸²

²⁷⁶ Vgl. Executive Summary, S. 7.

²⁷⁷ Vgl. ebd. und Independent experts' paper, S. 3 und 9.

²⁷⁸ Vgl. Richter; Sardei-Biermann, S. 23.

²⁷⁹ Büttner, S. 34f.

²⁸⁰ Vgl. Officials experts' paper, S. 8.

²⁸¹ Vgl. Executive Summary, S. 8.

²⁸² Vgl. ebd.; Independent experts' paper, S. 8; Official experts paper, S. 6. Siehe auch Kapitel 2.1 Jugendarbeitslosigkeit als soziales und individuelles Problem, S. 6.

Außerdem wird die komplizierte Verwaltungsstruktur, mit ihren verschiedenen Entscheidungsebenen und der großen Anzahl von Beteiligten, kritisiert. Durch diese entstehen Spannungen und Konflikte zwischen den Regionen und der Zentralregierung. So ist beispielsweise die Tatsache, dass TRACE als Programm der Zentralregierung auch Entscheidungskompetenzen der Regionen berührt, ohne dass diese an der Konzeption des Programms beteiligt waren, Ursache dafür, dass in einigen Regionen „mangelnder Enthusiasmus“²⁸³ bei der Umsetzung von TRACE gezeigt wird. Diese Regionen empfinden das System als von der Zentralregierung diktiert. Diese internen Konflikte der staatlichen Akteure bewirken ein negatives Image bei Unternehmen und Betrieben. Dies kann die Zusammenarbeit mit diesen für die Integration in Arbeit so wichtigen Akteuren erschweren.²⁸⁴ Nicht zuletzt verhindern diese Konflikte und Spannungen eine wirksame Eingliederungsarbeit zugunsten der Jugendlichen.

4.2 Jugend in Arbeit plus

„Jugend in Arbeit plus“ ist eine vom Europäischen Sozialfonds geförderte Arbeitsmarktmaßnahme des Arbeitsministeriums in Nordrhein-Westfalen in Zusammenarbeit mit den Industrie- und Handelskammern, den Arbeitsagenturen, den Sozialämtern und freien Trägern.

Diese Arbeitsmarktmaßnahme wendet sich an die Zielgruppe jugendlicher Langzeitarbeitsloser, die seit mehr als einem Jahr arbeitslos sind.²⁸⁵ Ihnen soll vor allem durch Lohnkostenzuschüsse, aber auch durch Qualifizierungen bei der beruflichen Eingliederung geholfen werden. Diese Maßnahme gehört also in die Kategorie der nachfrageorientierten Maßnahmen. Der Europäische Sozialfonds beteiligt sich an dieser Maßnahme, weil durch sie Langzeitarbeitslosigkeit verhindert sowie die berufliche Eingliederung Jugendlicher gefördert werden soll.²⁸⁶ Konkret heißt dies, dass ihre Beschäftigung öffentlich gefördert²⁸⁷ und

²⁸³ Vgl. Executive Summary, S. 8; Independent experts paper, S. 11.

²⁸⁴ Vgl. Independent experts' paper, S. 11.

²⁸⁵ Vgl. Ministerium für Wirtschaft und Arbeit NRW (Hg.): Jugend in Arbeit plus. Düsseldorf (<http://www.arbeitsmarkt.nrw.de/förderangebote/projekte/ja/content.htm>; am 7. Februar 2005). Im Folgenden JA plus.

²⁸⁶ Vgl. VO(EG)1784/1999 Art. 2 Abs. 1a.

²⁸⁷ Vgl. ebd. Art. 3 Abs. 1d.

die Entwicklung ihrer Humanressourcen durch allgemeine und berufliche Bildung unterstützt wird.²⁸⁸

Langzeitarbeitslose zählen zu den besonderen Problemgruppen auf dem Arbeitsmarkt, da die Eingliederung in Arbeit umso schwieriger wird, je länger die Arbeitslosigkeit andauert. Hinzu kommt, dass diese Jugendlichen oft schulisch oder beruflich gescheitert und von daher ohnehin schwerer in Arbeit vermittelbar sind.²⁸⁹ Die negativen Auswirkungen der Arbeitslosigkeit²⁹⁰ zeigen sich bei länger anhaltender Arbeitslosigkeit umso intensiver. Es besteht die Gefahr, dass der ‚Teufelskreis‘ der Arbeitslosigkeit in Gang gesetzt wird: „längere Erwerbslosigkeit führt zu psychischen Befindensbeeinträchtigungen und reduzierter Eigeninitiative, geringer Eigeninitiative verlängert die Dauer der Erwerbslosigkeit und die Folgen nehmen mit der Dauer weiter zu.“²⁹¹ Besonders bei Jugendlichen wird befürchtet, dass sie sich dann in „arbeitsfernen Milieus“²⁹² festsetzen und dadurch ihre Arbeitsmotivation langfristig beeinträchtigt wird.²⁹³

Eine weitere Folge, gerade bei länger anhaltender Arbeitslosigkeit, kann der Verlust bereits erworbener beruflicher Fähigkeiten sein, da diese Qualifikationen nicht genutzt und dadurch ‚vergessen‘ werden. Gisela Mohr weist zwar darauf hin, dass die „Bewertung und Zuschreibung von Qualifizierungslücken durch potentielle Arbeitgeber“ bedeutsamer sei, als die „reale Dequalifizierungslücke“²⁹⁴ infolge der Langzeitarbeitslosigkeit. Dennoch wirkt sich dies negativ auf die Eingliederungschancen aus.

Die „Jugend in Arbeit plus“-Teilnehmer sind zu Beginn der Maßnahme im Durchschnitt 22,3 Jahre alt.²⁹⁵ Die Arbeitslosigkeit dauert bei 55% der Teilnehmer bereits ein Jahr an, 25% sind seit ein bis zwei Jahren arbeitslos und bei 14% dauert diese bereits mehr als zwei Jahre an.²⁹⁶ Die Mehrheit der Teilnehmer ist deutscher Nationalität, 20% sind Ausländer.²⁹⁷

²⁸⁸ Vgl. ebd. Art. 3 Abs. 1a.

²⁸⁹ Vgl. Mohr, S.113 und 122.

²⁹⁰ Siehe dazu das Kapitel 2.1 Jugendarbeitslosigkeit als soziales und individuelles Problem.

²⁹¹ Zempel, Jeanette; Frese, M.: Prädikatoren der Erwerbslosigkeit und Wiederbeschäftigung. In: Verhaltenstherapie und psychosoziale Praxis. 3/2000 (S. 390-379), S. 387.

²⁹² Bosch, S. 39.

²⁹³ Ebd., S. 22.

²⁹⁴ Mohr, S. 118.

²⁹⁵ Vgl. Gesellschaft für innovative Beschäftigungsförderung mbH (Hg.)(2004): Quartalsbericht zur Initiative „Jugend in Arbeit plus“. Bottrop (http://www.ja.nrw.de/pdf/ja_2005_1q_bericht.pdf; am 16. August 2005), S. 19. Im Folgenden Quartalsbericht.

²⁹⁶ Ebd., S. 19.

²⁹⁷ Vgl. ebd., S. 17.

Unter den Teilnehmern besitzen ein Fünftel keinen Schulabschluss oder nur einen Sonderschulabschluss. Männliche Teilnehmer sind häufiger ohne Abschluss oder verfügen öfter über einen Sonderschulabschluss als weibliche. Insgesamt haben die Teilnehmerinnen höhere Schulabschlüsse als ihre männlichen Kollegen.²⁹⁸ Ein Drittel der „Jugend in Arbeit plus“-Teilnehmer verfügt bereits über eine abgeschlossene Ausbildung, wobei auch hier wieder die jungen Frauen mit 41,7% vorne liegen.²⁹⁹ Die meisten Jugendlichen haben also bereits vor dem Eintritt in „Jugend in Arbeit plus“ Arbeitserfahrungen gesammelt.³⁰⁰ Die Teilnehmer werden hinsichtlich ihrer Eingliederungschancen in drei Gruppen eingeteilt: Ein Teil der Jugendlichen ist eigentlich relativ gut vermittelbar. Sie verfügen über einen beruflichen Abschluss oder über Grundqualifikationen und haben erste berufliche Erfahrungen gesammelt. Die zweite Gruppe ist durch psychische oder soziale Probleme geprägt. Sie sind meist nur gering qualifiziert. Bei der dritten Gruppe handelt es sich um kaum oder nicht vermittelbare Jugendliche. Sie haben „gravierende psycho-soziale Defizite“³⁰¹ und sind unmotiviert. Ihre wesentlichen Vermittlungshemmnisse sind laut Angaben der „Jugend in Arbeit plus“-Berater:

- mangelnde fachliche Kenntnisse und Fertigkeiten;
- fehlende Schlüsselqualifikationen;
- mangelnde Mobilität und Flexibilität;
- fehlende Sozialverträglichkeit;
- körperliche oder gesundheitliche Einschränkungen.³⁰²

Die Maßnahme besteht aus drei Säulen, die zusammenarbeiten: Die „Jugend in Arbeit plus“-Berater, die Kammerfachkräfte sowie private Betriebe. Anders als bei TRACE findet hier kein umfassendes Fallmanagement statt, „Jugend in Arbeit plus“ zielt ausschließlich auf die berufliche Eingliederung ab. Der Kontakt der Jugendlichen mit der ersten Säule dieser Maßnahme, nämlich den Beratern, wird durch die Arbeitsagenturen oder Job-Center angebahnt.³⁰³ Der Eintritt in die Maßnahme beginnt mit einer Assessmentphase. Ihr Ziel ist die Erstellung

²⁹⁸ Vgl. ebd., S. 18.

²⁹⁹ Vgl. ebd., S. 19

³⁰⁰ Vgl. ebd.

³⁰¹ SALSS – Sozialwissenschaftliche Forschungsgruppe GmbH (Hg.)(2002): Evaluierung der Initiative „Jugend in Arbeit“ – Erhebung unter Beraterinnen und Beratern. Bonn (http://www.ja.nrw.de/pdf/ja_erhebung_berater.pdf; am 24. Mai 2005), S. 26. Im Folgenden Erhebung unter Beraterinnen.

³⁰² Vgl. ebd., S. 28.

³⁰³ Vgl. Quartalsbericht, S. 3.

eines Profils der Jugendlichen, um die auf den Arbeitseintritt bezogenen Defizite und Fähigkeiten festzustellen.³⁰⁴ Der durchschnittliche Beratungsaufwand in dieser Phase beträgt pro Jugendlichen etwa 16 Stunden. Die einzelnen Beratungen dauern von 30 Minuten bis zu zwei Stunden.³⁰⁵ An die Assessmentphase anschließend wird ein ‚Entwicklungsplan‘ erarbeitet.

Werden die Teilnehmer durch die Berater als vermittlungsfähig eingestuft, beginnt die zweite Säule mit ihrer Arbeit: Die Kammerfachkräfte der Handwerks- oder Industrie- und Handelskammern werden mit der Akquise passender Arbeitsstellen für die Jugendlichen beauftragt.³⁰⁶

Sobald passende Stellen gefunden wurden, beginnt für die Jugendlichen dort mit einem dreiwöchigen Betriebspraktikum die Beschäftigungsphase. Diese soll den Betrieben die Möglichkeit geben, ihre potentiellen künftigen Arbeitnehmer zu erproben.³⁰⁷ Verläuft die Probezeit zufriedenstellend für den Betrieb, so setzen die Jugendlichen das Beschäftigungsverhältnis fort. Sie werden entsprechend den tarifvertraglichen Regelungen entlohnt, wobei der Arbeitgeber durch „Jugend in Arbeit plus“ 50% der Lohnkosten erstattet bekommt. Die Lohnkostenzuschüsse werden für 12 Monate gezahlt. In diesem Zeitraum sollen die Betriebe dafür sorgen, dass 20% der Arbeitszeit für die berufsbegleitende Qualifizierung der Jugendlichen aufgewendet werden.³⁰⁸

Bei der „Abwicklung der vertraglichen Formalitäten“³⁰⁹ bei der Beantragung Lohnkostenzuschüsse, bei der Suche nach Informationen über Bildungsangebote in der Beschäftigungsphase und bei Problemen mit den Jugendlichen während der Beschäftigungsphase sollen die Kammerfachkräfte den Betrieben Unterstützung bieten.³¹⁰

Meist sind es Kleinbetriebe mit bis zu 20 Mitarbeitern, die die Jugendlichen aufnehmen. Diese Betriebe schätzen ihre wirtschaftliche Lage mehrheitlich positiv ein. Sie sind in der Regel berufsausbildende Betriebe, ihnen ist daher die Ziel-

³⁰⁴ Vgl. ebd., S. 2; JA plus und Bosch, S. 40.

³⁰⁵ Vgl. Erhebung unter Beraterinnen, S. 9 und S. 24.

³⁰⁶ Vgl. ebd., S. 17; JA plus; Bosch, S. 40.

³⁰⁷ Vgl. JA plus.

³⁰⁸ Vgl. ebd.

³⁰⁹ SALSS – Sozialwissenschaftliche Forschungsgruppe GmbH (Hg.)(2002): Evaluierung der Initiative „Jugend in Arbeit“ – Erhebung unter Betrieben. Bonn (http://www.ja.nrw.de/pdf/ja_erhebung_betriebe.pdf, am 24. Mai 2005), S. 14. Im Folgenden Erhebung unter Betrieben.

³¹⁰ Vgl. ebd.

gruppe von „Jugend in Arbeit plus“ bekannt.³¹¹ Ihre Motivation zur Teilnahme ist größtenteils eine Mischung aus sozialer Verantwortung, dem Reiz des Lohnkostenzuschusses und dem Bedarf an Arbeitskräften.³¹²

Den Jugendlichen soll durch „Jugend in Arbeit plus“ ermöglicht werden, Berufserfahrungen zu sammeln und sich beruflich zu qualifizieren. So soll der ‚Teufelskreis‘ der Langzeitarbeitslosigkeit durchbrochen werden. Da das Qualifikationsniveau der Teilnehmer dieser Maßnahme schon recht hoch ist, wird hier auch einer tatsächlichen oder zugeschriebenen Dequalifizierung vorgebeugt. Tatsächlich gelingt die dauerhafte, also nachhaltige Eingliederung in Beschäftigung einem Großteil der Jugendlichen, die die Maßnahme beenden. So waren 18 Monate nach der Beendigung noch 68,4% im Erstbetrieb oder in anderen Unternehmen beschäftigt. Sechs Prozent der Teilnehmer bekamen die Gelegenheit, eine berufliche Ausbildung zu beginnen. Diese niedrige Zahl kann durch das bereits hohe Ausbildungsniveau der Teilnehmer erklärt werden, viele verfügen ja schon über eine Berufsausbildung. Weiterhin arbeitslos blieben 18% der Teilnehmer. Weshalb ihre Eingliederung nicht gelang, ist nicht untersucht worden.³¹³ Allerdings wurden in einer Erhebung verschiedene Faktoren benannt, die sich ungünstig auf die Eingliederung auswirken:

- je mehr Jugendliche mit Defiziten im Bereich Motivation, Qualifikation oder des Gesundheitszustandes behaftet sind, umso seltener gelingt die berufliche Eingliederung.³¹⁴

Folgende Faktoren wirken sich positiv auf eine Eingliederung aus:

- eine günstige Entwicklung der lokalen Arbeitsmärkte,³¹⁵
- die Beratungssituation: je mehr Zeit dem Berater für den einzelnen Teilnehmer zur Verfügung steht und je mehr er ausschließlich mit der Beratung Jugendlicher beschäftigt ist, desto höher ist die Eingliederungsquote.

Bei der Erfolgsquote, die die nachhaltige Eingliederung in Arbeit beschreibt, ist allerdings zu beachten, dass ein Drittel der Teilnehmer, die „Jugend in Arbeit plus“ beginnen, die Maßnahme vorzeitig abbrechen. Meist wird die Ursache der Abbrüche in dem Verhalten der Jugendlichen während der Beschäftigungspha-

³¹¹ Vgl. ebd., S. 7f.

³¹² Vgl. ebd., S. 10.

³¹³ Vgl. Quartalsbericht, S. 6 und JA plus.

³¹⁴ Vgl. Erhebung unter Beraterinnen, S. 34f. und Bosch, S. 40.

³¹⁵ Vgl. Quartalsbericht, S. 8.

se verortet. Die Betriebe kritisieren, dass es ihnen unter anderem an Arbeitstugenden, Motivation und sozialer Verträglichkeit mangle.³¹⁶ Abbrüche während der Beschäftigungsphase sind in kleinen Betrieben seltener als in großen. Das wird dadurch erklärt, dass eine persönlichen Betreuung, also Kontrolle, der Jugendlichen in kleinen Betrieben besser möglich ist. Allerdings wird die niedrige Abbruchquote in kleineren Betrieben auch dadurch erklärt, dass sie, im Gegensatz zu größeren Betrieben, seltener bereit sind, „schwerere Fälle“³¹⁷ aufzunehmen.

Die Nachhaltigkeit der Beschäftigungsverhältnisse, die nach der Absolvierung von „Jugend in Arbeit plus“ bestehen, lässt sich nicht nur an der Dauerhaftigkeit ablesen. Weitere Indikatoren für die Nachhaltigkeit der beruflichen Eingliederung können die „finanziellen Höherstufungen“³¹⁸ sein, die bei 50% der in ein Beschäftigungsverhältnis übernommen Teilnehmer erfolgten sowie die Übertragung anspruchsvollerer Arbeitsanforderungen.³¹⁹ Beides spricht für eine Stabilisierung der Anstellung.

Ob allerdings das sekundäre Ziel von „Jugend in Arbeit plus“, nämlich die Entwicklung der Humanressourcen durch die Qualifizierung der Jugendlichen immer erreicht wird, ist fraglich. So gaben bei einer Befragung 71% der teilnehmenden Betriebe an, die Jugendlichen innerhalb eines Jahres qualifiziert zu haben. Ob dies tatsächlich in dem vorgesehenen Umfang von 20% der Arbeitszeit stattfand, wurde nicht ausgeführt.³²⁰ Fraglich ist auch, wie die verbleibenden 29% mit dem Qualifizierungsteil umgegangen sind: wenn bei einer einjährigen Maßnahme nur 71% der Betriebe eine Qualifizierung der Jugendlichen vorgenommen haben, kann im Umkehrschluss vermutet werden, dass die verbleibenden Betriebe dies nicht getan haben.

Eine objektive Bewertung der Ergebnisse von „Jugend in Arbeit plus“ ist, wie bei TRACE auch, nicht möglich. Ob die im Vergleich zu TRACE hohe Eingliederungsquote sowie die Dauerhaftigkeit der Eingliederung eines Großteils der Teilnehmer als Erfolg bewertet werden können, muss offen bleiben. Auch hier Fehlen dazu Vergleichsmaßstäbe. Es ist möglich, dass die nachhaltige Eingliederung auf die Lohnsubventionen und die eventuell erfolgte Qualifizierung zu-

³¹⁶ Vgl. Erhebung unter Beraterinnen, S. 31.

³¹⁷ Vgl. Erhebung unter Betrieben, S. 21.

³¹⁸ Vgl. Erhebung unter Betrieben, S. 28.

³¹⁹ Vgl. ebd.

³²⁰ Vgl. ebd., S. 18.

rückzuführen ist. Allerdings besteht auch die Möglichkeit, dass das hohe Qualifizierungsniveau der Teilnehmer und ihre oft schon vorhandene Berufserfahrung für dieses Ergebnis ursächlich verantwortlich sind, während die Betriebe dann die Lohnkostenzuschüsse ausschließlich ‚mitnehmen‘. Hierüber geben die vorliegenden Untersuchungen keine Auskunft.

Dennoch scheinen einige der Merkmale von „Jugend in Arbeit plus“ zu den Ergebnissen zumindest mit beigetragen zu haben. So ist bei einer Untersuchung zur Wiedereingliederung Langzeitarbeitsloser deutlich geworden, dass solche Maßnahmen erfolgreich waren, in denen die Teilnehmer durch Betriebspraktika in die Betriebe eingeführt wurden.³²¹ Zusätzlich ist durch den Lohnkostenzuschuss die anschließende Beschäftigung für den Arbeitgeber mit einem geringen Risiko behaftet und bietet ihnen zugleich die Gelegenheit, die Jugendlichen genauer kennen zu lernen. Die Folge ist, dass viele Jugendliche im Anschluss an die Arbeitsphasen in den Betrieben bleiben. Doris Büttner nennt dies den „Klebeffekt.“³²²

Jedoch zeigt die hohe Abbrecherquote an, das „Jugend in Arbeit plus“ nicht für alle Jugendlichen gleich gut geeignet zu sein scheint. Besonders bei Jugendlichen mit größeren Defiziten ist dies der Fall. Eine finnische Studie ist zu dem Ergebnis gekommen, „dass [bei ‚Problemgruppen‘] Trainingsmaßnahmen, die auf eine allgemeine Kompetenzerweiterung ausgerichtet sind, zu einer besseren Wiedervermittlungsrates führen als die zeitweilige Beschäftigung in ... subventionierten Arbeitsverhältnissen oder eine ... berufliche Qualifizierung.“³²³

Ohne die finnischen Verhältnisse auf die Abbrecher von „Jugend in Arbeit plus“ zu übertragen, kann dies einen Hinweis darauf sein, dass hier eine genauere Zielgruppenorientierung vorgenommen werden sollte. So könnte wie bei TRACE für ‚Problemgruppen‘ zunächst ein Schlüsselqualifikationstraining angeboten werden und ihre Eingliederung durch Lohnkostenbeihilfen unterstützt werden.

Weiterhin wurde festgestellt, dass Maßnahmenabbrecher über eine geringere soziale Einbindung verfügen. Im Umkehrschluss wird vermutet, dass durch eine gute soziale Einbindung das „Durchhaltevermögen und der Umgang bei ...

³²¹ Vgl. Mohr, S. 125.

³²² Büttner, S. 58.

³²³ Mohr, S. 126.

Problemen³²⁴ verbessert werden kann. Hier könnte eine persönliche Beziehung mit einem Berater, wie sie bei TRACE angestrebt wird, eine Lösungsmöglichkeit sein.

4.3 PLIE - Plans Locaux pluriannuels pour l'Insertion et pour l'Emploi

Der Europäische Sozialfonds sieht neben ausschließlich auf bestimmte Zielgruppen orientierten Arbeitsmarktmaßnahmen auch „die Förderung lokaler Beschäftigungsinitiativen ... sowie territorialer Beschäftigungsbündnisse“³²⁵ vor. Außerdem werden Maßnahmen unterstützt, die die Wirksamkeit von Qualifizierungsmaßnahmen erhöhen sowie Programme, die mit Lohnkostenzuschüssen die berufliche Eingliederung erleichtern sollen. Hier werden „Zuschüsse für Strukturen und Systeme“³²⁶ gewährt.

Diese Aspekte erfüllen die von Europäischen Sozialfonds kofinanzierten „Plans Locaux pluriannuels pour l'Insertion et pour l'Emploi“ (PLIE), die „mehnjährigen lokalen Pläne für Eingliederung und Beschäftigung.“ Erstellt werden diese Pläne von Vertretern des Zentralstaats, der Gebietskörperschaften,³²⁷ der öffentlichen Arbeitsverwaltungen, von Vertretern von Unternehmen und Gewerkschaften sowie Trägern von Arbeitsmarktmaßnahmen.³²⁸

In Frankreich gab es im Jahr 2003 insgesamt 187 solcher Pläne. Diese haben nicht ausschließlich das Ziel, die Eingliederungs- und Beschäftigungschancen von Jugendlichen zu erhöhen, sondern sollen vor allem „extrem benachteiligten Personen“³²⁹ den Zugang zu Beschäftigung erleichtern. Hierzu gehören auch Jugendliche, somit sind die PLIEs im Rahmen meiner Arbeit relevant.

Das Hauptziel der PLIEs ist, dass alle an dieser Maßnahme beteiligten Akteure kooperieren sollen sowie eine Koordinierung und Verzahnung ihres Handelns auf kommunaler Ebene erreicht werden soll. Sie sollen kohärent, das heißt auf-

³²⁴ Ebd., S. 126.

³²⁵ VO(EG)Nr. 1784/1999, Art. 2 Abs. 2a.

³²⁶ Ebd., Art. 3.

³²⁷ Das sind die Verwaltungen der Kommunen, Departements und Regionen. Vgl. Fréchet, David (2002): *Les institutions françaises*. Vichy, S. 6ff.

³²⁸ Vgl. Hunkeler, Suzanne: Die lokalen Pläne für Eingliederung und Beschäftigung – ein Instrument der lokalen Beschäftigungspolitik. In: Kibler, Leo; Zettelmeier, Werner (Hg.) (2005): *Kommunale Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik – Deutschland und Frankreich im Vergleich*. Frankfurt/M. (S. 96-100), S. 96. Im Folgenden Hunkeler.

³²⁹ Vgl. ebd., S. 96. Vgl. auch Préfecture Basse Normandie, S. 23.

einander abgestimmt vorgehen.³³⁰ PLIEs sind also Infrastrukturmaßnahmen, die die Rahmenbedingungen für die berufliche Integration verbessern sollen.³³¹ Der Bereich, in dem die PLIEs wirken, ist die lokale Ebene. Sie bietet für die Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik viele Möglichkeiten. Die Vorzüge des Handelns auf lokaler Ebene liegen vor allem in der Problemnähe und der Möglichkeit, Beziehungsnetzwerke für gemeinsame Ziele zu mobilisieren. Außerdem erleichtert die relative Überschaubarkeit des Handlungsfeldes die Verknüpfung verschiedener Politikbereiche.³³² Da „Beschäftigung ... ein multidimensionales Problem [ist], das einen ganzheitlichen Handlungsansatz erfordert, in dem Ressourcen aus verschiedenen Politikbereichen für die Beschäftigungspolitik mobilisiert, ihre jeweiligen Beiträge koordiniert und damit eine strategische Integration hergestellt wird,³³³ ist es sinnvoll diese Politikbereiche zu vernetzen. Es sind dies die Arbeitsmarkt-, Beschäftigungs-, Sozial- und Wirtschaftspolitik.³³⁴ Die Vernetzung dieser Bereiche, die zur sozialen und beruflichen Eingliederung beitragen können, war grundlegend für die Entwicklung des ersten PLIE im Jahr 1990. Als in der Stadt Lille umfangreiche Baumaßnahmen geplant wurden, wurde zugleich überlegt, wie der lokale Arbeitskräftebedarf durch die Arbeitslosen vor Ort gedeckt werden könne. So wurden diese Umbauarbeiten mit den Eingliederungsbemühungen im Rahmen des PLIE verknüpft und Arbeitsmarkt- und Städtebaupolitik dabei aufeinander abgestimmt.³³⁵ Neben der Koordinierung verschiedener Politikbereiche zugunsten der beruflichen Eingliederung, wird, wie erwähnt, auch eine Kooperation der Akteure, die an der beruflichen Eingliederung beteiligt sind, angestrebt. Da Arbeitsmarktpolitik und so auch die Konzeptionierung von Arbeitsmarktmaßnahmen in Frankreich eine zentralstaatliche Domäne ist, fehlt ihr die Problemnähe. Daher entsprechen die Maßnahmen oft nicht den lokalen Erfordernissen.³³⁶ Um diese

³³⁰ Vgl. Ministère de l'emploi et de la solidarité (Hg.)(2000): Le PLIE. Une dynamique pour l'emploi. Paris (<http://www.travail.gouv.fr.actualites/pdf/plie.pdf>; am 14. September 2005), S. 2. Im Folgenden Le PLIE.

³³¹ Vgl. Rouchette, Agnès: Möglichkeiten und Grenzen einer kommunalen Beschäftigungspolitik in Frankreich, dargestellt am Beispiel von Cergy-Pontoise. In: Kibler, Leo; Zettelmeier, Werner (Hg.)(2005): Kommunale Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik – Deutschland und Frankreich im Vergleich. Frankfurt/M. (S. 101-105), S. 104. Im Folgenden Rouchette.

³³² Vgl. Schulze-Böing, Matthias: Erfolg ohne Mandat: Die Kommunen als arbeitsmarktpolitische Akteure in Deutschland. In: Kibler, Leo; Zettelmeier, Werner (Hg.)(2005): Kommunale Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik – Deutschland und Frankreich im Vergleich. Frankfurt/M. (S. 21-40), S. 23. Im Folgenden Schulze-Böing. Vgl. auch Schmid; Blancke, S. 30.

³³³ Schulze-Böing, S. 35.

³³⁴ Vgl. ebd.

³³⁵ Vgl. Hunkeler, S. 96f.

sprechen die Maßnahmen oft nicht den lokalen Erfordernissen.³³⁶ Um diese Kluft zu überwinden, arbeiten im Rahmen des PLIE die „collectivités territoriales“, die Gebietskörperschaften, mit regionalen Vertretern der Zentralregierung zusammen.³³⁷ Diese Zusammenarbeit fehlt bei der Umsetzung von TRACE, da die lokalen und zentralstaatlichen Vertreter hier meist nicht kooperieren. Somit können die PLIEs auch Vorbild sein, um zum Beispiel die Zusammenarbeit der lokalen und zentralstaatlichen Vertreter bei der Umsetzung von TRACE zu verbessern.³³⁸

Ein weiteres Problem bei Arbeitsmarktmaßnahmen, welches so auch in Deutschland auftritt, ist das „Spannungsverhältnis zwischen der Zielgruppen- und Arbeitsmarktorientierung.“³³⁹ Oft steht bei Arbeitsmarktmaßnahmen die Zielgruppenorientierung im Vordergrund und nicht die Orientierung am lokalen Arbeitskräftebedarf. Eine erfolgreiche Arbeitsmarktintegration muss sich, insbesondere bei Qualifizierungsmaßnahmen, am Arbeitskräftebedarf orientieren. Orientiert sie sich nur an der Zielgruppe, beispielsweise an Jugendlichen, und bietet ihnen lediglich Qualifizierungen an, die nicht nachgefragt werden, so dürfte eine berufliche Eingliederung eher zufällig die Folge sein. Auch dieses Problem sollen PLIEs bearbeiten.³⁴⁰ Um die Gestaltung von bedarfsorientierten Maßnahmen zu ermöglichen, sollen Unternehmen, Berufsverbände, Institutionen zur Eingliederung, Vereine usw. bei der Erstellung der PLIE-Pläne beteiligt werden. Dadurch, dass sie gemeinsam Arbeitsmarktinterventionen entwickeln, soll deren Wirksamkeit optimiert werden. Zugleich soll so das Engagement für die berufliche und soziale Integration gesteigert werden. Dieses könnte z.B. erreicht werden, wenn Unternehmen ihren Qualifizierungsbedarf artikulieren, der dann durch ein im PLIE abgestimmtes Bildungsangebot für Arbeitslose erfüllt wird. Ein solches Angebot entspricht dann dem Bedarf der Zielgruppe sowie dem des Arbeitsmarktes. Durch diese Orientierung am tatsächlichen Quali-

³³⁶ Vgl. Berthet, Thierry: Territorialisierung der Beschäftigungspolitik: Welche Bedeutung soll den lokalen Akteuren zukommen? In: Kibler, Leo; Zettelmeier, Werner (Hg.) (2005): Kommunale Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik – Deutschland und Frankreich im Vergleich. Frankfurt/M. (S. 76-95), S. 88ff. Im Folgenden Berthet.

³³⁷ Hunkeler, S. 98.

³³⁸ Vgl. Kapitel 4.1 TRACE – Trajet d’Access à l’Emploi.

³³⁹ Büttner, S. 70.

³⁴⁰ Vgl. Hunkeler, S. 97 und Le PLIE, S. 2.

fizierungsbedarf könnte zusätzlich die „Neigung zur Fortschreibung von [Qualifizierungs-] Angeboten“³⁴¹, die keinen Erfolg hatten, überwunden werden.

Weiterhin bietet die Zusammenarbeit der verschiedenen Akteure der beruflichen Eingliederung im PLIE auch die Chance, die bereits bestehenden Arbeitsmarktmaßnahmen voneinander abzugrenzen bzw. aufeinander abzustimmen.³⁴² Was passiert, wenn dies nicht geschieht, verdeutlicht das Beispiel der Stadt Cergy-Pontoise. Hier war mit starker Zunahme der Arbeitslosigkeit auch die Anzahl der Maßnahmen kontinuierlich angestiegen. Diese waren unkoordiniert entstanden und kaum aufeinander abgestimmt; in der Folge entstanden Doppelstrukturen.³⁴³

Dieser Mangel an Kohärenz ist wegen der notwendigen Passgenauigkeit der Maßnahmen nicht sinnvoll. Um passende Maßnahmen gestalten zu können, die auf schwer vermittelbare Personengruppen zugeschnitten sind, braucht man modular aufgebaute Qualifizierungsmaßnahmen. Solche Module sollten auf bestimmte Zielgruppen zugeschnitten sein und dadurch gezielter und besser wirken, als unspezifisch angelegte Maßnahmen.³⁴⁴ Hier bietet der PLIE den Trägern von Maßnahmen die Chance zu einer komplementären Zusammenarbeit. Sie können Synergieeffekte zugunsten ihrer Klienten nutzen,³⁴⁵ indem sie ihre Ressourcen gemeinsam einsetzen. Durch eine inhaltliche Abstimmung können Parallelangebote, bzw. Doppelstrukturen und Konkurrenzen vermieden werden.³⁴⁶ Diese Vorteile werden auch von Trägern in Deutschland erkannt. Ein Beispiel ist die ebenfalls vom Europäischen Sozialfonds geförderte „Jugendagentur Nürtingen-Kirchheim“ in Baden-Württemberg. Dort haben sich drei Träger der Jugendberufshilfe zusammengeschlossen, um ein regionales Gesamtkonzept zu erstellen.³⁴⁷ Hier konnte durch den Zusammenschluss auch eine nach außen, also für arbeitslose Jugendliche, aber auch für interessierte Arbeitgeber, klare Struktur hergestellt werden.³⁴⁸

³⁴¹ Büttner, S. 71.

³⁴² Vgl. Hunkeler, S. 98 und DGEFP – Délégation générale à l'emploi et à la formation professionnelle (Hg.)(2002): Programme d'assistance technique PLIE et Territoire. Paris (http://www.ville-emploi.asso.fr/uploads/programme_assistance.pdf; 14. September 2005), S. 21.

³⁴³ Vgl. Rouchette, S. 102f.

³⁴⁴ Vgl. Büttner, S. 67ff.

³⁴⁵ Vgl. Le PLIE, S. 2.

³⁴⁶ Vgl. Büttner, S. 67ff.

³⁴⁷ Vgl. Paritätischer Wohlfahrtsverband Baden-Württemberg und Diakonisches Werk Württemberg (Hg.)(2004): Abschlussdokumentation – Ikarus. Jugendagentur Nürtingen-Kirchheim (S. 195-207) (http://www.ikarus-esf.de/extern/produkte/evaluierung/pdf/2_1_2_7.pdf; am 14. September 2005), S. 196.

³⁴⁸ Vgl. ebd., S. 197.

Beim PLIE ist die Zusammenarbeit jedoch breiter angelegt, als bei dem Baden-Württembergischen Beispiel: Die verschiedenen Politikbereiche werden koordiniert, Zentralstaat und lokalen Ebenen kooperieren, Arbeitsmarktmaßnahmen und Arbeitsmarkterfordernisse werden aufeinander abgestimmt, Vertreter der Kommunen, der Regionen, der Departements sowie des Zentralstaats, Unternehmer, Gewerkschafter, Vertreter der öffentlichen Arbeitsverwaltung³⁴⁹ und von Eingliederungsinstitutionen³⁵⁰ sowie von lokalen Eingliederungsinitiativen arbeiten zusammen. Um sicherzustellen, dass aus den Vereinbarungen dieser Vielzahl an Akteuren tatsächlich Ergebnisse im Sinne einer beruflichen Integration erreicht werden können, werden ihre Verantwortlichkeiten in den PLIE-Plänen festgeschrieben. Diese basieren auf der gemeinsamen Analyse der lokalen Situation. In ihrem gemeinsamen Plan verpflichten sich die Unterzeichner auf „quantitative und qualitative Zielsetzungen.“³⁵¹ Die quantitativen Zielsetzungen beinhalten unter anderem die durch die öffentlichen Akteure bereitzustellenden finanziellen Mittel. Zugleich wird auch die Anzahl der Personen, die betreut und schließlich integriert werden sollen, festgelegt.³⁵² Als qualitatives Ziel kann „die Bewältigung von Organisationsproblemen“³⁵³ gelten, die wiederum „als Indikator für die Effizienz des Ansatzes“³⁵⁴ gesehen werden können. Das primäre Erfolgsziel ist nach Peter Jansen die tatsächlich gelungene Integration von Arbeitslosen in den Arbeitsmarkt. Er sieht keine Erfolge in den PLIEs, da er vermutet, „dass ... die Frage nach der Effizienz der lokalen Beschäftigungsförderung nahezu durchgängig geschickt umgangen wird.“³⁵⁵ Seines Wissens liegen keine Belege für die Verringerung der Arbeitslosigkeit durch die PLIEs vor.

Eine allgemeine Kritik übt Robert Castel. Seiner Meinung nach wird die Verantwortung für die Lösung des Problems Arbeitslosigkeit lediglich übertragen. Er glaubt, dass „die Bearbeitung des Beschäftigungsproblems auf die lokale Ebene ... [übertragen wird], weil es anderswo, auf der Ebene der Globalpolitik, kei-

³⁴⁹ Dies ist die ANPE (Agence National Pour l'Emploi).

³⁵⁰ Dies ist zum Beispiel die AFPA (Association pour la Formation Professionnelle des Adultes), eine berufliche Bildungseinrichtung des Staates oder auch die „missions locales“ und „PAIOs“.

³⁵¹ Hunkeler, S. 96.

³⁵² Vgl. Rouchette, S. 103; Préfecture Basse Normandie, S. 40 und Jansen, S. 144.

³⁵³ Jansen, S. 144

³⁵⁴ Ebd.

³⁵⁵ Ebd., S. 145.

ne Lösung erfahren hat.“³⁵⁶ Die lokale Bearbeitung enthalte deshalb die Gefahr, zu einem „lokalen Wartungsunternehmen für Konflikte zu verkommen.“³⁵⁷

Dennoch verbessern die beschriebenen Ansatzpunkte der PLIEs die Chancen auf eine berufliche Eingliederung. Auch wenn sich (bisher) nicht belegen lässt, dass lokale Bündnisse hierbei hilfreich sind, so zeigen die Beispiele aus Frankreich und Deutschland, dass das Engagement aller Beteiligten auf der lokalen Ebene eine wichtige Voraussetzung für eine erfolgreiche Eingliederungspolitik ist.³⁵⁸

4.4 Patenschaftsprojekte

Unter Patenschaften wird die „vertraglich festgelegte Mitverantwortung für jemanden ... zum Zweck der Unterstützung ... [und] Förderung“³⁵⁹ verstanden. Patenschaftsprojekte nutzen bürgerschaftliches Engagement zur Unterstützung des beruflichen Einstiegs Jugendlicher. Die Idee ist, dass sich Bürger mit Verantwortungsbewusstsein auf verschiedene Arten für eine Integration junger Menschen in Arbeit einsetzen, indem sie zum Beispiel ihre eigenen Erfahrungen aus dem Berufsleben an Schüler weitergeben, die Betreuung einzelner Jugendlicher übernehmen und sie bei der Ausbildungs- oder Arbeitssuche unterstützen oder ihre persönlichen Netzwerke nutzen.³⁶⁰ Da die Patenschaften die berufliche Eingliederung flankieren, werden sie zu den Infrastrukturmaßnahmen gezählt. Solche Projekte werden vom Europäischen Sozialfonds mitfinanziert, weil sie zu den lokalen Beschäftigungsinitiativen gezählt werden.³⁶¹

Im allgemeinen hat bürgerschaftliches Engagement das Potential, „die bisherige Anbieterpalette sinnvoll zu erweitern“³⁶², also bestehende Arbeitsmarktmaß-

³⁵⁶ Castel, S. 373.

³⁵⁷ Ebd.

³⁵⁸ Vgl. Richter; Sardei-Biermann, S. 25.

³⁵⁹ Dudenredaktion (Hg.)(2003): Deutsches Universalwörterbuch. Mannheim. 5. Auflage, S. 1189.

³⁶⁰ Vgl. Burmeister, Joachim: Bürgerschaftliches Engagement. In: Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge (Hg.)(2002): Fachlexikon der sozialen Arbeit. Frankfurt/M. 5. Auflage (S. 182f.), S. 182. Im Folgenden Burmeister.

³⁶¹ VO(EG)1784/1999 Art. 2 Abs. 2.

³⁶² Hanesch, Walter: Strategien für die soziale Stadt. In: Mirbach, Thomas (Hg.)(1999): Entwürfe für eine soziale Stadt. Amsterdam (S. 85-104), S. 98. Im Folgenden Hanesch.

nahmen zu ergänzen. Weiterhin besteht die Chance, neue Ressourcen für die Betroffenen zu erschließen.³⁶³

Durch das freiwillige und in der Regel unentgeltliche Engagement von Bürgern zugunsten der arbeitslosen oder von Arbeitslosigkeit bedrohten Jugendlichen, wird außerdem die „Situation von bedürftigen Menschen“³⁶⁴ artikuliert. Durch den persönlichen Einsatz der Paten rücken Probleme und Problemfälle in das Blickfeld der Öffentlichkeit. Es wird gezeigt, dass eine Lösung gefunden werden muss.

Weiterhin kann die Einbeziehung von Bürgern mit ihrem Wissen, Ihren Fähigkeiten und Kontakten, „Innovationsfunktion für das etablierte administrative Institutionensystem“³⁶⁵ sein, da sie unabhängiger von Vorgaben durch Institutionen sind, als z.B. ‚professionelle‘ Hilfen.³⁶⁶ Außerdem unterstützt aktive Mitbürgerschaft den gemeinschaftlichen Zusammenhalt³⁶⁷ und kann so „neue Formen der Solidarität ... stiften.“³⁶⁸ Durch diese dem bürgerschaftlichen Engagement inhärenten Ressourcen spricht man auch von „sozialem Kapital.“³⁶⁹

Allerdings gibt es auch hier eine Schattenseite: In Zeiten knapper Kassen besteht das Risiko, dass bürgerschaftliches Engagement nicht ergänzend zu öffentlichen Maßnahmen genutzt wird, sondern dass eine „substitutive Abwälzung von ... [öffentlichen] Aufgaben“³⁷⁰ auf Ehrenamtliche stattfindet. Die Folge kann insbesondere für Frauen, die weitaus häufiger im sozialen Bereich beschäftigt sind, gravierend sein. Ihre Erwerbsarbeitsplätze werden durch ehrenamtliche Arbeit ersetzt.³⁷¹

Wenn man jedoch primär die berufliche Eingliederung als Ziel sieht, spricht einiges für den Nutzen der Patenschaftsprojekte. Wie im Kapitel Jugendarbeitslosigkeit beschrieben wurde, sinken die Chancen auf dem Arbeitsmarkt, je niedri-

³⁶³ Vgl. ebd., S. 98.

³⁶⁴ Burmeister, S. 182.

³⁶⁵ Hanesch, S. 98.

³⁶⁶ Vgl. Schmalriede, Karin; Mirbach, Thomas: Selbsthilfe kommt nicht von selbst – Aus der Arbeit einer intermediären Organisation. In: Mirbach, Thomas (Hg.)(1999): Entwürfe für eine soziale Stadt. Amsterdam (S. 279-287), S. 284. Im Folgenden Schmalriede; Mirbach.

³⁶⁷ Vgl. Burmeister, S. 182.

³⁶⁸ Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hg.)(2001): Modellverbund Freiwilligen-Zentren: Bürgerengagement für eine freiheitliche und solidarische Gesellschaft. Ergebnisse und Reflexionen. Berlin, S. 21. Im Folgenden BMFSFJ.

³⁶⁹ Rauschenbach, Thomas: Ehrenamtliche/freiwillige Tätigkeit im sozialen Bereich. In: Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge (Hg.)(2002): Fachlexikon der sozialen Arbeit. Frankfurt/M. 5. Auflage (S. 240-243), S. 241.

³⁷⁰ Burmeister, S. 183; Vgl. auch Schmalriede; Mirbach, S. 98.

³⁷¹ Vgl. Beck, S. 55f.

ger die Qualifizierung der Jugendlichen ist. Diese schlechten Chancen beruhen nicht nur auf ihren qualifikatorischen Defiziten. Sie können auch aus Selbstselektionsprozessen resultieren. Das bedeutet, dass Jugendliche aufgrund ihrer bisherigen Erfahrungen wissen, dass sie schlechte Chancen haben und daher kaum noch Anstrengungen unternehmen, eine Arbeit zu finden.³⁷² Weiterhin wurde festgestellt, dass sich Arbeitslosigkeit zunehmend „vererbt“³⁷³. Bei einem Programm zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit zeigte sich, dass 52% der Teilnehmer Erfahrungen mit Langzeitarbeitslosigkeit in ihrer Familie gehabt haben.³⁷⁴ Dadurch fehlen den Jugendlichen hilfreiche Netzwerke, um bei der Arbeitssuche erfolgreich zu sein. Benötigte Informationen über freie Stellen oder den richtigen Weg in Arbeit können dann nicht aus den Familienressourcen gewonnen werden. Die Jugendlichen verfügen also kaum über Kontakte zu Menschen in Betrieben, die den Zugang zu Arbeitsplätzen ermöglichen könnten, indem sie als „Fürsprecher ... [die] Einstellung [der Jugendlichen] positiv beeinflussen.“³⁷⁵ Gerade solche Netzwerke sollen den Jugendlichen durch die Paten erschlossen werden.

In Deutschland und Frankreich gibt es viele durch den Europäischen Sozialfonds geförderte Patenprojekte. Im Folgenden werden drei dieser Projekte vorgestellt. Sie wurden als Beispiele ausgewählt, weil sie im Detail unterschiedlich ausgestaltet sind und die beschriebenen Ressourcen unterschiedlich nutzen. Durch sie werden die Vor- und Nachteile der Patenprojekte deutlich.

Das Projekt „Persönliche Paten für Jugendliche ohne Lehrstellen“³⁷⁶ ist eine lokale Beschäftigungsinitiative aus dem bayerischen Burgkirchen. Bei diesem kleinen³⁷⁷, rein ehrenamtlichen Projekt sollen die Paten benachteiligten Jugendlichen helfen, Bewerbungsunterlagen zu erstellen, Kontakte zu Betrieben herzustellen³⁷⁸ und dort als „Fürsprecher“³⁷⁹ fungieren. Die Jugendlichen werden bis zum Abschluss eines Lehrvertrags begleitet. Das Patenprojekt arbeitet mit der örtlichen Arbeitsagentur und dem Gewerbeverband zusammen. Begleitend

³⁷² Vgl. Solga, S. 483.

³⁷³ Vgl. Büttner, S. 75.

³⁷⁴ Vgl. ebd.

³⁷⁵ Solga, S. 484.

³⁷⁶ Landesarbeitsgemeinschaft Jugendsozialarbeit Bayern (Hg.)(2004): Agenda 21 – Gruppe Burgkirchen: Persönliche Paten für Jugendliche ohne Lehrstellen (www.esf-mikroprojekte.de/best_agenda21.html; am 25. August 2005). Im Folgenden Landesarbeitsgemeinschaft Bayern.

³⁷⁷ Dieses Projekt umfasst 43 Patenschaften.

³⁷⁸ Vgl. Landesarbeitsgemeinschaft Bayern.

³⁷⁹ Vgl. Alt-/Neuöttinger Anzeiger (17. Juli 2004): Schon über 100 Jugendlichen Lehrstelle vermittelt (<http://www.esf-mikroprojekte.de/presse/39-burg1.jpg>; am 14. September 2005).

zum Patenprojekt finden monatliche Treffen aller Paten und Jugendlichen des Projekts statt. Neben dem Ziel, Jugendliche bei der Arbeitsplatz- oder Lehrstellensuche zu unterstützen, verfolgt dieses bayrische Projekt das Ziel, bürgerschaftliches Engagement zu stärken und ein „lokales Bürgernetzwerk“³⁸⁰ zu entwickeln. Bei dieser Maßnahme handelt es sich um ein rein ehrenamtliches Patenprojekt.

Ein baden-württembergisches Patenprojekt hingegen kombiniert ehrenamtliches Engagement mit professioneller Hilfe. Der „Projektverbund ‚Startklar!‘ – Netzwerke für sozial benachteiligte junge Menschen durch Integrationsmanagement“ hat Förder- und Hauptschüler als Zielgruppe.³⁸¹ Dort soll eine Fachkraft, der „Integrationsmanager“, die Jugendlichen bei ihrer Eingliederung begleiten, die bis zu drei Jahre dauern kann. Dieses Konzept entspricht dem der Maßnahme TRACE. Zusätzlich soll der „Integrationsmanager“ Ehrenamtliche gewinnen, die dann als „Co-Manager“ tätig werden. Diese sollen „beispielsweise die jungen Menschen beim Bewerbungsverfahren unterstützen, bei der Wohnungssuche helfen, Nachhilfeunterricht und Tipps für den Arbeitsalltag geben, aber auch bei privaten Sorgen und Nöten Ansprechpartner sein.“³⁸² Weiterhin sollen die ehrenamtlichen Mitarbeiter die Akquise von Ausbildungsplätzen übernehmen. Zur Unterstützung bei schwerwiegenden Problemen stehen die Fachkräfte zur Verfügung.³⁸³

Patenschaftsprojekte werden auch in Frankreich umgesetzt, in 2002 gab es landesweit um die 500 Patenprojekte. Bei dem Patenprojekt „Le Parrainage“ der Region Haute-Normandie wird die Patenschaft wie bei „Startklar!“ mit professioneller Arbeit kombiniert. Wieder stehen die „missions locales“ und „PAI-Os“ im Zentrum, da sie die Paten werben und mit Jugendlichen in Kontakt bringen. 15% der an der Patenschaft teilnehmenden Jugendlichen werden von

³⁸⁰ Landesarbeitsgemeinschaft Bayern.

³⁸¹ Vgl. Sozialministerium Baden - Württemberg (Hg.)(2004): Akku – Rundbrief Nr. 2. Stuttgart (<http://www.sozialministerium.bw.de/sixcms/media.php/1442/Akku-Rundbrief%20Nr.%202.pdf>; am 14. September 2005), S. 2.

³⁸² Sozialministerium Baden - Württemberg (Hg.): Ausschreibung zur Aufnahme von ESF-geförderten Projekten in dem landesweiten Projektverband „Startklar!“ – Netzwerke für sozial benachteiligte junge Menschen durch Integrationsmanagement und Patenschaften. Stuttgart (<http://www.sm.baden-wuerttemberg.de/de/Europäischer-Sozialfonds/82141.html>; am 14. September 2005), S. 4f. Im Folgenden SM-BaWü.

³⁸³ Ebd., S. 4.

TRACE betreut. Die Patenschaften sind also ein Element des Fallmanagements durch TRACE.³⁸⁴

Der Ablauf einer idealtypischen Patenschaft wird von dem Projekt folgendermaßen beschrieben: Zu Beginn der Patenschaft lernen sich der Pate und der Jugendliche kennen. Gemeinsam soll die Situation des Jugendlichen überblickt werden, seine Stärken, Schwächen und seine Erwartungen sollen festgestellt werden. Dann überarbeiten beide zusammen die Bewerbungsunterlagen und erstellen gemeinsam eine Liste mit Betrieben, die für eine Bewerbung in Frage kommen. Hierbei nutzen die Paten meist ihr persönliches Netzwerk, also ihre Beziehungen, die sie zu Unternehmen oder Schlüsselpersonen in den Betrieben haben. Außerdem üben die Paten mit den Jugendlichen den Ablauf von Vorstellungsgesprächen. Einige Paten unterstützen ‚ihre‘ Jugendlichen auch materiell, beispielsweise mit Bewerbungsmaterialien oder „Mobilitätshilfen“ in Form von Fahrkarten für die öffentlichen Verkehrsmittel. In geringerem Umfang helfen die Paten auch bei Behördengängen und medizinischer Versorgung. Zum Ende der Patenschaft soll die berufliche Integration der Jugendlichen gelungen sein.³⁸⁵

In der Regel dauert eine Patenschaft sechs Monate, im Durchschnitt findet zwischen Pate und Jugendlichen ein Gespräch im Monat statt. Zu Beginn der Patenschaft ist die Frequenz der Gespräche höher.³⁸⁶ Häufig bleibt die Beziehung zwischen Paten und Jugendlichen auch nach der regulären Patenschaft bestehen.³⁸⁷ Begleitet werden die Patenschaften durch die regionalen „missions locales“ und „PAIOs“, die Diskussionskonferenzen durchführen und eine Patenzeitschrift und Prospekte herausgeben.³⁸⁸

In der Region Haute-Normandie engagieren sich 400 Paten, die zu 92% berufstätig sind. Die Mehrheit ist im Dienstleistungsbereich tätig, ein Fünftel in der Industrie. Nur ein gutes Drittel der Paten ist weiblich.³⁸⁹ Das ist bemerkenswert, da zumindest in Deutschland ehrenamtliches Engagement im sozialen Bereich

³⁸⁴ Comité de Pilotage des Réseaux de Parrainage de Haute – Normandie (Hg.)(2004): Le parrainage en Haute – Normandie (2000 - 2003). L'évaluation quantitative et qualitative du dispositif. Rouen (<http://www.missionslocaleshautenormandie.com/lettres/Synth%8Fse%20parrainage.pdf>; am 11. September 2005), S. 6ff. Im Folgenden Réseaux de Parrainage.

³⁸⁵ Vgl. ebd., S. 11f.

³⁸⁶ Vgl. ebd., S. 10.

³⁸⁷ Vgl. ebd., S. 12.

³⁸⁸ Vgl. ebd., S. 21.

³⁸⁹ Vgl. ebd., S. 9.

weitaus seltener von Männern ausgeübt wird.³⁹⁰ Neun von zehn Paten engagieren sich, weil sie den Jugendlichen helfen wollen, aus ihrer Situation herauszukommen. 16% der Paten sehen in diesem Projekt die Möglichkeit, Personal für ihr Unternehmen zu rekrutieren. Patenprojekte werden häufig von älteren Personen getragen. Insbesondere Rentnern bietet das Patenprojekt die Möglichkeit, sich ‚nützlich‘ zu fühlen.³⁹¹

Die teilnehmenden Jugendlichen sind im Gegensatz zu den Paten mehrheitliche, nämlich zu knapp 2/3, weiblich. 20% der Teilnehmer haben einen Migrationshintergrund, 13% leben in Problemstadtteilen. Das durchschnittliche Alter der teilnehmenden Jugendlichen beträgt 22 Jahre. Die Hälfte der Teilnehmer ist durch ein niedriges Ausbildungsniveau gekennzeichnet. Durch die Patenschaft versprechen sich die Jugendlichen „Rat und Anleitung zur Arbeitssuche“³⁹² von neutraler Seite.

Interessant sind die Eingliederungsergebnisse dieses Patenprojekts. Sie können Hinweise auf die Stärken und Schwächen von Patenprogrammen geben: Wegen eines Abbruchs, Umzugs, gesundheitlicher Probleme, einer Schwangerschaft usw. scheiden 21,4% der Jugendlichen ohne eine berufliche Perspektive aus dem Projekt aus. Der Rest hat eine recht gute Perspektive: Vier von fünf Jugendlichen haben nach der Patenschaft eine berufliche Aussicht: 50% hiervon haben anschließend eine befristete, 15% sogar eine unbefristete Arbeitsstelle. 20% beginnen nach der Patenschaft eine Ausbildung. Auch wenn nur weniger als die Hälfte der Jugendlichen meint, dass dieses Ergebnis durch ihren Paten zustande gekommen ist, so ist doch bemerkenswert, dass 30% der Jugendlichen im Betrieb ihres Paten eine Stelle fanden. Für die Mehrheit der Jugendlichen hat die Patenschaft allerdings neben der beruflichen Perspektive zusätzlich einen ‚psychologischen Nutzen‘: 35% der Jugendlichen sagen, sie hätten durch die Patenschaft mehr Selbstvertrauen gewonnen; 32% meinen, sie wüssten nun besser, was sie wollen; 29% können sich danach mehr unter der Arbeitswelt vorstellen, diese sei „entmystifiziert“³⁹³ worden.

Die Betreuung durch Patenschaften wirkt sich also positiv auf die berufliche Eingliederung Jugendlicher aus, obwohl die Patenschaft mit nur sechsmonati-

³⁹⁰ Vgl. BMFSFJ, S. 263.

³⁹¹ Vgl. *Reseaux de Parrainage*, S. 9.

³⁹² Vgl. ebd.

³⁹³ Vgl. ebd., S. 12f.

ger Dauer recht kurz ist. Da es nach sechs Monaten selten zu einer abgeschlossenen beruflichen Eingliederung kommt, bleiben viele Beziehungen zwischen Paten und Jugendlichen auch nach dieser Zeit bestehen. Und auch wenn die Eingliederung in Arbeit oder Ausbildung gelungen ist, kann die weitere Betreuung durch einen Paten in dieser für die Jugendlichen neuen Situation stabilisierend wirken. Dies zeigte sich bei einem Essener Patenprojekt: Dort lag die Zahl der Ausbildungsabbrecher weit unter der Jugendlicher ohne Patenbetreuung.³⁹⁴

Weiterhin können Patenschaften zur Verbreitung bürgerschaftlichen Engagements beitragen. 2/3 der Jugendlichen in Frankreich können sich vorstellen, dass sie, wenn sich ihre eigene Situation stabilisiert hat, selber Pate werden.³⁹⁵ Wichtig ist für viele Paten, dass sie im Rahmen von Patentreffen Gelegenheit haben, sich untereinander über ihre Erfahrungen auszutauschen. Treffen aller Paten samt Jugendlichen, wie beim „Persönliche Paten“-Projekt aus Bayern, werden von den Paten in der Haute-Normandie jedoch nicht für nützlich befunden. Vielmehr wünschen sich die Paten dort regelmäßige Treffen, die jeweils dazu dienen sollen, ein bestimmtes, die Patenschaft betreffendes Thema, zu bearbeiten. Inhaltlich werden Themen wie Methoden und Techniken zur Gesprächsführung, Umgang mit Konfliktsituationen und Verhaltensauffälligkeiten, Motivationstechniken, Fragen zur Ausbildung, Arbeitsrecht, Diskriminierung, etc. gewünscht.³⁹⁶

Das Patenprojekt in Frankreich hat gezeigt, welche Bedeutung die erste Kontaktaufnahme zwischen Paten und Jugendlichen hat. Es zeigte sich, dass das erste Gespräch recht bald nach der Aufnahme der Jugendlichen in das Projekt stattfinden sollte. Von 2000 bis 2003 war es bereits vor Beginn der Patenschaft zu Enttäuschungen bei den Jugendlichen gekommen, da sie zu lange auf ein erstes Treffen mit den Paten warten mussten. Geplant ist, dass die Paten zukünftig vor dem Beginn einer Patenschaft durch die „missions locales“ und „PAI-Os“ über den Jugendlichen informiert werden, damit sie schnell mit ihrer beruflichen Eingliederungsunterstützung beginnen können.

³⁹⁴ Vgl. Institut für Stadtteilbezogene Soziale Arbeit und Beratung (ISSAB) der Universität Duisburg/Essen (Hg.)(2005): Evaluation des Projekts „Paten für Arbeit in Essen“ – Abschlussbericht. Essen, S. 4.

³⁹⁵ Vgl. *Reseaux de Parrainage*, S. 15.

³⁹⁶ Vgl. *ebd.*, S. 16.

Die kausale Wirksamkeit von Patenprojekten kann anhand der vorliegenden Unterlagen nicht nachgewiesen, aber vermutet werden. Zumindest können die aus der Auswertung des französischen Projekts vorliegenden Resultate andeuten, worin die Chancen von Patenschaftsprojekten im allgemeinen liegen: Die hohe Anzahl an berufstätigen Paten, von denen einige sogar eine Patenschaft übernehmen, um Personal zu rekrutieren, sowie der hohe Anteil von Jugendlichen, die anschließend im Betrieb ihres Paten beschäftigt werden, spricht eindeutig für die hervorragende Eignung der Paten als Fürsprecher der Jugendlichen im Betrieb. Gerade benachteiligten Jugendlichen wird so eine Möglichkeit eröffnet, die ihnen ihre Familien oft nicht bieten können. Über solche Ressourcen, wie die der Paten, verfügen professionelle Eingliederungshelfer selten. Es kann hier also von einem hohen Nutzen für die berufliche Integration Jugendlicher ausgegangen werden. Statt von einer Verdrängung professioneller Hilfe kann eher von einer sinnvollen Ergänzung gesprochen werden. Allerdings sollte der Einsatz der Paten auf die Bereiche begrenzt werden, in denen sie am meisten nutzen können. So können die beruflichen Eingliederungschancen erhöht, aber auch eine Überforderung des freiwilligen Engagements und somit eine Beendigung der Patenschaft verhindert werden.

5. Ergebnis

Nachdem der Europäische Sozialfonds und von ihm finanzierte Maßnahmen in Deutschland und Frankreich vorgestellt worden sind, sollen nun die Ähnlichkeiten und Unterschiede bei der Durchführung der Projekte vorgestellt werden und die positiven und negativen Aspekte der jeweiligen Maßnahmen analysiert werden.

Generell ist festzuhalten, dass in Deutschland und in Frankreich, trotz der Intervention zur beruflichen Eingliederung durch den Europäischen Sozialfonds, die Arbeitslosenzahlen unter Jugendlichen weiter gestiegen sind. Außerdem stellte sich heraus, dass sich die Maßnahmen in beiden Ländern ähneln, Grundelemente gleichen sich. Eines dieser Elemente ist das Fallmanagement. Es wird in Frankreich bei TRACE angewandt und in Deutschland ist es inzwischen von der Erprobung im Jugendsofortprogramm der Bundesregierung in die reguläre Eingliederungsarbeit der Job-Center übernommen worden. Auch die Lohnkostenbeihilfen sind ein Grundelement, um Jugendlichen bei der beruflichen Eingliederung zu helfen. Sie stehen bei „Jugend in Arbeit plus“ im Zentrum. In Frankreich werden Lohnkostenbeihilfen im Rahmen von TRACE bei den Solidaritätsarbeitsverträgen „CES“ eingesetzt. Die Vernetzung der Akteure in lokalen Beschäftigungsbündnissen mit dem Ziel, die Wirksamkeit der Eingliederungsmaßnahmen zu steigern, ist der Kern der französischen PLIEs. Dieses Element wird in Deutschland ebenfalls aufgegriffen, wie das Beispiel der Jugendagentur Nürtingen-Kirchheim aus Baden-Württemberg gezeigt hat. Und schließlich gibt es auch Patenschaftsprojekte in beiden Ländern, die das Ziel haben, bestehende Maßnahmen zu ergänzen.

Selbstverständlich gibt es auch Unterschiede. Diese treten unter anderem dort auf, wo es unterschiedliche institutionelle Rahmenbedingungen gibt. In Frankreich sind an der Planung und Durchführung der Arbeitsmarktmaßnahmen viele politische Ebenen und auch Behörden beteiligt. In Deutschland ist die Durchführung von Maßnahmen eindeutig den Kommunen und Arbeitsagenturen, also der lokalen Ebene zugeordnet. Diese sind weitgehend autonom und nicht wie in Frankreich dem Zentralstaat direkt unterstellt und von ihm kontrolliert. Ein weiterer wichtiger Unterschied zwischen Deutschland und Frankreich ist, dass es dort ein zentrales Netzwerk zur beruflichen Eingliederung ausschließlich von

Jugendlichen gibt: die „missions locales“ und „PAIOs“. Ein solches Netzwerk gibt es in Deutschland nicht.

Auch wenn lokale Beschäftigungsbündnisse, wie die PLIEs oder die baden-württembergische Jugendagentur, in beiden Ländern gegründet werden, so sind diese in Frankreich, anders als in Deutschland, flächendeckend verbreitet. Das liegt daran, dass durch sie die Kompetenzüberschneidungen zwischen den verschiedenen politischen Ebenen überwunden werden können.

Unterschiede gibt es auch bei der Ausgestaltung der einzelnen Maßnahmen. So zum Beispiel beim Einsatz von Lohnkostenzuschüssen bei „Jugend in Arbeit plus“, aber auch bei „CES“ im Rahmen von TRACE. Die deutsche Maßnahme arbeitet mit privaten Arbeitgebern zusammen, während in Frankreich der öffentliche Dienst der Partner ist. Weiterhin unterscheidet sich die Zielsetzung der Eingliederungspolitik der beschriebenen Maßnahmen. In Frankreich liegt der Schwerpunkt darauf, Jugendliche nicht nur beruflich, sondern auch sozial zu integrieren. Ein Beispiel ist wieder TRACE, wo es neben beruflichen Qualifizierungen auch Workshops gibt, die insbesondere die soziale Integration fördern sollen. Dies steht bei den deutschen Arbeitsmarktmaßnahmen nicht im Vordergrund.

Die Maßnahmen, die in dieser Arbeit beschrieben wurde, haben alle mehr oder weniger gute Ansätze, um die berufliche Eingliederung von Jugendlichen zu fördern. Ein positiver Ansatz ist es, sich auf den einzelnen Teilnehmer einer Maßnahme und seine individuellen Probleme zu konzentrieren. Dies passiert bei TRACE im Rahmen des Fallmanagements und auch die Paten gehen auf die individuellen Probleme der Jugendlichen ein. Im Zuge dessen entstehen häufig persönliche Beziehungen zwischen den Teilnehmern und den Paten beziehungsweise Fallmanagern, die sich gerade bei ‚Problemjugendlichen‘ positiv auswirken. Aber auch wenn Jugendliche im Rahmen einer Maßnahme in kleinen Betrieben arbeiten, wirkt das persönliche Verhältnis dort stabilisierend. Durch die Zielgruppenorientierung, auf die TRACE großen Wert legt, sollen Probleme und Defizite konkret und individuell angegangen werden, in diesem Fall durch an die Teilnehmer und ihre Fähigkeiten angepasste Qualifizierungsangebote. Besonders hilfreich sind auch die Netzwerke, von denen Jugendliche durch die Patenschaften profitieren. Dadurch, dass die PLIEs die an ihnen beteiligten Akteure vernetzen und eine Abstimmung ihres Handelns erreichen,

können Doppelstrukturen und Konkurrenzen bei Maßnahmen vermieden werden, beziehungsweise der Bedarf des Arbeitsmarktes mit dem der Teilnehmer verknüpft werden, wie das Beispiel der Stadt Lille zeigt. Ein weiterer nützlicher Effekt, der im Rahmen von „Jugend in Arbeit plus“ beschrieben wurde, ist der Klebeeffekt. Jugendlichen, die bereits über eine gewisse Vorbildung verfügen, bleiben im Anschluss an eine geförderte Beschäftigung in einem Betrieb angestellt.

Fast alle Maßnahmen weisen aber auch Elemente auf, die man kritisieren kann. Vergleicht man die Maßnahmen zeigt sich, dass es für eben diese Mängel bei den anderen Maßnahmen Lösungen gibt. So werden die im Rahmen von TRACE eingesetzten „CES“-Verträge nur im öffentlichen Sektor abgeschlossen. Da in diesem Bereich nicht mit der Einrichtung neuer Arbeitsplätze zu rechnen ist, kann auch nicht, wie bei „Jugend in Arbeit plus“ mit einem Klebeeffekt gerechnet werden. Hier müssten vermehrt private Betriebe, bei denen Chancen auf einen Arbeitsplatz bestehen, eingebunden werden. Bei „Jugend in Arbeit plus“ wiederum ist ein großes Problem, dass viele der am Programm teilnehmenden Betriebe, die vorgesehenen Qualifizierungsanteile nicht umsetzen. Hier sollte, wie bei TRACE, die Qualifizierung an das Programm gebunden sein und nicht in die Verantwortung der Betriebe gelegt werden. Ein weiteres Problem bei „Jugend in Arbeit plus“ ist die hohe Abbrecherquote von solchen Jugendlichen, die vor allem wegen ihres auffälligen sozialen Verhaltens, als schwer einzugliedern gelten. Am Anfang dieser Maßnahme müssten nicht nur Gespräche stehen, sondern wie bei TRACE auch, Trainings der Schlüsselqualifikationen.

Die Vorgaben des Europäischen Sozialfonds verlangen, dass nach der Durchführung einer Maßnahme eine Evaluierung durchgeführt wird. Das Problem ist jedoch, dass die Ergebnisse der Evaluierungen nur eine geringe Aussagekraft haben. Das liegt daran, dass in beiden Ländern bei der Evaluierung der Maßnahmen ihre Kausalität nicht berücksichtigt wird. Es wird nie belegt, dass die Eingliederung eines Jugendlichen primär auf die Maßnahme zurückzuführen ist. Ein weiterer Grund für die mangelnde Aussagekraft ist, dass auf Vergleichsmaßstäbe verzichtet wird. Die Evaluierungen müssen so durchgeführt werden, dass durch sie eine konkrete, belastbare Aussage über den Erfolg einer Maßnahme, also die gelungene Eingliederung von Jugendlichen, gemacht werden kann: Eine Maßnahme muss an ihrem Ergebnis gemessen werden können.

Maßnahmenträger sollten außerdem die Wirksamkeit ihrer Maßnahmen immer wieder hinterfragen und nach Verbesserungsmöglichkeiten suchen, auch über Ländergrenzen hinaus.

Quellen- und Literaturverzeichnis:

1. Quellen

1.1 unveröffentlichte Quellen

Institut für Stadtteilbezogene Soziale Arbeit und Beratung (ISSAB) der Universität Duisburg/Essen (Hg.)(2005): Evaluation des Projekts „Patent für Arbeit in Essen“ – Abschlussbericht. Essen. (Siehe Anlage).

1.2 veröffentlichte Quellen

Konsolidierte Fassung des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft vom 24. Dezember 2002 (Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften C 325/97).

Sozialgesetzbuch (SGB) Drittes Buch – Arbeitsförderung vom 24. März 1997 (Bundesgesetzblatt I 594), zuletzt geändert durch Gesetz vom 9. Dezember 2004 (Bundesgesetzblatt I 3242).

Sozialgesetzbuch (SGB) Achstes Buch – Kinder- und Jugendhilfe vom 26. Juni 1990 (Bundesgesetzblatt I 1163, 1166), zuletzt geändert durch Gesetz vom 8. September 2005 (Bundesgesetzblatt I 2729).

Verordnung (EG) Nr. 1260/1999 des Rates vom 21. Juni 1999 mit allgemeinen Bestimmungen über die Strukturfonds (Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften Nr. L 161/1).

Verordnung (EG) Nr. 1784/1999 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Juli 1999 betreffend den Europäischen Sozialfonds (Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften Nr. L 213/5)

2. Literatur

Allmendinger, Jutta: Ein ausbruchsicheres Gefängnis. Wer nicht lernt bleibt arm. Dagegen hilft nur eine bessere Bildungspolitik. In: Frankfurter Rundschau. 23. Juni 2005. Nr. 143 (S. 9).

Alt-/Neuöttinger Anzeiger (17. Juli 2004): Schon über 100 Jugendlichen Lehrstelle vermittelt (<http://www.esf-mikroprojekte.de/presse/39-burg1.jpg>; am 14. September 2005). (Siehe Anlage).

Association Nationale des Directeurs de Missions Locales (Hg.)(2001): Mission locales et PAIO. Au coeur de l'insertion professionnelle et sociale des 16/25 ans. Nantes.

Ballet, Jérôme (1997): Les entreprises d'insertion. Paris.

Baßeler, Ulrich; Heinrich, Jürgen; Koch, Walter (1978): Grundlagen und Probleme der Volkswirtschaft. Köln.

Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (Hg.)(2005): Bericht der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration über die Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland. Berlin.

Beck, Ulrich: Wohin führt der Weg, der mit dem Ende der Vollbeschäftigungsgesellschaft beginnt? In: Beck, Ulrich (Hg.)(2000): Die Zukunft von Arbeit und Demokratie. Frankfurt/M. (S. 7-66).

Beelmann, Gert; Kieselbach, Thomas; Traiser, Ute: Jugendarbeitslosigkeit und soziale Ausgrenzung: Ergebnisse einer qualitativen Analyse in Ost- und Westdeutschland. In: Zempel, Jeanette; Bacher, Johann; Moser, Klaus (Hg.)(2001): Erwerbslosigkeit – Ursachen, Auswirkungen und Interventionen. Opladen (S. 133-148).

Benhayoun, Gilbert; Lazzeri, Yvette (1998): L'évaluation des politiques de l'emploi. Paris.

Berthet, Thierry: Territorialisierung der Beschäftigungspolitik: Welche Bedeutung soll den lokalen Akteuren zukommen? In: Kißler, Leo; Zettelmeier, Werner (Hg.)(2005): Kommunale Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik – Deutschland und Frankreich im Vergleich. Frankfurt/M. (S. 76-95).

Böhlefeld, Udo; Graef, Anne; Hegger, Stephan: Gewerkschaften. In: Einblick, 18/2005 (S. 6).

Bosch, Gerhard: Die Zukunft der Arbeitsmarktpolitik für Jugendlichen in Deutschland. In: Groth, Claus; Maenning, Wolfgang (Hg.)(2001): Strategie gegen Jugendarbeitslosigkeit im internationalen Vergleich. Auf der Suche nach den besten Lösungen. Frankfurt/M. (S. 21-46).

Boutault, Jacques (1999): L'assurance chômage en France (Unedic-Assedic). Paris.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hg.)(2001): Modellverbund Freiwilligen-Zentren: Bürgerengagement für eine freiheitliche und solidarische Gesellschaft. Ergebnisse und Reflexionen. Berlin.

Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung (Hg.)(2003): Statistisches Taschenbuch 2003. Bonn.

Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit (Hg.)(2005): Hartz 4 – Menschen in Arbeit bringen. Berlin.

Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit (Hg.): Überblick – Der ESF in Deutschland (<http://www.bmwa.bund.de/Navigation/Aussenwirtschaft-und-Europa/Europapolitik/Europaeischer-Sozialfonds/esf-einfuehrung-k,did=80020.html>; am 11. September 2005). (Siehe Anlage).

Burmeister, Joachim: Bürgerschaftliches Engagement. In: Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge (Hg.)(2002): Fachlexikon der sozialen Arbeit. Frankfurt/M. 5. Auflage (S. 182f.).

Busch, Klaus (2005): Konturen für Europas sozialen Kern? Die Offene Methode der Koordinierung. In: Mitbestimmung. Jg. 51. 6/2005 (S. 25-29).

Büttner, Renate (2003): Praxis und Perspektiven einer zielgruppenorientierten Arbeitsmarktpolitik. Bottrop.

Castel, Robert (2000): Die Metamorphosen der sozialen Frage – Eine Chronik der Lohnarbeit. Konstanz.

Comité de Pilotage des Reseaux de Parrainage de Haute – Normandie (Hg.)(2004): Le parrainage en Haute – Normandie (2000 - 2003). L'évaluation quantitative et qualitative du dispositif. Rouen (<http://www.missionslocales-hautenormandie.com/lettres/Synth%8Fse%20parrainage.pdf>; am 11. September 2005). (Siehe Anlage).

Conrad, Sabine: Der Europäische Sozialfonds. In: Tiemann, Friedrich (Hg.)(1995): Soziales Europa – Von der Sozialhilfe in das Erwerbsleben. Bonn (S. 5-26).

Conseil Général de l'Allier (Hg.)(2003): Guide jeunes. Moulins.

DGEFP – Délégation générale à l'emploi et à la formation professionnelle (Hg.)(2002): Programme d'assistance technique PLIE et Territoire. Paris (http://www.ville-emploi.asso.fr/uploads/programme_assistance.pdf; 14. September 2005). (Siehe Anlage).

Dudenredaktion (Hg.)(2003): Deutsches Universalwörterbuch. Mannheim. 5. Auflage.

Espace jeunes Auvergne (Hg.)(2004): Dynamiques Emploi. Clermont-Ferrand.

Europäische Kommission (Hg.)(2004): Der Europäische Sozialfonds: Investitionen in Menschen. In: Agenda Sozial, 4/2004 (S. 9f.).

Dies. (Hg.)(1999): Die Umsetzung der Europäischen Beschäftigungsstrategie – Herausforderungen, die die Integration von Jugendlichen in den Arbeitsmarkt, Langzeitarbeitslosigkeit und Chancengleichheit stellen. Brüssel.

Dies. (Hg.): Europäische Beschäftigungsstrategie - Einleitung
(http://europa.eu.int/comm/employment_social/employment_strategy/index_de.htm; am 7. Februar 2005). (Siehe Anlage).

Dies. (Hg.): ESF: Der Europäische Sozialfonds
(<http://europa.eu.int/scadplus/leg/de/lvb/160016.htm>; am 7. Februar 2005).
(Siehe Anlage).

Dies. (Hg.): ESF-Glossar.
(http://europa.eu.int/comm/employment_social/esf2000/glossary-de.htm; am 7. Februar 2005). (Siehe Anlage).

Dies. (Hg.): ESF-Programmplanung
(http://europa.eu.int/comm/employment_social/esf2000/flowchart-de.htm; am 7. Februar 2005). (Siehe Anlage).

Dies. (Hg.): Evolution of the ESF from 1957 to 1988
(http://europa.eu.int/comm/employment_social/esf/en/overview/chapter1.htm;
am 7. Februar 2005). (Siehe Anlage).

Dies. (Hg.)(2001): Im Dienst der Regionen. Luxemburg.

Dies. (Hg.)(2004): Im Dienst der Regionen. Luxemburg.

Dies. (Hg.): The 1988 reform of the Structural Funds
(http://europa.eu.int/comm/employment_social/esf/en/overview/chapter2.htm;
am 7. Februar 2005). (Siehe Anlage).

Dies. (Hg.)(2005): Wachstum und Jobs. Gemeinsam die Zukunft Europas gestalten. Ein Neubeginn für die Strategie von Lissabon. Brüssel.

Dies. (Hg.): Ziel 1 (<http://europa.eu.int/scadplus/printversion/de/lvb/g24203.htm>; am 7. Februar 2005). (Siehe Anlage).

Dies. (Hg.): Ziel 2 (<http://europa.eu.int/scadplus/printversion/de/lvb/g24206.htm>; am 7. Februar 2005). (Siehe Anlage).

Dies. (Hg.): Ziel 3 (<http://europa.eu.int/scadplus/printversion/de/lvb/g24207.htm>; am 7. Februar 2005). (Siehe Anlage).

Europäischer Gewerkschaftsbund (Hg.)(2001): Unsere Prioritäten. Resolution des EGB. Brüssel.

Eurostat (Hg.)(2005): Arbeitslosenquoten nach Geschlecht und Alter auf NUTS-Ebene 3 – EU 25 (%). Luxemburg

([http://epp.eurostat.cec.eu.int/extraction/retrieve/de/theme1/regio/unemp/un3rt?Output-](http://epp.eurostat.cec.eu.int/extraction/retrieve/de/theme1/regio/unemp/un3rt?Output-Dir=EJOutputDir_3699&user=unknown&clientsessionid=812A0D388C548CFB23981FADA1F23919.extraction-worker-&OutputFile=un3rt.htm&OutputMode=U&NumberOfCells=342&Language=de&OutputMime=text%2Fhtml&)

[Dir=EJOutputDir_3699&user=unknown&clientsessionid=812A0D388C548CFB23981FADA1F23919.extraction-worker-](http://epp.eurostat.cec.eu.int/extraction/retrieve/de/theme1/regio/unemp/un3rt?Output-Dir=EJOutputDir_3699&user=unknown&clientsessionid=812A0D388C548CFB23981FADA1F23919.extraction-worker-&OutputFile=un3rt.htm&OutputMode=U&NumberOfCells=342&Language=de&OutputMime=text%2Fhtml&)

[&OutputFile=un3rt.htm&OutputMode=U&NumberOfCells=342&Language=de&OutputMime=text%2Fhtml&](http://epp.eurostat.cec.eu.int/extraction/retrieve/de/theme1/regio/unemp/un3rt?Output-Dir=EJOutputDir_3699&user=unknown&clientsessionid=812A0D388C548CFB23981FADA1F23919.extraction-worker-&OutputFile=un3rt.htm&OutputMode=U&NumberOfCells=342&Language=de&OutputMime=text%2Fhtml&); am 5. November 2005). (Siehe Anlage).

Ders. (Hg.)(2003): Auswirkungen inadäquater Beschäftigung von Absolventen auf ihre Stellung auf dem Arbeitsmarkt. Jugendliche in Europa: Von der Schule ins Erwerbsleben. Teil 2. Luxemburg.

Ders. (Hg.)(2004): Öffentliche Ausgaben für Arbeitsmarktpolitik. Luxemburg

(http://epp.eurostat.cec.eu.int/portal/page?pageid=1996,39140985&_dad=portal&_schema=PORTAL&screen=detailref&language=de&product=Yearlies_new_population&root=Yearlies_new_population/C/C4/C46/ccd10000). (Siehe Anlage).

Ders. (Hg.)(2004): Regional unemployment – LFS adjusted series – Eurostat Metadata in SDDS format: Summary Methodology. Luxemburg
(www.eurostat.eu.int.estatref/info/sdds/employ/lfs_sm.htm#top; am 10. August 2005). (Siehe Anlage).

Fahy, Jean-Michel (2001): Le chômage en France. Paris. 7. überarbeitete Auflage.

Fitoussi, Jean-Paul: Une société en mal d'égalité. In: Alternatives Économiques – Hors – Série. Nr. 64, 2. Trimester 2005 (S. 80-82).

Fraktion der SPE im Europäischen Parlament (Hg.)(2003): Europa von A-Z. Berlin.

Fréchet, David (2002): Les institutions françaises. Vichy.

Friedrich, Horst: Arbeitslosigkeit. In: May, Hermann (Hg.)(2001): Handbuch zur ökonomischen Bildung. München - Wien (S. 319-336). 5. Auflage.

Gallenstein, Jürgen: Arbeitsmarktpolitische Strategien in Hamburg. In: Mirbach, Thomas (Hg.)(1999): Entwürfe für eine soziale Stadt. Amsterdam (S.105-116).

Galuske, Michael (2002): Methoden der Sozialen Arbeit. Eine Einführung. Weinheim. 4. Auflage.

Gesellschaft für innovative Beschäftigungsförderung mbH (Hg.)(2004): Quartalsbericht zur Initiative „Jugend in Arbeit plus“. Bottrop
(http://www.ja.nrw.de/pdf/ja_2005_1q_bericht.pdf; am 16. August 2005). (Siehe Anlage).

Grauer, Christoph ; Sciba, Jürgen (1998): Die Standortlüge – Abrechnung mit einem Mythos. Frankfurt/M.

Groth, Claus; Maenning, Wolfgang: Jugendarbeitslosigkeit: Wirtschafts- und Bildungspolitik sowie die Rolle des Dritten Sektors. In: Wolfgang Groth, Claus; Maenning, Wolfgang (Hg.)(2001): Strategien gegen Jugendarbeitslosigkeit im internationalen Vergleich – Auf der Suche nach den besten Lösungen. Frankfurt/M. (S. 9-20).

Hanesch, Walter: Strategien für die soziale Stadt. In: Mirbach, Thomas (Hg.)(1999): Entwürfe für eine soziale Stadt. Amsterdam (S. 85-104).

Höft-Dzemski, Reiner: Arbeitslosigkeit. In: Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge (Hg.)(2002): Fachlexikon der sozialen Arbeit. Frankfurt/M. (S.60f.). 5. Auflage.

Hujer, Reinhard; Bellmann, Lutz; Brinkmann, Christian: Evaluation aktiver Arbeitsmarktpolitik – Probleme und Perspektiven. In: Buttler, Friedrich u.a. (Hg.)(2000): Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Erfolgskontrolle aktiver Arbeitsmarktpolitik. Stuttgart (S. 341-344).

Hunkeler, Suzanne: Die lokalen Pläne für Eingliederung und Beschäftigung – ein Instrument der lokalen Beschäftigungspolitik. In: Kißler, Leo; Zettelmeier, Werner (Hg.)(2005): Kommunale Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik – Deutschland und Frankreich im Vergleich. Frankfurt/M. (S. 96-100).

IAB Werkstattbericht. 5/2002: Das „ESF-BA Programm 2000-2006 und seine Umsetzung im ersten Jahr. Nürnberg.

Jansen, Peter: Beschäftigungspolitik auf kommunaler Ebene – Grundelemente eines deutsch-französischen Vergleichs. In: Kißler, Leo; Zettelmeier, Werner (Hg.)(2005): Kommunale Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik – Deutschland und Frankreich im Vergleich. Frankfurt/M. (S. 137-148).

Juès, Jean-Paul (1996): L'emploi des jeunes en France. Paris.

Kaluza, Hildegard (1998): Der Europäische Sozialfonds – Seine Entwicklung und Funktion im europäischen Integrationsprozeß mit einem Exkurs zu seiner Bedeutung für die bundesdeutsche Arbeitsförderung. Baden-Baden.

Kasten, Gabriele; Soskice, David (2001): Europäische Beschäftigungspolitik – Möglichkeiten und Grenzen. Marburg.

Kieselbach, Thomas: Arbeitslosigkeit. In: Asanger, Roland; Wenninger, Gerd (Hg.)(1988): Handwörterbuch der Psychologie. München - Weinheim (S. 42-51). 4. Auflage.

Kittner; Michael (2005): Arbeits- und Sozialordnung. Frankfurt/M. 30. Auflage

Kock, Heinz; Leifert, Eduard; Schmid, Alfons; Stirnberg, Ludwig (1977): Konzepte der Konjunktursteuerung. Köln.

Kröger, Martin; van Suntum, Ulrich (1999): Mit aktiver Arbeitsmarktpolitik aus der Beschäftigungsmisere? Gütersloh.

Kronauer, Martin: Ausgrenzung am Arbeitsmarkt – auf dem Weg zu einer neuen „Underclass“? In: Mirbach, Thomas (Hg.)(1999): Entwürfe für eine soziale Stadt. Amsterdam (S. 43-54).

Lamarque, Gilles (1998): L'exclusion. Paris. 2. Auflage

Landesarbeitsgemeinschaft Jugendsozialarbeit Bayern (Hg.)(2004): Agenda 21 – Gruppe Burgkirchen: Persönliche Paten für Jugendliche ohne Lehrstellen. (www.esf-mikroprojekte.de/best_agenda21.html; am 25. August 2005). (Siehe Anlage).

Mas, Stéphanie: Bilan de 5 ans de Programme TRACE: 320.000 jeunes en difficulté accompagnés vers l'emploi. In: Ministère de l'emploi, du travail et de la cohésion sociale (Hg.)(2004): Premières Synthèses. Dezember 2004. No. 51/1 (S. 1-6)

(<http://www.travail.gouv.fr/publications/picts/titres/titre2284/integral/2004.12-51.1.pdf>; am 18. August 2005). (Siehe Anlage).

May, Hermann: Die menschlichen Bedürfnisse. In: May, Hermann (Hg.)(2001): Handbuch zur ökonomischen Bildung. München - Wien (S. 3-14). 5. Auflage.

Méda, Dominique (2004): Le travail. Paris.

Memoguide (Hg.): Trajet d'accès à l'emploi (TRACE)

(<http://memoguide.injep.fr/trace.php>; am 18. Juni 2005). (Siehe Anlage).

Meyer auf der Heyde, Achim: Der Europäische Sozialfonds als Finanzierungsinstrument kommunaler Beschäftigungspolitik. In: Freidinger, Guido; Schulze-Böing, Matthias (Hg.)(1995): Handbuch der kommunalen Arbeitsmarktpolitik. Marburg (S. 345-369).

Ministère de l'emploi, du travail et de la cohésion sociale (Hg.)(2003): Le Fonds sociale européen en France et la stratégie européenne pour l'emploi: panorama et perspectives. Paris (http://www.travail.gouv.fr/fse/download/DP_1.pdf; am 29. August 2005). (Siehe Anlage).

Ministère de l'emploi et de la solidarité (Hg.)(2000): Le PLIE. Une dynamique pour l'emploi. Paris (<http://www.travail.gouv.fr/actualites/pdf/plie.pdf>; am 14. September 2005). (Siehe Anlage).

Ministerium für Wirtschaft und Arbeit NRW (Hg.): Jugend in Arbeit plus. Düsseldorf (<http://www.arbeitsmarkt.nrw.de/förderangebote/projekte/ja/content.htm>; am 7. Februar 2005). (Siehe Anlage).

Mohr, Gisela: Langzeiterwerbslosigkeit. In: Zempel, Jeanette; Bacher, Johann; Moser, Klaus (Hg.)(2001): Erwerbslosigkeit. Ursachen, Auswirkungen und Interventionen. Opladen.

Mutual learning Programme of the European Employment Strategy (Hg.)(2001): Access Routes to Employment for Young People in Danger of Exclusion (<http://www.mutual-learning-employment.net/peerreviews/2001/10/2-3>, am 18. August 2005). (Siehe Anlage).

Dass. (Hg.)(2001): Discussion Paper from France on TRACE: Access Routes to Employment for Young People in Danger of Exclusion – Independent experts' paper. (<http://pdf.mutual-learning-employment.net/pdf/ind-exp-paper-france-oct01-p.pdf>; am 18. August 2005). (Siehe Anlage).

Dass. (Hg.)(2001): Discussion Paper from France on TRACE: Access Routes to Employment for Young People in Danger of Exclusion – official experts' paper. (<http://pdf.mutual-learning-employment.net/pdf/official-paper-france-oct01.pdf>; am 18. August 2005). (Siehe Anlage).

Dass. (Hg.)(2001): JUMP: The German Immediate Action Programme for Training, Qualification and Employment of Young People („Jump“) (<http://pdf.mutual-learning-employment.net/pdf/exec-summ-germany-jun01.pdf>, am 18. August 2005). (Siehe Anlage).

Dass. (Hg.)(2001): TRACE: Access Routes to Employment for Young People in Danger of Exclusion – Executive Summary (<http://pdf.mutual-learning-employment.net/pdf/exec-summ-france-oct01.pdf>, am 18. August 2005). (Siehe Anlage).

Nicole-Drancourt, Chantal; Roulleau-Berger, Laurence (2002): L'insertion des jeunes en France. Paris. 3. Auflage.

Paritätischer Wohlfahrtsverband Baden-Württemberg und Diakonisches Werk Württemberg (Hg.)(2004): Abschlussdokumentation – Ikarus. Jugendagentur Nürtingen-Kirchheim (S. 195-207)(http://www.ikarusesf.de/extern/produkte/evaluierung/pdf/2_1_2_7.pdf; am 14. September 2005). (Siehe Anlage).

Paul, Karsten; Moser, Klaus: Negatives psychisches Befinden als Wirkung und als Ursache von Arbeitslosigkeit: Ergebnisse einer Metaanalyse. In: Zempel, Jeanette; Bacher, Johann; Moser, Klaus (Hg.)(2001): Erwerbslosigkeit – Ursachen, Auswirkungen und Interventionen. Opladen (S.81-111).

Préfecture de la région Basse Normandie (Hg.)(2000): Complement de Programmation – Objectif 3 – 2000 - 2006 – Strategie Regionale. Caen. (<http://www.prefecture-Basse-Normandie.fr/complobj3basseNormandie.pdf>; am 22. Juni 2005). (Siehe Anlage).

Projekt Gute Arbeit – Vorstand der IG Metall (Hg.)(2005): Schwarzbuch Krank durch Arbeit. Arbeitsbedingungen – Gesundheitsrisiken – Gegenwehr. Frankfurt/M.

Rauschenbach, Thomas: Ehrenamtliche/freiwillige Tätigkeit im sozialen Bereich. In: Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge (Hg.)(2002): Fachlexikon der sozialen Arbeit. Frankfurt/M. 5. Auflage (S. 240-243).

Rheinisch – Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung, Institut für Sozialökonomische Strukturanalysen und Gerd Ronning (2004): Evaluierung der arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen des Europäischen Sozialfonds in Deutschland in der Förderperiode 2000 - 2006. Zweiter Zwischenbericht. Essen.

Richter, Ingo; Sardei - Biermann, Sabine: Jugendarbeitslosigkeit in Deutschland – Was lehren ausländische Beispiele?. In: Richter, Ingo; Sardei-Biermann, Sabine (Hg.)(2000): Jugendarbeitslosigkeit. Ausbildungs- und Beschäftigungsprogramme in Europa. Opladen (S. 15-26).

Rittershofer, Werner (2002): Wirtschaftslexikon. München.

Roitsch, Jutta: Wachsende Bildungsarmut. In: Mitbestimmung, Jg. 51, 10/2005 (S. 56-60).

Rouchette, Agnès: Möglichkeiten und Grenzen einer kommunalen Beschäftigungspolitik in Frankreich, dargestellt am Beispiel von Cergy-Pontoise. In: Kißler, Leo; Zettelmeier, Werner (Hg.)(2005): Kommunale Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik – Deutschland und Frankreich im Vergleich. Frankfurt/M. (S. 101-105).

SALSS – Sozialwissenschaftliche Forschungsgruppe GmbH (Hg.)(2002): Evaluierung der Initiative „Jugend in Arbeit“ – Erhebung unter Beraterinnen und Beratern. Bonn (http://www.ja.nrw.de/pdf/ja_erhebung_berater.pdf; am 24. Mai 2005). (Siehe Anlage).

Dies. (Hg.)(2002): Evaluierung der Initiative „Jugend in Arbeit“ – Erhebung unter Betrieben. Bonn (http://www.ja.nrw.de/pdf/ja_erhebung_betriebe.pdf; am 24. Mai 2005).

Scharpf, Fritz W. (1999): Regieren in Europa: effektiv und demokratisch? Frankfurt/M.

Schmalriede, Karin; Mirbach, Thomas: Selbsthilfe kommt nicht von selbst – Aus der Arbeit einer intermediären Organisation. In: Mirbach, Thomas (Hg.)(1999): Entwürfe für eine soziale Stadt. Amsterdam (S. 279-287).

Schmid, Alfons: Arbeitsmarkt. In: Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge (Hg.)(2002): Fachlexikon der sozialen Arbeit. Frankfurt/M. (S. 61f.) 5. Auflage.

Ders.: Arbeitsmarktpolitik. In: May, Hermann (Hg.)(2001): Handbuch zur ökonomischen Bildung. München (S. 211-228). 5. Auflage.

Ders.: Staatliche Beschäftigungspolitik. In: May, Hermann (Hg.)(2001): Handbuch zur ökonomischen Bildung. München (S. 175-196). 5. Auflage.

Schmid, Günther (2002): Wege in eine neue Vollbeschäftigung. Frankfurt/M.

Schmid, Josef; Blancke, Susanne (2001): Arbeitsmarktpolitik der Bundesländer. Berlin.

Schmidt, Manfred G.: Arbeitslosenquote. In: Nohlen, Dieter; Schultze, Rainer-Olaf (Hg.)(2004): Lexikon der Politikwissenschaft. Band 1. München (S. 32f.). 2. Auflage.

Ders.: Arbeitslosigkeit. In: Nohlen, Dieter; Schultze, Rainer-Olaf (Hg.)(2004): Lexikon der Politikwissenschaft. Band 1. München (S. 33f.). 2. Auflage.

Ders.: Arbeitslosigkeit und Vollbeschäftigung. In: Schmidt, Manfred G. (Hg.)(1992): Lexikon der Politik. Band 3: Die westlichen Länder. München (S. 27-34).

Ders.: Arbeitsmarktpolitik. In: Nohlen, Dieter; Schultze, Rainer-Olaf (Hg.)(2004): Lexikon der Politikwissenschaft. Band 1. München (S. 34). 2. Auflage

Ders.: Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik. In: Nohlen, Dieter (Hg.)(1992): Lexikon der Politik. Band 3: Die westlichen Länder. München (S. 34-38).

Schulze-Böing, Matthias: Erfolg ohne Mandat: Die Kommunen als arbeitsmarktpolitische Akteure in Deutschland. In: Kißler, Leo; Zettelmeier, Werner (Hg.)(2005): Kommunale Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik – Deutschland und Frankreich im Vergleich. Frankfurt/M. (S. 21-40).

Semmer, Norbert; Volpert, Walter: Arbeitspsychologie. In: Asanger, Roland; Wenninger, Gerd (Hg.)(1988): Handwörterbuch der Psychologie. München - Weinheim (S. 52-60). 4. Auflage.

Smith, Jeffrey: Evaluationen aktiver Arbeitsmarktpolitik: Erfahrungen aus Nordamerika. In: Buttler, Friedrich u.a. (Hg)(2000): Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Erfolgskontrolle aktiver Arbeitsmarktpolitik. Stuttgart (S. 345-356).

Solga, Helga: Ausbildungslosigkeit als soziales Stigma in Bildungsgesellschaften. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Jg. 54; Heft 3; 2002 (S. 476-505).

Sozialministerium Baden-Württemberg (Hg.)(2004): Akku – Rundbrief Nr. 2. Stuttgart (<http://www.sozialministerium.bw.de/sixcms/media.php/1442/Akku-Rundbrief%20Nr.%202.pdf>; am 14. September 2005). (Siehe Anlage).

Sozialministerium Baden-Württemberg (Hg.): Ausschreibung zur Aufnahme von ESF-geförderten Projekten in dem landesweiten Projektverband „Startklar!“ – Netzwerke für sozial benachteiligte junge Menschen durch Integrationsmanagement und Patenschaften. Stuttgart (<http://www.sm.baden-wuerttemberg.de/de/Europäischer-Sozialfonds/82141.html>; am 14. September 2005). (Siehe Anlage).

Thibaut, Bernhard: Beschäftigungspolitik. In: Nohlen, Dieter; Schultze, Rainer-Olaf (Hg.)(2004): Lexikon der Politikwissenschaft. Band 1. München (S. 75f.). 2. Auflage.

Uterwedde, Henrik: Frankreichs Beschäftigungspolitik: alte und neue Antworten. In: Platzer, Hans-Wolfgang (Hg.)(1999/2000): Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik in der EU – Nationale und europäische Perspektiven. Baden-Baden (S. 90-111).

Vernooij, Monika Anna: Jugendarbeit. In: Kaller, Peter K. (Hg.)(2001): Lexikon Sozialarbeit, Sozialpädagogik, Sozialrecht. Wiebelsheim (S. 197f.).

Waller, Heiko (2002): Sozialmedizin – Grundlagen und Praxis. Stuttgart. 5. Auflage.

- Wagner, Alexandra: Argumente für eine aktive Arbeitsmarktpolitik.
In: Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.)(1996): Kontrovers: Arbeitsmarktpolitik. Bonn (S. 83).
- Werquin,Patrick: Frankreich. In: Richter, Ingo; Sardei-Biermann, Sabine (Hg.) (2000): Jugendarbeitslosigkeit. Ausbildungs- und Beschäftigungsprogramme in Europa. Opladen (S. 27-56).
- Zander, Ingo (1999): Ausbildungs- und Beschäftigungsgarantien für Jugendliche. Bonn.
- Zempel, Jeanette; Frese, M.: Prädiktoren der Erwerbslosigkeit und Wiederbeschäftigung. In: Verhaltenstherapie und psychosoziale Praxis. 3/2000 (S. 390-379).
- Zempel, Jeanette; Moser, Klaus: Die Evaluation von Trainings für Arbeitslose. In: Zempel, Jeanette; Bacher, Johann; Moser, Klaus (Hg.)(2001): Erwerbslosigkeit – Ursachen, Auswirkungen und Interventionen. Opladen (S. 301-320).

Abkürzungsverzeichnis:

Abs.	Absatz
bzw.	beziehungsweise
ca.	circa
CES	Contrat Emploi – Solidarité
Dass.	Dasselbe
Ders.	Derselbe
Dies.	Dieselbe
Ebd.	Ebenda
EG	Europäische Gemeinschaft
ESF	Europäischer Sozialfonds
EU	Europäische Union
FAJ	Fonds d'Aide aux Jeunes
Hg.	Herausgeber
PAIO	Permanences d'Accueil, d'Information et d'Orientation
PLIE	Plans Locaux pluriannuels pour l'Insertion et pour l'Emploi
SGB	Sozialgesetzbuch
TRACE	Trajet d'Access à l'Emploi
usw.	und so weiter
vgl.	Vergleiche
VO	Verordnung